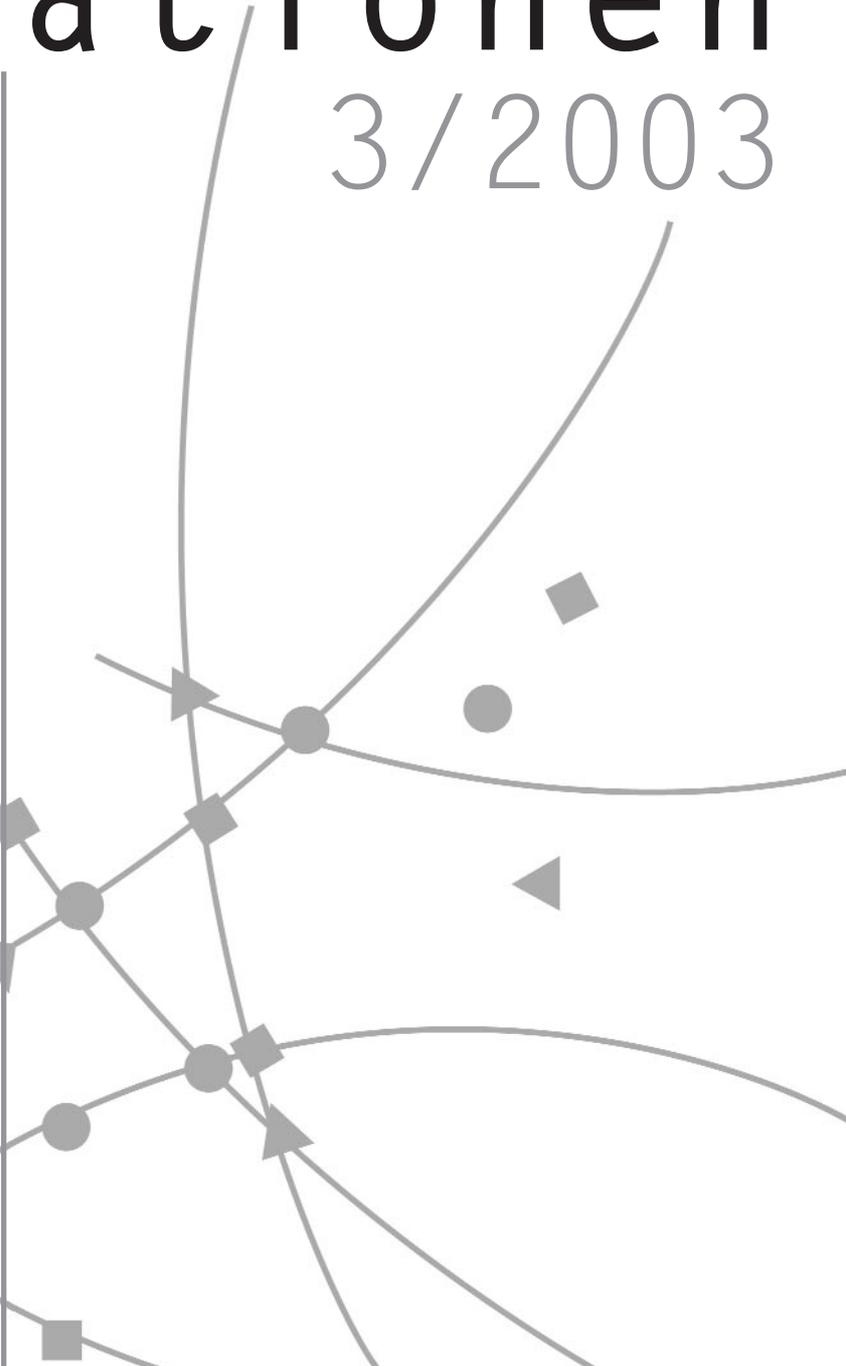


# W o h n b u n d i n f o r m a t i o n e n

3/2003

|  |    |
|--|----|
| <b>Editorial</b>   | 2  |
| <b>Impressum</b>   | 2  |
| <b>Schwerpunktthema</b>  |    |
| <b>Öffentlich nutzbare Räume im Quartier</b>   |    |
| <b>Qualitätsbestimmung</b>   | 2  |
| Klaus Habermann-Nieße, Klaus Selle   |    |
| <b>Reflexionen</b>   |    |
| <b>Öffentlich nutzbare Räume im Quartier – für wen?</b>                              | 7  |
| Erika Spiegel  |    |
| <b>Öffentlicher Raum – Aneignung oder Integration?</b>                               | 9  |
| Joachim Brech  |    |
| <b>Strategie der privilegierten Orte</b>   | 13 |
| Klaus Ronneberger  |    |
| <b>Sozialcharakter des öffentlichen Raums</b>  |    |
| <b>Freiräume und ihre soziale Funktion</b>   | 15 |
| Heidi Sutter-Schurr  |    |
| <b>Sicherheit und öffentlicher Raum</b>  | 19 |
| Herbert Schubert   |    |
| <b>Reaktivierung der Raumnutzung in den Stadtteilen</b>                              |    |
| <b>Der Georg-Freundorfer-Platz zwischen Sanierungsgebiet und neuem Stadtquartier</b> | 22 |
| S. Brombacher, K. Jaenicke, R. Kazig, T. Körner, V. Schmid, C.C. Wiegandt            |    |
| <b>Gestaltung öffentlicher Räume in benachteiligten Quartieren</b>                   | 25 |
| Klaus Habermann-Nieße, Sandra Schneider  |    |
| <b>Neue Baugebiete – was war das Ziel – was wurde erreicht?</b>                      |    |
| <b>Der öffentliche Raum zwischen Urbanität und Aneignung</b>                         | 27 |
| Cord Soehlke, Adina Tipei  |    |
| <b>Öffentlicher Raum in der Habitat Siedlung</b>                                     | 31 |
| Peter Hansen, Johanna Spalink-Sievers  |    |
| <b>Quartierparks am Kronsberg Hannover</b>   | 33 |
| Karin von Schwartzberg   |    |
| <b>Öffentliche Räume durch autoreduziertes Verkehrskonzept</b>                       | 36 |
| Carsten Sperling   |    |
| <b>Quartiersplätze im Freiburger Rieselfeld</b>                                      | 38 |
| R. Schelkes  |    |
| <b>Termin – Rezension</b>  | 40 |
| <b>Kongress „Neues Wohnen im Alter“</b>  | 40 |
| <b>Rezension „Kleine Gärten und Balkone“</b>   | 40 |



**Öffentlich nutzbare  
Räume im Quartier**

Öffentliche Räume sind wieder zum Thema geworden. In Politik und Fachdebatte stehen allerdings die zentralen, für Handel und Gewerbe bedeutsamen städtischen Räume zumeist im Vordergrund. Wir möchten demgegenüber den Blick auf die Quartiere, auf das Wohnen in der Stadt richten und fragen, welche Bedeutung hier die öffentlichen Räume haben, welche Probleme sich stellen und welche Handlungsmöglichkeiten in den Überlagerungen und Spannungsfeldern von Öffentlichem und Privatem bestehen. Neben einführenden Reflexionen und Auseinandersetzungen – unter anderem mit dem „Sozialcharakter“ öffentlich nutzbarer Räume – beinhaltet das Heft auch zahlreiche Beiträge zu einem breiten Spektrum konkreter (Um-)Gestaltung öffentlicher Räume: In unterschiedlichen Quartierstypen wird die Qualität und Nutzbarkeit der Räume unter Gesichtspunkten der sozialen Interaktion, der räumlichen Qualitätsziele und ihrer Umsetzung überprüft. Angesichts der in der Vergangenheit auf der Basis von Hypothesen und Vermutungen geführten wissenschaftlichen Debatten, erhoffen wir uns durch diese Mischung von Beiträgen zu einer Konkretisierung der Diskussion beizutragen.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die sich bereit erklärten, in relativ kurzer Zeit mit ihren Beiträgen an diesem Versuch mitzuwirken.

**Klaus Habermann-Nieße, Klaus Selle**  
Hannover und Aachen im September 2003

### Impressum

#### wohnbund-informationen

Mitgliederzeitung des wohnbund e.v.  
Herausgeber und Redaktionsadresse:

wohnbund e.v.  
Aberlestraße 16/Rgb  
81371 München  
Telefon 089-74 68 96 11  
Fax 089-7 25 50 74  
E-Mail: info@wohnbund.de

Redaktion: Klaus Habermann-Nieße, Klaus Selle, Peter Schmidt

Layout und technische Bearbeitung:  
Bernd Hüller, bhueller@offset-service.de  
Druck: Lichtpunkt medien e.K., München

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Preis: Für wohnbund-Mitglieder kostenlos  
Abonnement: € 2,60 pro Ausgabe zzgl. Versand  
Sammelbestellung (ab 10 Exemplare):  
€ 1,50 pro Exemplar zzgl. Versandkosten  
Abo-Bestellung: per E-Mail, Telefon oder Fax an die Redaktionsadresse

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des wohnbund-Vorstandes wieder.

# Schwerpunktthema

## Öffentlich nutzbare Räume im Quartier

Klaus Habermann-Nieße, Klaus Selle

### Qualitätsbestimmung

**Was ist der öffentliche Raum, was für einen Beitrag zum Wohnen in der Stadt kann er leisten?**

*Dieses Heft der wohnbund-informationen ist einem Thema gewidmet, das zur Zeit (einmal mehr) Konjunktur hat. Aber muss es deswegen auch ein Thema für den wohnbund sein? Natürlich nicht. Jedenfalls nicht der Mode wegen. Also ist zu fragen, welche Bedeutung die öffentlichen Räume – und um die geht es in der neuerlichen Diskussion – für das Wohnen und die Wohnqualität in der Stadt haben und welche Aufgaben sich heute stellen. Erste Antworten auf diese Frage skizzieren wir in diesem Einführungstext – bevor mit den folgenden Beiträgen einzelne Aspekte vertieft betrachtet und Praxisbeispiele vorgestellt werden.*

### Verfall und Ende: Öffentliche Räume ohne Funktion?

Wie oft wurden sie nicht tot gesagt – die öffentlichen Räume? Die Fachliteratur ist voller Hinweise auf Krankheitssymptome und mögliche Todesursachen: „Zweckentfremdet“ würden sie, „funktionsentleert“ seien sie und ihr „Niedergang“ wohl nicht mehr auf zu halten. „Verfall und Ende des Öffentlichen Lebens“ zeichnen sich – so die Auffassung vieler Kommentatoren – nicht nur ab, sondern sind bereits seit Jahren in vollem Gange.

Reden wir also nur noch von Überbleibseln einer früheren Stadtkultur – wenn von öffentlichen Räumen die Rede ist?

### Es war einmal: Öffentliche Räume nur noch in der „alten“ Stadt?

Wer Stadtgrundrisse zu lesen versteht wird öffentliche Räume vor allem in den überkommenen Teilen der Stadt unschwer erkennen können: die (Markt-) Plätze, Parks und Promenaden in der inneren Stadt, die gründerzeitlichen Straßenfluchten, Stadtteilplätze und grünen Freiräume in den innenstadtnahen Quartieren. Aber was kommt dann? In den städtebaulichen Planungsmustern der 70er Jahre geht die „Nachbesserung“ in die zweite oder dritte Runde. Öffentlich nutzbare Räume stehen dabei nicht zufällig oft im Mittelpunkt der Umgestaltungen, denn die ihnen vormals zugewiesenen Aufgaben scheinen sie (bislang?) nicht erfüllen zu können. Und ansonsten: Nutzbare öffentliche Räume in den Einfamilienhausgebieten, im „sprawl“ der Zwischenstadt, in den Ödnissen der vorstädtischen Gewerbe- und Konsumzonen – Fehlanzeige? Tatsächlich scheinen hier jenseits der Gartenzäune und Parkplatzgrenzen nur mehr – öffentliche – Erschließungsflächen zu existieren. Da ist es konsequent, wenn mit neuen Konsum- und Erlebniswelten – vom CentrO in Oberhausen bis zu den Gasometern in Wien – öffentlich nutzbare Räume in die Gehäuse hinein verlagert werden und dort abgeschotet von der Unwirtlichkeit der Außenräume ihr Eigenleben entwickeln.

## **Kosten und Ästhetik: Neue Quartiere ohne öffentlich nutzbare Räume?**

Der Eindruck, dass sich wesentliche Veränderungen vollzogen haben, verstärkt sich auch, wenn man neuere Siedlungsplanungen näher betrachtet: Da drängen die Kommunen auf Minimierung der öffentlichen Flächen, weil sie die Folgekosten fürchten. Denn nicht nur für Planung und Bau wird Geld benötigt sondern auch Pflege und Unterhalt erzeugen Kosten, die sich die in schwere Finanznöte geratenen Kommunen gerne ersparen.

Diese Geringschätzung der öffentlichen Räume scheint in manchen Siedlungsentwürfen eine Entsprechung zu finden: Deren Verfasser wird der Raum um die Gebäude wieder zur „tabula rasa“. Entscheidend ist ihnen die Originalität der städtebaulichen „Figur“, der Großformen, Muster, Raster und Cluster. Die Baustrukturen liegen – nach Art der Schwarzpläne – auf undifferenzierten Flächen. Und wenn sich einmal Ausgestaltungshinweise für die offenen Räume finden, so handelt es sich dabei nicht selten um unbeholfene Zitate aus traditionellen Siedlungsformen. Im Ergebnis – das heißt: In Ausführungsplanung und baulicher Realisierung – führt das zu einem lieblosen „Ausfüllen“ der freien Räume durch Erschließungs- und Funktionsflächen. Multifunktionalität wird zum Zauberwort. Die Nutzbarkeit der öffentlichen Räume bleibt auf der Strecke?

## **Gegenbilder: Auszug ins Öffentliche? Neue Qualitäten?**

Es gibt also ohne Zweifel Anlass zur Kritik. Allerdings muss auch gefragt werden, ob das bisher erzeugte Bild nicht zu düster gezeichnet wurde. Tatsächlich hat ja die Schwarzmalerei in Sachen öffentlicher Räume Tradition: Stadtkritiker und Kulturpessimisten gaben hier über Jahrzehnte den Ton an. Und es nimmt daher nicht Wunder, wenn in der jüngeren Diskussion immer deutlicher Stimmen zu hören sind, die auch einmal neuen Aspekten und positiven Entwicklungen Geltung verschaffen wollen. Das liegt schon deswegen nahe, weil viele der Untergangsszenarien der Alltagswahrnehmung zu widersprechen scheinen: Schließlich waren und sind die öffent-

lichen Räume mitnichten „entleert“. Vielmehr herrscht in den meisten Fußgängerzonen der Innenstädte drangvolle Enge und die Fachleute in den Kommunen sind sich einig in der Einschätzung, dass etwa die öffentlichen Grünräume vielfach „übernutzt“ werden.

Auch gegen die viel zitierte Hypothese vom Verlust öffentlicher Räume durch „Privatisierung“ steht die Beobachtung, dass durch Stadtum- und -neubau eher mehr öffentlich nutzbare Flächen produziert wurden und selbst die oft kritisierten Passagen, Malls etc. aus der Sicht der Alltagsnutzer zunächst eine Erweiterung des öffentlich nutzbaren Flächenangebotes bedeuten ... So geht es weiter mit den Bildern und Gegenbildern: Für die einen konkurrieren virtuelle und reale Räume, für die anderen sind neue Kommunikationstechniken Schnittstellen zwischen Menschen und Räumen, die einen verweisen auf öde Flächen, die anderen entdecken „Möglichkeitsräume“ und so weiter und so fort.

Auch der Beobachtung, dass bei der Entwicklung neuer Wohnbereiche dem Geflecht der freien Räume zu wenig Bedeutung beigemessen werde, lässt sich mit Gegenbeispielen widersprechen (einige werden in diesem Heft vorgestellt). Insbesondere Umstrukturierungen im Bestand erhalten wesentliche Impulse durch hochwertige Freiraumstrukturen: Mit ihnen sollen neue Standortqualitäten signalisiert und private Folgeinvestitionen angeregt werden.

## **Handeln gefragt: Statt Untergangsszenarien konkrete Aufgaben**

Soll das heißen: Alles ist gut oder wird es doch werden? Mitnichten. Vieles liegt im Argen. Aber das, was wir in den öffentlichen Räumen der Städte vorfinden ist nicht von so epochaler Unausweichlichkeit wie uns die Stadtkritik einige Jahrzehnte lang glauben machen wollte. Vielmehr handelt es sich um ganz konkrete Missstände und Aufgaben, für die es sich lohnt, die



Entleerte Plätze? Bremen

(Foto: Klaus Selle)

Ärmel hoch zu krepeln und sie anzugehen. Denn natürlich gibt es sie: Die zugeparkten oder verkehrsüberfluteten Plätze, die diesen Namen nicht mehr verdienen, die leeren, verwahrlosten und vernachlässigten Räume, die nur abschrecken, nicht einladen ...

Einige Entwicklungen, die zu solchen Problemen führen, seien hier kurz skizziert:

### **Nutzungskonkurrenz**

Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass die öffentlichen Räume unter die Räder kommen. Das war durchaus wörtlich gemeint: Der fließende Automobilverkehr nimmt Platz für sich in Anspruch und belastet mit Lärm und Abgasen auch noch die angrenzenden Räume. Und der ruhende Verkehr breitet sich überall dort aus, wo ihm nicht massive Grenzen gezogen werden. Diese Probleme konnten im Zuge der Verkehrsberuhigung etwas gemindert werden – behoben sind sie aber noch keinesfalls. Auch neue Siedlungen, die den ruhenden Verkehr z.B. in Quartiersgaragen verlagern und so Straßen, Wege und Plätze für das Wohnen im Quartier frei halten, setzen Zeichen. Allerdings bleibt das Ziel, Verkehr stadtvträglich zu machen – und das heißt insbesondere: die Konkurrenz zu anderen Nutzungen in öffentlichen Räumen zu mindern – vielerorts noch fern und bedarf zu seiner Erreichung weiterer Anstrengungen;

### **Alterung**

Stadt altert, einzelne Standorte und Funktionsbereiche in unterschiedlicher Geschwindigkeit. Und so sind in bestimmten Zyklen Instandsetzungen und Modernisierungen notwendig. Das



**Belebte Plätze – die Campi von Venedig**

(Foto: Klaus Habermann-Nieße)

gilt auch für öffentliche Räume. Sie wurden in den 70er und 80er Jahren in vielen Städten neu gestaltet. Das, was damals geschaffen wurde, trägt heute vielfach nicht mehr, ist verschlissen oder folgt überholten Gestaltungsidealen: während man z. B. damals stark nach Funktionsbereichen trennte, werden heute eher flexibel nutzbare Flächen und offene Gestaltungen gefordert ... Wie in anderen Bereichen auch (Instandsetzung von Häusern, Austausch von Wirtschaftsgütern) kann das dazu führen, dass Re-Investitionen im öffentlichen Raum notwendig werden. Für die Innenstädte ist das bereits vielerorts erkannt. Stadtteilplätze und andere öffentliche Räume werden inzwischen auch auf die Agenda gesetzt – haben aber vielfach noch einen schweren Stand gegen die Klagen der Kämmerer.

### **Demographische Veränderungen**

Von der „Alterung“ der Städte ist noch in anderer Hinsicht die Rede: Die Veränderungen der Bevölkerungspyramide führen dazu, dass Infrastrukturen stärker auf die Bedürfnisse alter Menschen ausgerichtet werden müssen während mancher Kinderspielplatz in der bisherigen Form möglicherweise nicht mehr benötigt wird. Hier besteht die Herausforderung darin, attraktive, für viele Funktionen offene und die Lebensqualität im Quartier fördernde Räume zu schaffen.

### **Struktur- und Funktionswandel**

Vor allem öffentliche Räume in Quartieren leiden darunter, dass Einzelhan-

del und Dienstleistungen ihre ökonomische Basis verlieren oder bereits verloren haben. Damit fallen z. B. wichtige Nutzungen an den Platzrändern weg, die wesentlich zur Belebung beitragen. Zugleich verschlechtert sich die Versorgungssituation im Quartier, was insbesondere für die zunehmend größer werdende Zahl wenig mobiler, älterer Menschen problematisch ist. Hier stellt sich die Frage, ob nicht Versorgungseinrichtungen neuer Art er- und gefunden werden können, die den Menschen im Quartier nützen und zugleich die öffentlichen Räume beleben.

Dies sind nur einige der Herausforderungen, die sich zur Zeit stellen. Die Richtung, in die gehandelt werden muss, scheint dabei zumindest unter den Fachleuten unstrittig: Städtebauliche Strukturen sollen geschaffen bzw. erhalten werden, die durch Dichte, Vielfalt und Mischung der Funktionen und Aktivitäten Lebendigkeit in öffentlichen Räumen ermöglichen. Dabei sollen die öffentlich nutzbaren Räume nach Größe, Gestalt und Nutzungsmöglichkeiten auf die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung ihres jeweiligen Einzugsbereichs eingehen und offen sein für unterschiedliche und sich im Zeitablauf wandelnde Nutzungen.

### **Zusammenhänge herstellen**

Öffentliche Räume waren schon immer Gegenstand von Erneuerungs- und Entwicklungsbemühungen in den

Städten. Allerdings wechselten im Laufe der Jahrzehnte Problem- und Raumbezüge: In den 80er Jahren ging es vor allem um das sog. Wohnumfeld in den städtischen Erneuerungsgebieten. In den 90er Jahren widmeten sich viele Städte in besonderem Maße den Freiraum- und Grün-systemen. Seit einigen Jahren ist parallel ein Bedeutungszuwachs der Innenstädte und eine Hinwendung zu Quartiersplätzen zu beobachten.

Sucht man nach Merkmalen der aktuellen Ansätze, die Unterschiede zu früheren Phasen markieren, so ist vor allem eines zu nennen, dass man die „Entdeckung der Zusammenhänge“ nennen könnte: Punktuelle Zugänge der Vergangenheit werden abgelöst durch ein Verständnis des öffentlichen Raums als „System“. Der Stadtplatz steht eben nicht für sich. Er ist eingebunden in zahlreiche Bezüge: Wegeverbindungen, angrenzende Nutzungen, Stadt gestaltende Zusammenhänge etc. Diese Einbindung einzelner Räume in ein Ganzes ist für Wahrnehmung, Lesbarkeit und Nutzung der Stadt insgesamt von großer Bedeutung. Daher müssen die verschiedenen Teile des Systems öffentlicher Raum in diesem Kontext begriffen und bearbeitet werden. Diese Zusammenschau verlangt Pläne eigener Art und eine integrative Vorgehensweise. Womit bereits auf weitere „Zusammenhänge“ verwiesen ist:

Verkehr, Freizeit, Erholung, Konsum etc. werden in ihren Raumansprüchen in Planung und Politik jeweils für sich betrachtet. In den öffentlich nutzbaren Räumen überlagern sich jedoch diese und andere Funktionen. Eine entsprechend zusammenführende Betrachtung tut also Not.

Stadträume werden (in der Planung) zumeist fragmentiert behandelt: Tiefbau-, Grünflächen-, Ordnungs-, Planungsamt und viele andere teilen sich die Zuständigkeiten. Zusammenhang herstellen heißt also hier: Aktivitäten koordinieren, Ansprechpartner schaffen, Verfahren abstimmen und ggf. auch: Zuständigkeiten bündeln. Leicht gesagt, aber schwer getan.

Öffentliche Räume sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Zwar gibt es eine hervor gehobene Verantwortung der Kommunen, aber sie können diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Diese Einsicht ist insbesondere unter dem Druck leerer Kassen entstanden.

Zugleich wuchs die Erkenntnis, dass Investitionen in öffentliche Räume auch privaten Nutzen stiften (Lagewerte) und insofern eine anteilige Mitträgerschaft sinnvoll und gerechtfertigt sein kann. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich eine Vielfalt von gemeinsamen Aktivitäten: Sponsoren stiften zum Bau von Freiräumen an, private Unternehmen finanzieren die Umgestaltung eines Platzes mit, Bürgervereine übernehmen ehemals öffentlich betriebene Freizeiteinrichtungen in eigener Regie, Mietergruppen gewährleisten die Pflege eines Quartiersplatzes und so weiter und so fort ...

Das macht zugleich deutlich, dass die Grenzen zwischen „öffentlich“ und „privat“ bei Erstellung, Nutzung und Unterhalt „öffentlicher“ Räume offener bzw. undeutlicher werden.

### **Langer Atem gefragt**

Planung (nicht nur für öffentliche Räume) ist oft kurzatmig. Gelegentlich auch an Moden und politische Aufmerksamkeitszyklen gebunden. Das aber ist für ein als Zusammenhang begriffenes System von Stadträumen problematisch.

Der öffentliche Raum ist nichts für Kurzstreckenläufer. Hier ist mehr Durchhaltevermögen gefragt.

Leider ist eben das nicht überall gegeben. Manche Städte fahren ihre vor wenigen Jahren mit Elan begonnenen Programme schon wieder zurück. Angeblich sind es die leeren Kassen, die dies unvermeidlich erscheinen lassen.

Und auf Bundesebene wird ein ebenfalls mit Engagement begonnenes ExWoSt-Forschungsfeld, das zum Experimentieren mit neuen Ansätzen für öffentliche Räume einlud und auf großes Interesse bei vielen Kommunen stieß, kaum dass es begann, schon wieder geschlossen. In dem Fall machen sich die zuständigen Herren im Ministerium nicht einmal die Mühe, ihr Desinteresse am Thema hinter Einspar-Argumenten zu verbergen.

Eigentlich, so denkt man, ist doch die Bedeutung der öffentlichen Räume in der Stadt/ für die Stadt evident, unmittelbar ins Auge springend: Wo, wenn nicht hier, wird die Qualität der Städte und die Attraktivität ihrer Quartiere sichtbar? Aber es ist ebenso offensichtlich, dass diese Evidenz nicht

überall wirkt. Womit – unter anderem – erklärt ist, warum immer einmal wieder an die Bedeutung des Themas erinnert werden muss und – zum Beispiel – ein Heft wie das vorliegende notwendig ist.



Venedig

(Foto: Klaus Habermann-Nieße)

### **Wohnen in der Stadt: Öffentliche Räume als Thema der wohnbund-Arbeit**

Wohnpolitik ist mehr als Wohnungsverorgung – so lautet eine der Prämissen der wohnbund-Aktivitäten. Wohnfragen und Wohnprobleme sind demnach auch nicht nur auf Produktion und Verteilung von Wohnraum zu reduzieren. Und: Qualität des Wohnens hängt von vielen Faktoren ab, die über die Qualität des umbauten Raumes, über architektonische, bautechnische und wohnwirtschaftliche Fragen hinausgehen. So sind z.B. Vorhandensein und Benutzbarkeit der „freien“ Räume wesentliche Determinanten der Wohnqualität. Dabei geht es, um ein gelegentlich zu hörendes Missverständnis gleich aus der Welt zu schaffen, nicht nur um die „grünen Zimmer“, um privat oder gemeinschaftlich nutzbare Räume unmittelbar an die Wohnungen angrenzend. Vielmehr sind auch die Flächen, die allgemeiner Nutzung offen stehen, gemeint. Genauer: es geht um das Gewebe dieser verschiedenen Raumkategorien, ihre Anteile, Verteilung und damit auch die Gestaltung der Übergänge und Überlagerungen von öffentlichen und privaten Sphären... Erst wenn hier eine tragfähige

Struktur mit hohem Gebrauchswert entsteht, wird „Wohnen in der Stadt“ möglich.

Die Gestaltung dieser Spannungsfelder und räumlichen Zusammenhänge ist, auch das ein Gemeinplatz für den

wohnbund, nicht nur eine Aufgabe öffentlicher Planungsträger. Hier ist vielmehr das Zusammenwirken vieler Akteure notwendig: Wohnungsunternehmen, Baugemeinschaften und intermediäre Organisationen sind ebenso gefragt wie Eigenaktivitäten der Bewohnerinnen und Bewohner.

Deren gemeinsames Handeln bezieht sich, um einen dritten Aspekt zu nennen, der kennzeichnend ist für das Aufgabenverständnis aus wohnbund-Sicht, nicht allein auf die erstmalige „Produktion“ der Räume: Vielmehr ist die Nutzungsphase, das Beleben und Verändern im Wechselspiel von Rahmensetzung und Aneignung von großer Bedeutung für die tatsächlichen Wohnqualitäten im Quartier. wissenschaftlicher Betrachtung mit Erfahrungen der Praxis

### **Die Beiträge dieses Heftes**

Die wohnbund-Arbeit und damit auch die Entwicklung wohnpolitischer Konzepte gründet auf den Dialog von Wissenschaft und Praxis. Dem entsprechend konnten auch für diese Ausgabe der wohnbund-informationen Autorinnen und Autoren gewonnen werden, deren Sichtweise auf öffentliche

Räume in den Quartieren auf wissenschaftlichen Analysen und praktischen Erfahrungen beruhen.

Den ersten Abschnitt – die Reflexionen – eröffnet Erika Spiegel. Sie plädiert dafür, die öffentlichen Raum in den Quartieren ganzheitlich zu betrachten und dabei die vielfältigen, durchaus unterschiedlichen Funktionen und Ansprüche im Blick zu behalten. Die auf diese Weise zu erkennen- den Widersprüche sind, so Erika Spiegel, nicht ohne weiteres aufzulösen. Auch lassen sich Nutzung und Verhaltensweisen nicht vorschreiben, denn: „Öffentliche Räume sind keine pädagogische Anstalt.“ Dass der Öffentliche Raum einer Definition durch die Nutzer bedarf und damit Aneignungsformen zu finden sind, die eine qualitative Entsprechung zur Privatisierung des Raumes finden, betont Joachim Brech, wenn auch alle Akteure in seinem Verständnis zunächst eine Vision vom künftigen Leben in der Stadt benötigen, um das Maß der Grenzziehungen zu bestimmen. In seinen Reflexionen sucht Klaus Ronneberger das Wechselverhältnis zwischen einer radikalen Privatisierung der Räume und der Ausgrenzung zu bestimmen und erläutert das Ergebnis einer möglichen doppelten Ausgrenzung sozial benachteiligter Gruppen. Über die Reflexionen hinaus werden die Berichte zum Sozialcharakter des Raumes deutlich in der Beschreibung der tatsächlichen Kontroverse. Heidi Sutter – Schurr führt in die soziale Charakteristik der öffentlichen Räume ein und bestärkt die Erkenntnis, dass eine Vielfalt von Raumcharakteren unverzichtbar ist. Herbert Schubert reagiert auf die gesellschaftliche Diskussion der Unsicherheitswahrnehmung und antwortet auf die in der Folge entwickelte „Broken windows Theorie“ des harten Eingreifens

gegenüber Störungen der Ruhe mit der Forderung der sozialen Stärkung von Nachbarschaften in integrierten Handlungskonzepten.

In den Praxisbeispielen haben wir unterschiedliche Typen der Reaktivierung der Raumnutzung in alten Stadtteilen ebenso abgefragt, wie die Raumnutzung zwei bis drei Jahre nach Entstehen von neuen Quartieren, in denen aus Sicht von Planung und weiser Vorausschau alles hätte besser gemacht werden können.

Die Beobachtungen und die Prozesse der Raumgestaltung standen im Vordergrund der Berichterstattung in den Bestandsquartieren, wenn der Freundorfer Platz in München an der Schnittstelle zwischen alter und neuer Stadt überarbeitet und aktiviert wird und die Distanz zwischen Neu und Alt selbst in der Platzgestaltung und der Platznutzung noch nicht überwunden ist. Vielfältige Interaktionsformen zur Aneignung der zu reaktivierenden Öffentlichen Räume in einem benachteiligten Wohnquartier werden aus Hildesheim berichtet, wo die Aktivierung der Nutzerinnen und Nutzer für die Umgestaltung der öffentliche Räume auch verstanden wird als Reaktivierung der Stadtteilöffentlichkeit und Aufbau neuer sozialer Netzwerke.

In den neuen Quartieren der Konversion in Tübingen und Freiburg Vauban, oder in den neuen Stadtteilen Hannover – Kronsberg und Freiburg – Rieselfeld wird deutlich, dass nicht alles planbar ist, dass Brachen beim Bauen ganz besonders attraktiv sind und dass die formelle Strukturierung des Raumes mit den gleichen Aneignungskonflikten zu arbeiten hat wie in den

Bestandsquartieren. Aneignung meint dabei einerseits die noch fehlende Akzeptanz gut durchdachter aber bis heute noch entleerte Räume, ebenso wie die kleinräumigen Konflikte bei der Gestaltung und Nutzung des engen Wohnumfeldes, wenn zum Beispiel aus Freiburg berichtet wird: „Wir diskutieren über Bäume, die keinen Blick verstellen, möglichst kein Laub verlieren und durchsichtig sind und – wenn überhaupt – vor Nachbars Haus stehen.“

Alle Beispiele stehen für das intensive Bemühen um eine aktivierende Gestaltung des öffentlichen Raumes in vielfältigen Kommunikations- und Kooperationsformen zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, den Wohnungsunternehmen und Eigentümergemeinschaften, der planenden Verwaltung und kommunalen Politik. Das „Leben“ des öffentlichen Raumes bedarf offensichtlich vielfältiger Vereinbarungen zwischen unterschiedlichen Interessen und bietet dann auch Chancen zur Aneignung.

#### **Literaturhinweise zum Thema**

- Ulrich Berding, Oliver Kuklinski, Klaus Selle: *Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum*. Werkstatt Praxis H. 2/2003, hgg. vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
- Marlo Riege, Herbert Schubert (Hg.) *Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis*. Opladen 2002 [Leske + Budrich]
- Klaus Selle (Hg.): *Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte*. Ein Lesebuch für Studium und Praxis. Aachen/Dortmund 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Dortmund 2003 [Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur]

Erika Spiegel

## Öffentlich nutzbare Räume im Quartier – für wen?

■ Als im Jahr 1970 in einem Fachseminar für Planer über die Sanierung eines der ärmsten Pariser Arbeiterquartiere des 19. Jahrhunderts berichtet wurde, in deren Verlauf die weit überbelegten Ein- und Zweizimmerwohnungen ohne eigenen Wasseranschluss und WC durch moderne Zwei- und Dreizimmerwohnungen ersetzt worden waren, sich aber auch die vormals 48 „cafés“ – in Frankreich nicht umsonst auch als „salons du pauvre“ bezeichnet – auf eines reduzieren sollten, wurde die Referentin von einem der Teilnehmer gefragt, ob man die Wohnungen dann nicht wieder kleiner bauen solle, damit die Leute wieder mehr aus dem Haus und ins Café gingen.

Dies zum Auftakt belegt gleich zweierlei: zum einen, dass die Nutzung öffentlicher und halböffentlicher Räume in engem Zusammenhang mit der Nutzbarkeit der Wohnung steht, zum anderen, dass die Faszination, die der öffentliche Raum auf die städtebauliche Planung ausübt, eine lange Geschichte hat. Es belegt aber auch, dass sich das Interesse an Gestalt und Funktion öffentlicher Räume nicht auf die großen zentralen Plätze beschränken darf, deren Erscheinungsbild, Aktivitätsspektrum und Besucherströme als Inkarnation des Urbanen – und inzwischen auch als wichtiger „weicher“ Standortfaktor – gelten, sondern sich auch auf die Quartiere erstrecken muss, wo die öffentlichen Räume weniger spektakuläre, aber nicht weniger wichtige Funktionen zu erfüllen haben, ob es sich dabei um Straßen und Plätze oder um Grünanlagen handelt, die sich bei der Bevölkerung besonders hoher Wertschätzung erfreuen.

### Funktionen und Nutzungen

Unter diesen Funktionen sind, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht und in unterschiedlicher Zusammensetzung, von größter Bedeutung

- die Verkehrsfunktion, hier besonders für Fußgänger, die jedoch auch

als „Passanten“ nicht nur die Statistiker bilden, sondern jederzeit die Rolle von Akteuren übernehmen können;

- die wirtschaftliche Funktion, und zwar im Sinne eines „Marktes“, auf dem nicht nur Waren, Dienstleistungen und Informationen, sondern auch „Kultur“, in welcher Form auch immer, gehandelt werden, wobei das Besondere, Nicht-Alltägliche einen hohen Bonus genießt;
- die Erholungsfunktion, wobei „Erholung“ sehr Unterschiedliches bedeuten kann: Bewegung, Sport und Spiel ebenso wie Rückzugsmöglichkeiten, Ruhe, Kontemplation; Inlineskaten ebenso wie ein Picknick mit der Familie;
- die Kommunikations- und Begegnungsfunktion, eine Funktion, die in der Planung oft als wichtigste Qualität öffentlicher Räume und als *conditio sine qua non* für die Integration städtischer Gesellschaften angesehen wird – wobei oft vergessen wird, dass es eine besondere Art von Kommunikation ist, die öffentliche Räume kennzeichnet, nämlich eine verbindlich-unverbindliche, die jederzeit die Bitte um Auskunft oder Hilfe erlaubt, jederzeit aber auch den Rückzug in die Anonymität;
- schließlich, und nicht zuletzt, eine ästhetische Funktion, indem sie sich durch Gestaltelemente und Bedeutungsträger, ob Denkmäler, Kunstwerke, Wasserspiele oder gezähmte Natur, aus dem baulichen Alltag des Quartiers herausheben.

Dabei ist es vor allem die vielfältige Überschneidung dieser Funktionen, die öffentliche Räume kennzeichnet und ihnen jedenfalls potenziell zu einer hohen Erlebnisdichte verhilft.



Aneignung oder Abgrenzung  
Hannover Möhringsberg

(Foto: Klaus Habermann-Nieße)

### Quartiersbezüge

Welche dieser Funktionen jeweils im Vordergrund stehen, vor allem aber, von wem sie jeweils genutzt werden, hängt nicht nur von Gestalt und Ausstattung der öffentlichen Räume selbst ab, sondern ebenso von den Ansprüchen, die aus den Quartieren an sie gestellt werden. Diese Ansprüche variieren beträchtlich, und zwar in erster Linie nach

- der Lage innerhalb des Stadtgebietes, ob es sich etwa um innerstädtische oder innenstadtnahe Quartiere handelt, die oft auch gesamtstädtische Aufgaben zu erfüllen haben, oder um periphere Quartiere, die eher auf sich selbst gestellt sind;
- der Nutzungsstruktur, vor allem ob es sich um Mischgebiete oder reine Wohngebiete handelt;
- der Bebauungsstruktur, insbesondere der Dichte der Bebauung und der Ausstattung auch mit halböffentlichen und privaten Freiräumen;
- der Zusammensetzung der Wohn-, gegebenenfalls auch der Arbeitsbevölkerung, vor allem nach demographischen, sozialen und ethnischen Merkmalen, aber auch nach der Art des Lebensstils.

Dabei sind zwei Quartierstypen von besonderem Interesse, die sich in fast jedem dieser Kriterien deutlich voneinander unterscheiden.

## **Innerstädtische Altbauquartiere**

Dabei handelt es sich zum einen um innerstädtische, meist gründerzeitliche Altbauquartiere, die in der Regel durch eine relativ dichte Bebauung, wenig öffentliche und auch wenig halböffentliche, geschweige denn private Freiräume gekennzeichnet sind, in denen aber auch die Wohnungen relativ klein und Balkone allenfalls zur Dekoration vorhanden sind. Dafür weisen sie oft noch eine gewisse Nutzungsmischung auf, d.h. neben der Wohn- gibt es auch eine Arbeitsbevölkerung, die zwar nur zum geringeren Teil im Quartier wohnt, aber doch Einkäufe und sonstige Geschäfte dort erledigt und, zusammen mit den Lieferanten und Kunden des örtlichen Gewerbes, die öffentlichen Räume mit nutzt. Wie die Wohnbevölkerung zusammengesetzt ist, ist zwar je nach Qualität der Bausubstanz und „Adresse“ verschieden. Im allgemeinen handelt es sich jedoch um eine demographisch, sozial und ethnisch eher heterogene Bevölkerung, die oft durch überdurchschnittliche Anteile von ausländischen Haushalten mit und deutschen Haushalten ohne Kinder, ob Singles oder Paare, Studenten oder Rentner, geprägt ist, meist auch durch bescheidene oder unsichere Einkommensverhältnisse.

Für viele von ihnen, vor allem die relativ Immobilen, bieten die öffentlichen Räume die einzige Möglichkeit, sich tagsüber in Wohnungsnähe im Freien aufzuhalten und dabei etwas zu „erleben“. Umso wichtiger sind Aufenthaltsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten Gruppen, für Kinder, die aus dem Spielplatzalter herausgewachsen sind und ihren Bewegungsdrang befriedigen wollen; für Teenager und Jugendliche, die sich dort treffen und zeigen, sonst aber nur „rumhängen“ wollen; für alte Leute, die Gesellschaft suchen und sich dabei an gepflegten Blumenbeeten erfreuen möchten; für Beschäftigte, die dort nur die Mittagspause verbringen wollen, schließlich aber auch für Bettler, Punks oder Obdachlose, die keinen anderen festen Ort haben, sich aber für viele „Einheimische“ eher als Ärgernis denn als Attraktion darstellen.

## **Neubauquartiere am Stadtrand**

Zum anderen handelt es sich um eher peripher gelegene Gebiete, die häufig

durch Großwohnanlagen des Sozialen Wohnungsbaus geprägt sind. Obgleich private Freiflächen auch hier weitgehend fehlen, sind doch auch bei höheren Dichten die Abstandsflächen zwischen den Gebäuden so groß, dass ein Gefühl der Enge kaum aufkommen kann, auch nicht in den Wohnungen, die in der Regel geräumiger und heller sind als in der Innenstadt, dazu mit Balkonen ausgestattet, auf denen Stuhl, Tisch und Sonnenschirm Platz haben. Eine Arbeitsbevölkerung gibt es hier nicht, allerdings ist auch die Wohnbevölkerung inzwischen relativ heterogen und nicht mehr auf die „jungen (deutschen) Familien mit kleinen Kindern“ beschränkt, für die sie einst gebaut waren. Wo diese älter geworden oder fortgezogen sind, haben sie oft anderen „Wohnberechtigten“ Platz gemacht, die von den Wohnungsämtern dorthin verwiesen wurden, welcher Herkunft und Lebensform auch immer. Nur der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist groß geblieben, in vielen Gebieten auch der Anteil derer, die wenig finanzielle Spielräume haben. Von daher sind die Ansprüche, die an die öffentlichen Räume gestellt werden, eher größer geworden, die Voraussetzungen zu ihrer Erfüllung allerdings schlechter.

Zwar werden auch dort öffentliche Räume durch „Passanten“ in Anspruch genommen, diese kommen jedoch meist aus dem Quartier selbst und stellen für niemanden eine Attraktion dar. Auch einen „Markt“ für kommerzielle Angebote gibt es zwar, aber angesichts der quantitativen und qualitativen Grenzen der Nachfrage nur in weitgehend standardisierter Form, und nur zu genau festgelegten Zeiten. Dies gilt auch für die Stadtteilstellen oder -messen, mit deren Hilfe Bürgergruppen, Einzelhändler und Verwaltung versuchen, den Quartieren ein öffentliches Leben und Gemeinschaftserlebnisse einzuhauchen. So willkommen sie sind, im Alltag der öffentlichen Räume hinterlassen sie wenig Spuren.

Aber auch für eine ästhetische Überhöhung des Alltags gibt es wenig Ansatzpunkte. Hier rächt sich, dass Planung und Bau der meisten dieser Quartiere in eine Zeit fallen, in der ästhetische Qualitäten ohnehin nicht hoch im Kurs standen und man stattdessen auf „Urbanität durch Dichte“ setzte; aber auch, dass die fließenden Räume der städtebaulichen Moderne

einer Platzbildung nicht gewogen waren. Umso wichtiger werden Erholungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, die jedoch aufgrund der peripheren Lage und Monofunktionalität der Gebiete nur auf ein begrenztes Potenzial zurückgreifen können. Dies betrifft vor allem ältere Kinder und Jugendliche, die weder das Geld für die Disco in der Innenstadt noch für ein Freizeitcenter haben. Zwar bieten die reichlich vorhandenen betonierten Flächen Möglichkeiten für Inlineskating, Skateboards oder Streetball, alte Leute, die sich dadurch eher gestört fühlen, sind damit aber nicht bedient, und Familien, die picknicken oder Federball spielen wollen, auch nicht. Hinzu kommt, dass diese Quartiere schon von ihrer Lage her nur selten unmittelbaren Zugang zu den Volks- oder Stadtparks haben, die der innerstädtischen Bevölkerung gerade solche Möglichkeiten bieten, die „freie Landschaft“ aber ohne Auto noch schlechter erreichbar ist.

Wer diesen Gebieten zu täglich nutzbaren Erholungs- und Kommunikationsmöglichkeiten verhelfen will, der muss sich daher von der Fixierung auf die Quartierszentren lösen und das Quartier insgesamt als öffentlichen – oder auch halböffentlichen – Freiraum verstehen, der in erster Linie von den Bewohnern genutzt wird, Fremde zwar nicht ausschließt, aber auch ohne sie auskommen kann. Er muss also auch die Abstands- und Reserveflächen veröffentlichen und sie in ihrer Gesamtheit in ein Landschaftskonzept einbinden, das zwar robust und vielfältig nutzbar, aber auch ästhetisch befriedigend ist.

## **Widersprüche und Konflikte**

Die Ansprüche, die an öffentliche Räume im Quartier gestellt werden, bleiben aber in jedem Falle höchst unterschiedlich, wenn nicht widersprüchlich – und damit auch konfliktträchtig. Dabei bestehen die größten Widersprüche zwischen

- dem Bedürfnis nach Rückzugsmöglichkeiten, Ruhe, Kontemplation und dem Drang nach Bewegung, „action“, „events“;
- dem Bedürfnis nach kultureller und sozialer Homogenität und der faktischen Heterogenität der Mit-Nutzer;

- Verhaltenserwartungen, die an (klein)bürgerlicher Wohlanständigkeit orientiert sind, und Verhaltenswirklichkeiten, die von harmlosen Flegeleien bis zu Drogen- oder Alkoholkonsum reichen können, von friedlicher Nachbarlichkeit bis zur demonstrativen Zurschaustellung zumindest der Symbole von Sex und Gewalt.

Auch wer gerade im Ertragen solcher Widersprüche ein Wesensmerkmal öffentlicher Räume und die Voraussetzung für ihre integrative Funktion sieht, wird niemanden dazu zwingen können, sich dort aufzuhalten. Öffent-

liche Räume sind keine pädagogische Anstalt, einen Schulzwang gibt es nicht. Wenn sie trotzdem den berechtigten Ansprüchen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht werden sollen, so am ehesten durch eine Art sozialer und funktionaler Arbeitsteilung zwischen den Teilräumen, die unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird, sie aber nicht voneinander abschottet. Öffentlich zugänglich sind ja nicht nur Plätze, Straßen und Grünanlagen, sondern auch Restflächen, die Platz für eine Bank zum Ausruhen oder „people watching“ bieten, Kioske, Imbissstände oder Haltestellen, die zu kurzen Gesprächen einladen,

Baulücken und Brachen, die „besetzt“ und vielfältig umfunktioniert werden können. Öffentliche Räume müssen also auch auf dieser Ebene als vernetzte Systeme verstanden werden, die erst in ihrer Gesamtheit die unterschiedlichen sozialen und funktionalen Ansprüche, die an sie gestellt werden, erfüllen können.

Erika Spiegel, Dr.phil., Hochschullehrerin, z.Zt. freiberuflich tätig im Grenzbereich zwischen Soziologie und räumlicher Planung

Joachim Brech

## Öffentlicher Raum – Aneignung oder Integration

■ Bei der Biennale 2003 in Venedig hat Santiago Sierra vor den Eingang des spanischen Pavillons eine Wand gestellt, und nur Spanier, die ein Dokument ihrer Nationalität vorweisen können, haben Zugang. „Eine Wand verschließt einen Raum“ nennt Sierra seine Intervention. Er möchte Schluss machen mit dem naiven Gerede vom „Zugang für alle“. Wer keine Zugangsberechtigung hat, bleibt „Draußen vor der Tür“. Wer eine bestimmte Gruppe einschließt, schließt eine andere aus, sei sie auch von der Zahl her eine größere.

Vor dieser Wand endet der öffentliche Raum. Was im Raum hinter der Wand sich befindet, was hier geschieht, bleibt verborgen, wem der Zutritt verwehrt ist. Der Raum hinter der Wand könnte ein privater Raum sein, aber ebenso der Raum einer öffentlichen Einrichtung, zu der aber nicht jeder Zutritt hat. Neugier kann in Ärger und Wut umschlagen oder Resignation. So kommt es, dass, wer nicht hinein darf, meint, sich den öffentlichen Raum aneignen zu dürfen. Manche Stadtplaner oder Sozialarbeiter, die sich den draußen Stehenden – aus welchen Gründen auch immer – verpflichtet fühlen, fordern zur Aneignung des allgemein zugänglichen öffentlichen Raums auf. Unsichtbare Konfliktlinien entstehen.

Doch gibt es noch eine weitere Form der Aneignung. Der öffentliche Raum wird in Dienst genommen von den

Botschaften, die ihre Absender an den ihn umgebenden Wänden angebracht haben: Symbole und Kodierungen der Architektur, der Kunst und der Werbung.

### Der öffentliche Raum als ein neuer Gesellschaftsvertrag

Der öffentliche Raum ist heute wieder die zentrale Kategorie der Stadtplanung. Vom öffentlichen Raum ausgehend werden die Strategien zur Realisierung der Stadtvisionen entwickelt. Das ist in der Geschichte der Stadt eigentlich nichts Neues. Der Fall ist aber heute, dass die Vision von der Stadt oft vage ist, dass die Visionen der Städte sich mehr oder weniger gleichen oder dass es gar keine gibt, weshalb die Form zum Ersatz wird.

Die Städte und Gemeinden sehen sich heute in einer Krise. An Analysen ihrer Probleme fehlt es nicht, sondern an Handlungsstrategien. Doch vor den Handlungsstrategien, zusammengeführt im Stadtentwicklungsplan, steht die Frage: Welche Vision haben wir für unsere Stadt?

In der gegenwärtigen Situation brauchen die Städte als erstes wieder eine Vision von ihrer Zukunft, denn viele Paradigmen der Stadtentwicklung haben ihre Grundlage eingebüßt. Die Städte müssen sich darüber klar werden, wie ihre Stadtgesellschaft im 21. Jahrhundert sich entwickeln soll.

Die Bürger der Stadt müssen sich fragen, was für sie ihre Stadt bedeutet. Davon hängt auch die Frage ab: wie viel und welcher Art öffentlichen Raums möchten wir uns leisten?

Visionen sind nichts anderes als Strategien des Handelns. Das ist es, was sie von Utopien unterscheidet. Deutschland und seine Städte werden sich im Jahr 2020 vom Heutigen wesentlich unterscheiden. Es geht im gegenwärtigen Strukturwandel um nichts geringeres als um eine neue Revolution, um die Entwicklung zu einer neuen, globalen Gesellschaft des Informationszeitalters. Dafür bedarf es, wie Roman Herzog in seiner Berliner Rede von 1997 sagte, eines neuen Gesellschaftsvertrags zugunsten der Zukunft. Bezogen auf die Stadt und ihre öffentlichen Räume könnte man die Aufgabe so formulieren: der öffentliche Raum als ein neuer Gesellschaftsvertrag.

### „Aneignung“ oder „gelungene Integration“ – Versuch am Beispiel eines Stadterweiterungsgebiets der 60er-Jahre

Was „der öffentliche Raum als ein neuer Gesellschaftsvertrag“ bedeuten könnte, möchte ich am Beispiel des Stadterweiterungsgebiets Neu-Stammheim in Köln aus den 60er-Jahren erläutern. Hier haben wir im Rahmen

des Forschungsprojekts „Stadtleben“ die im öffentlichen Raum verlaufenden Konfliktlinien und ihre Ursachen beleuchtet und Szenarien entwickelt, wie es mit Neu-Stammheim weitergehen könnte.

Stammheim ist ein typisches Sozialwohnbaugelände der frühen sechziger Jahre. Es gehört der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GAG. Die Siedlung besteht nach der Leitidee der gegliederten und aufgelockerten Stadt aus Zeilenbauten und vereinzelt



Bewohnerfest – Hannover Möhringsberg

(Foto: Kirsten Klehn)

Punkthochhäusern. Sie besitzt nach heutigem Verständnis übergroße Freiflächen und Straßen – „öffentlicher Raum“. Dieser ist nicht de jure öffentlicher Raum, denn er gehört zum größten Teil dem Wohnungsunternehmen – die Grünflächen und Wege – , zum Teil der Stadt – die Straßen. Diese Konfiguration ist typisch für eine Zeit, in städtische und Unternehmensinteressen ineinander verwoben waren.

Ein großer Teil der ersten Bewohner ist mit dem Gebiet gealtert. Ein Fünftel der Bewohner ist älter als 65 Jahre, und knapp zwei Drittel wohnen bereits länger als 5 Jahre hier. Gleichzeitig sind 15 % unter 14 Jahre alt, ein vergleichsweise hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen. Die Sozialhilfequote beträgt über 17 %. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Punkthochhäuser von der Stadt als Übergangwohnheime für Aussiedler genutzt werden. Es gibt in der Siedlung zahlreiche soziale Einrichtungen und einige Läden für die alltäglichen Dinge.

Die älteren Bewohner pflegen einen traditionellen Lebensstil. Das führt zu einer Konfrontation zwischen Alteingesessenen und Zuziehenden, meistens deutsche und ausländische Zuwanderer, die viele Kinder haben. Während die Älteren in der Wohnung

sitzen, erobern die Kinder der Zuwanderer und die Jugendlichen den „öffentlichen Raum“ – Freiflächen und Straßen. Die Älteren haben keine Chance wegzuziehen, wollen es eigentlich auch gar nicht, weil sie schon so lange hier wohnen und manche sagen: so einen Freiraum gibt es woanders nicht. Doch mehr und mehr stört sie, wie der „öffentliche Raum“ herunterkommt, mit Lärm, Schmutz, alten Autos, Kriminalität und Vandalismus sich füllt, wie Fremde ihn sich nach ihren informellen Mustern aneignen. Die Freiräume der einstmaligen als ein Modell des modernen Sozialstaats gebauten Wohnsiedlung sind Konfliktfeld geworden. Die Interessen der älteren Einheimischen und der Zuwandererfamilien aus den verschiedensten Kulturen prallen hart aufeinander. Der alte „Vertrag“, geschlossen zu einer Zeit als Sozialwohnen noch ein Lebensstil war, ist einseitig aufgekündigt.

Von Integration kann keine Rede sein. Es gibt gemeinwesen- und sozialarbeiterische Interventionen. Doch sie laufen ins Leere.

Der öffentliche Raum hat seine Bedeutung als ein informeller Gesellschaftsvertrag zwischen den Bewohnern über die Art und Weise des Zusammenlebens verloren.

Wie nun könnte der öffentliche Raum einer solchen durchaus typischen Wohnsiedlung wieder zur Grundlage eines Gesellschaftsvertrags zwischen den so unterschiedlichen sozialen Gruppen werden? Konkret würde sich dieser informelle Vertrag darin äußern, dass eine Art Choreografie der Nutzung sich quasi selbst generierte auf der Grundlage von Toleranz und Akzeptanz des Anderen.

Tolerant kann aber nur sein, wer sich auch entziehen kann. Wegziehen kommt für Stammheim's Bewohner aus Geldmangel nicht in Frage. Weil sie nicht den ganzen Tag über cholerisch schimpfen können, geben sie sich tolerant. Ihre Toleranz kann aber auch eine Melange aus Furcht, Resignation und Opportunismus sein. In Stammheim ist das zu sehen. Aus Angst ziehen sich die Älteren in ihre Wohnungen zurück, wo sie doch so gern bei

gutem Wetter abends vor der Haustür sitzen würden.

Man sieht sofort, dass eine Strategie zur Erreichung eines besseren Zustands nicht vom öffentlichen Raum allein ausgehen kann, während alles andere, die Bau- und Organisationsstrukturen der Siedlung, beim alten bleibt. Denn zwischen den Wohnformen, die die hier lebenden Menschen wünschen würden, und den alten Strukturen besteht eine viel zu große Diskrepanz, beides ist nicht mehr miteinander kompatibel.

Zunächst bedarf es – um am obigen anzuknüpfen – einer Vision, wie die Menschen, die in ihrem Leben in solchem Stammheim angekommen sind, ohne dass sie hierüber als autonome Individuen entschieden hätten, endlich so leben können, dass sie ein gutes Gefühl von ihren Lebensumständen haben. Das heißt doch nicht anderes als: die Menschen brauchen etwas Eigenes.

Nehmen wir an, diese Vision: etwas wirklich Eigenes, nicht bloß Zugestandenes sollte man haben, findet Zustimmung. Dann ist die Frage, wie die vorhandenen Strukturen entsprechend verändert werden können und welche Strategien dazu einzuschlagen sind.

Zu diesem Zweck haben wir Szenarien für die Wohnsiedlung entwickelt und unter den möglichen eines bevorzugt: die Privatisierung inklusive einer Privatisierung eines großen Teils des öffentlichen Raums, und zwar nicht, um dadurch die Konflikte zu verringern, sondern weil die Bewohner zuallererst Raum für ihr privates Leben brauchen, vor allem einen eigenen Garten. Erst wenn sie zu Hause wieder zufrieden sind, wenn ihre Privatheit auf einem neuen, zeitgemäßen Niveau wieder hergestellt ist, werden sie Toleranz im öffentlichen Raum üben können – so jedenfalls meine These. Eindeutig ist das auch ein Plädoyer für – freiwillige – Segregation. Auf der Grundlage von Paradigmen wie „soziale Mischung“ lassen sich die Probleme der Siedlung nicht lösen, bleibt der öffentliche Raum negative Konfliktzone. Jetzt erst können Planer daran gehen, den öffentlichen Raum neu zu strukturieren, zu zonieren oder welche Ideen auch immer sie haben, um etwas Schönes und Brauchbares zu gestalten.

Vor allem ist dann das alte, durch die egalisierende Sozialidee bestimmte

Verhältnis zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten zurechtgerückt, das sich heute städtebaulich in der Indifferenz der Fläche, dem so genannten halböffentlichen Raum, äußert.

Die dubiose Formel „Aneignung des öffentlichen Raums“ – sie besagt ja nicht weniger, als dass eine vorgeblich weniger privilegierte Minderheit dazu aufgefordert wird, sich ebenso zu verhalten, wie der nächst Stärkere sich verhält, nämlich dem Schwächeren Raum wegzunehmen – hat dann keine Grundlage mehr (es sei denn, man versteht unter Aneignung selbst das Spaziergehen in einem Park).

Die europäische Stadt wird noch immer verstanden als ein wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und territorialer Raum, wo der Einzelne sich im Gesamten eingebunden fühlt. Integration ist der Begriff oder die Formel, die diesen gewünschten Zustand charakterisiert. „Aneignung“ zu Lasten des Anderen bedeutete: misslungene Integration.

So weit zu dem Beispiel Neu-Stammheim. Unser Vorschlag wird wahrscheinlich nicht realisiert, denn er hätte zur Folge, dass die Sozialpolitiker ein liebgewordenes Spielzeug aus der Hand geben müssten.

## **Öffentlicher Raum und Integration**

Integration des Gegensätzlichen – der sozialen und ethnischen Gruppen in der Stadt – kann nicht „Vereinheitlichung“ bedeuten oder es jedem recht machen wollen. Ein solches Bestreben würde, unterstellt, es ließe sich überhaupt realisieren, zu Stagnation führen. Der öffentliche Raum in unserer Wohnsiedlung wird also weder nur ein geleckter Park sein können, noch ein Abenteuerspielplatz. Nichtvereinheitlichung und Aufrechterhalten der Vielfalt erschüttert nicht die Ordnung.

Man sollte es klar aussprechen. Die Konfliktlinien im öffentlichen Raum in den Wohngebieten resultieren wesentlich aus den unterschiedlichen kulturellen Verhaltensweisen der Generationen sowie der Einheimischen und der Zuwanderer.

Damit bewegt sich die Debatte über die Integration der sozialen Gruppen in der Stadt, vor allem der Zuwanderer, zwischen diesen Polen: auf der einen

Seite Assimilation, auf der anderen Kulturfreiheit. Assimilation ist die Übernahme einer anderen Verhaltensweise, Kultur, Norm, eines anderen Glaubens und dadurch ein Bruch mit der eigenen Tradition. Hinter dieser Forderung steht die Furcht vor „Überfremdung“, die in den Satz mündet: „Man kann sich im eigenen Wohnviertel nicht mehr zu Hause fühlen“ oder in der Sprache der Planung: Die neue Kultur ist dominant im öffentlichen Raum. Keine Kultur soll aber, so die gängige Vorstellung, die andere dominieren. Man möchte anderen nicht Wertvorstellungen und Verhaltensweisen aufzwingen, die sie freiwillig nicht akzeptieren würden. Es geht hier um das Recht, in den vertrauten Formen zu leben, ob man nun ankommt in einem Wohngebiet oder schon lange hier lebt.

Kulturelle Konflikte entstehen überall, wie die Rechtsprechung, die damit befasst wird, zeigt: „Kann ein Motorrad fahrender Sikh unter Berufung auf seine religiöse Pflicht, einen Turban zu tragen, Befreiung von der allgemein geltenden Helmpflicht verlangen? Muss einem jüdischen Häftling koscheres Essen vorgesetzt werden? Hat ein islamischer Arbeitnehmer das Recht, seine Arbeit kurzzeitig für Gebete zu unterbrechen? (...) Muss jüdischen Kaufleuten die Geschäftsöffnung am Sonntag erlaubt werden, weil sie am Samstag aus religiösen Gründen keine Geschäfte tätigen dürfen? Hat eine islamische Schülerin ein Anrecht darauf, vom Sportunterricht befreit zu werden, weil sie sich dem anderen Geschlecht nicht in Sportkleidung zeigen darf? (...) Können Zuwanderer verlangen, Verstorbene ohne Rücksicht auf die einheimische Friedhofsordnung zu bestatten? Muss in deutschen Städten der mit Lautsprechern übertragene Ruf des Muezzin genauso zugelassen werden wie das Glockengeläut der Kirchen? Muss Fremden das Schächten erlaubt werden, obwohl es den einheimischen Tierschutzregeln widerspricht?“ (*Grimm, Dieter, 2002: Kann der Turbanträger von der Helmpflicht befreit werden? In: FAZ v. 21. Juni 2002, S. 49.*)

Mit dem Recht auf kulturelle Differenz jedenfalls lässt sich das Postulat „Aneignung des öffentlichen Raums“ nicht legitimieren. Das Recht, anders zu sein, muss das gleiche Recht für alle auf Anderssein einschließen.

Es geht, um wieder an die Metapher von Santiago Sierra zurückzukommen, um „Zugang“ oder anders: um die Grenze zwischen dem öffentlichen Raum im weitesten Sinne und dem Privaten. Denn nochmals: wer überall nur Verschlussenes vorfindet, wird sich an die Regeln, die eine zivile Gesellschaft im öffentlichen Raum setzt, nicht halten wollen. Doch auch wer keine Grenzen kennt, benimmt sich nicht zivil.

## **Der öffentliche Raum und „Zugang“**

Zugang kennzeichnet die Schwelle zwischen drinnen und draußen; Zugang zu Bildung, Wissen und Informationen; zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt; zum Gesundheitssystem; zu bestimmten Lebensweisen. Kennzeichen einer demokratischen offenen Gesellschaft ist es, jedem die Chance zu geben, Zugang zu finden. Wo aber Zugang ist, ist auch Begrenzung, gibt es Portale. Sie sind nicht nur einladend, sondern dienen auch dem Schutz. Denn wo der Zugang ganz offensteht, wo jeder nach Belieben hineingehen kann, fühlt man sich nicht wohl, sogar bedroht. Wo zu viele drinnen sind, sinkt die Qualität, wird die Sache unübersichtlich und schwerer zu organisieren. Das gilt auch für Wohngebiete.

Der Zugang, also das Hinübertreten vom öffentlichen Raum in den privaten, hat in der Geschichte des Siedlungsbaus eine große Bedeutung. Ihm wurde oft größte Aufmerksamkeit gewidmet. Jeder kennt die Genossenschaftssiedlungen mit ihren Torbogen, oft ganz unauffällig, aber eindeutig. Nicht dass es verboten gewesen wäre, einzutreten – man tat es nicht. Oft war der Zugang auch mit Stelen oder Statuen zu beiden Seiten überhöht. Sie signalisierten: hier wohnen Menschen einer sozialen Klasse, die sich eine eigene Kultur geschaffen hat. Sie leben – segregiert – unter ihresgleichen, regeln ihre Belange selbst, tragen Sorge für sich, sind solidarisch. Aber heute ist die Sanierung mancher dieser Siedlungen ein Fass ohne Boden. Der Grund liegt im Wandel der Zugangsbedingungen. Die soziale Klasse löste sich auf. Über den Zugang entscheidet die Bürokratie. Man sondert sich nicht aus freien Stücken

ab. In Räume ohne marktliche Zugangsbeschränkung will niemand.

Zugangsbegrenzungen sind wieder aktuell. Gerade bei den so genannten alternativen Wohngruppenprojekten ist der Wohnhof Metapher für eine geschlossene Gemeinschaft. Wer Zugang finden möchte, muss die religiösen, politischen, sexuellen und sonst welche Neigungen der Bewohner teilen. Kommunitäre und esoterische Gruppierungen praktizieren eine strenge Zugangsbegrenzung. Es ist ein Charakteristikum von ideologisch ausgerichteten Wohnprojekten, dass sie explizit eine Zugangssperre aufbauen.

In London gibt es zahlreiche neue ethnische Wohnungsgenossenschaften. Sie werden sogar staatlich gefördert. Die Zugehörigkeit zu einer Ethnie ist die Zugangsbedingung. Das würde hier mancher als Rassismus bezeichnen. Aber Minderheiten integrieren in die Kultur eines Landes besser, wenn sie ihre eigene Kultur bewahren können, solange sie das wollen. Deshalb die Zugangsbeschränkung zu diesem Marktsegment.

Was machen die Draußenstehenden? Das ist die zentrale Frage an alle kommunitarischen Modelle, die ja nur durch Zugangsbeschränkung ihre soziale Wirkung entfalten können. Ist das Plädoyer für Zugangsbeschränkung ein sozialer Rückschritt? Führt das zu US-amerikanischen Verhältnissen? Hier gibt es eine große Zahl von Gated Communities, umzäunter Nachbarschaften, deren Zugänge mit modernen Überwachungstechniken und Wachpersonal geschützt werden. Jeremy Rifkin behauptet in seinem Buch „Access, vom Verschwinden des Eigentums“, es würden schon Millionen von Amerikanern in solchen Communities leben. Diese „Gated Communities“ sind eine postmoderne Antwort auf die Probleme der Stadt, deren Inte-

grationskraft verlorengegangen ist. Auch in Deutschland beginnen wir von „gefährlichen Klassen“ und „Gefahrenabwehr“ zu sprechen. Zwar gibt es die Forderung nach der „sozialen Stadt“, aber gerade bei schwierigen Wohnsiedlungen sehen wir in der Zugangskontrolle – Stichwort Concierge – eine Lösung. Wir müssen uns also mit der Dialektik zwischen Offenheit und Geschlossenheit, zwischen drinnen und draußen auseinandersetzen.

Die Stadt ist der Ort der Entwicklung der modernen Bürgergesellschaft. Ihr Interesse liegt in einer „gelungenen“ Balance zwischen Exklusion und Integration. Der „öffentliche Raum“ der Stadt, der Raum der Integration, wird in der kurzen Blütezeit des Bürgertums von den Bürgern als Aufgabe angesehen, weil sie wissen, dass ihr privater Wohlstand auch von der Qualität des öffentlichen Sektors abhängt. Mit der Industrialisierung und dem Wachstum der Städte kam es zu einem Wandel im Verantwortungsempfinden für den öffentlichen Raum. Das ist auch der Fall bei den Wohnsiedlungen der Reformzeit Ende des 19. und in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Die öffentlich geförderten Wohnanlagen der letzten fünf Jahrzehnte haben ein entscheidendes Charakteristikum. Sie sind in der so genannten „offenen Bauweise“ errichtet. Sie haben keinen Zugang, sind offen für jeden, erlauben einen ungehinderten Blick. In gewisser Weise wirken sie schutzlos, je größer desto mehr, am meisten die riesigen Plattenbauten auf den riesigen grünen Freiräumen. Wir sind unsicher: betreten wir einen privaten oder einen öffentlichen Raum? Das Fehlen des Zugangs, man könnte entsprechend sagen, einer Grenze, wird vielleicht noch als der gravierendste Mangel für die Zukunftsfähigkeit vieler Wohnsiedlungen identifiziert werden – jedenfalls wenn die These zutrifft, dass die Menschen

heute wieder und mehr denn je eine vertraute, überschaubare Heimat wünschen, eine gute, nicht überforderte Nachbarschaft, eine sichere Insel, von der aus sie in die just-in-time-Welt aufbrechen und wohin sie auch wieder zurückkehren können, einen Ort, wo die Zeit langsamer verläuft als draußen, wo sie zu Hause sind, wo ihre Kinder beschützt aufwachsen können.

Es ist nicht die Verinselung an sich, die dann zu Spannungen führt, sondern die nicht freiwillige und nicht zugestandene Exklusivität der benachteiligten und benachteiligenden Wohnsiedlungen, die sich in ihnen und im öffentlichen Raum der Stadt entladen. Schlimmstenfalls regieren dort wie in französischen Vorstädten Gangs, die auf ihre Weise für Zugangsbeschränkung sorgen. Dann errichtet man teils sichtbare, teils subtile Zugangsbeschränkungen in den öffentlichen Räumen der Stadt, wo sie nach unserem Verständnis von Stadt auf keinen Fall sein dürfen.

Mit diesen Ausführungen wollte ich versuchen aufzuzeigen, dass es nicht damit getan ist, den „öffentlichen Raum“ einfach zum strategischen Ausgangspunkt für Stadtentwicklung zu erklären oder Sozialarbeiter in die Wohnsiedlungen zu schicken, die den öffentlichen Raum zusammen mit Kindern und Jugendlichen etwas umgraben, solange nicht klar ist, nach welchen Maßstäben oder aufgrund welcher Vision vom künftigen Leben in der Stadt die Grenzziehungen erfolgen, wie Integration oder Segregation interpretiert werden.

Joachim Brech,  
[www.Stadtundwohnen.de](http://www.Stadtundwohnen.de)

## Strategie der privilegierten Orte

### Der öffentliche Raum als Produktivkraft

■ Die Kontrolle über Orte und Territorien spielt als zentrales Herrschaftsinstrument eine herausragende Rolle. Historisch betrachtet wurde den unterschiedlichsten sozialen Gruppen – Frauen, Migranten, Jugendlichen, Schwulen, Juden und Armen – das Recht auf Stadt streitig gemacht. Ein Teil der urbanistischen Zunft, wie beispielsweise der Planer Klaus Selle (2002), zieht daraus den Schluss, dass es sich bei Phänomenen wie Ausgrenzung oder Verdrängung um ein ewig gleiches Machtspiel mit lediglich wechselnden Mannschaften handelt. Natürlich gibt es keine Gesellschaft ohne Machtverhältnisse, aber diese Aussage kann weder heißen, die jeweils gegebenen Herrschaftsstrukturen auch als notwendig zu affirmieren, noch die Macht als unvermeidliches Schicksal darzustellen. Für eine Analyse, die von der Existenz des Aufgehens und des Widerstands ausgeht, ist vielmehr die Herausarbeitung und Infragestellung der konkreten Machtverhältnisse eine beständige politische Aufgabe. Machtausübung ist keine schlichte Tatsache, die besteht oder verschwindet: sie schreibt sich vielmehr fort, verwandelt sich und organisiert sich um. Ebenso stellt der Raum „an sich“ nichts Gegebenes dar, sondern er wird durch ein vielschichtiges Geflecht von sozialen Aktivitäten beständig produziert und reproduziert (Schmid 2003). Damit stellt sich die Frage nach „Kontinuität“ und „Bruch“: Wie wirkt sich die Transformation von Gesellschaften auf das Verhältnis von Macht und Raum aus?

Im 20. Jahrhundert dominierte für einige Jahrzehnte die „fordistische“ Stadt. Der Fordismus war auf eine quantitative Steigerung des Produktionsvolumens und eine räumliche Expansion der industriellen Strukturen ausgerichtet. Die städtebaulichen Disziplinen versuchten einen homogenen Raum zu erzeugen, der über funktionale Trennungen von Arbeiten, Wohnen und Verkehr zusammengehalten wurde. Daraus resultierte ein Urbanisierungsmodell, das durch die Organisation eines seriellen Rasterraums das Alltagsleben der Stadtbewohner zu



Der Berg – öffentlicher Raum – Stadt Achim

(Foto: Brigitte Nieße)

rationalisieren und zu normieren versuchte. Die urbane Machtmatrix des Fordismus lässt sich somit als eine Variante der Foucault'schen Disziplinargesellschaft auffassen. In der sozialen Programmatik des funktionalen Städtebaus war auch implizit ein Bedeutungsverlust des öffentlichen Stadtraums angelegt. Die Umsetzung der Leitidee von „der aufgelockerten und gegliederten Stadt“ und die Expansion der modernen Architektur verdrängte den historischen Raum. Die Kernstadt entwickelte sich zu einer Leerstelle, die die Alltagspraxis der Einwohner nicht mehr symbolisch repräsentierte.

In den 1980er Jahren erfährt das urbane System eine grundlegende Transformation. Überspitzt gesagt: Waren die Städte zuvor über den Prozess der Verarbeitung materieller Ressourcen definiert, so fungieren sie nun als Orte der Produktion und des Transfers von Symbolen und Wissen. Der Niedergang der industriellen Basis und der Aufstieg der Tertiärökonomie lösen einen gesellschaftlichen Polarisierungsprozess aus. Der soziale Raum der Stadt hierarchisiert und fragmentiert sich zugleich. Da der Zentralstaat die wachsenden sozialräumlichen Disparitäten nicht mehr ausreichend durch Transferleistungen ausgleichen kann oder will, gewinnen lokale Entwicklungsmodelle an Bedeutung. Weg

vom Typus der „Daseinsvorsorge“ – spricht der Bereitstellung sozialer Infrastrukturen – erhält die marktförmige Organisation des städtischen Raums für die lokalstaatliche Politik einen wachsenden Stellenwert. Die kommunale Administration, die sich mehr und mehr als dynamisches Management des „Unternehmens Stadt“ versteht, forciert vor allem den Ausbau der Kernstadt zur Konsum- und Erlebnislandschaft für einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen und Touristen. Dabei spielt die Aufwertung öffentlicher Räume eine herausragende Rolle. Als die entscheidenden Merkmale der „unternehmerischen Stadt“ lassen sich die Abwendung vom etatistischen Solidarprinzip und die Mobilisierung des Raums als strategische Ressource ausmachen.

Die veränderte Dialektik der Produktion des Raums bringt nicht nur postfordistische Tertiär- und Konsumlandschaften hervor, sondern restrukturiert auch das Verhältnis zwischen Macht und Raum. In der fordistischen Stadt war die Kontrolle vor allem in den funktionalen Raum eingeschrieben, der den Alltag der Bewohner homogenisieren und normalisieren sollte („serielle Homogenität“). Die soziale Integration erfolgte in Verbindung mit einer paternalistisch-staatlichen Regulation der „Unangepassten“. Die Terri-

torialstrategien der Unternehmensstadt versuchen hingegen eine „differentielle Homogenität“ durchzusetzen. Der städtische Raum wird als exklusives Angebot offeriert: Einrichtungen wie Malls, Bürotürme oder Einkaufsmeilen sollen für die Qualität des Ganzen bürgen. Mit der Politik der „privilegierten Orte“ gewinnt die Sicherung bestimmter Räume an Bedeutung. Im Gegensatz zur fordistischen Integrationsmaschine setzt die neoliberale Politik dabei verstärkt auf Exklusion.

Der Ausschluss findet allerdings auf unterschiedliche Weise statt: Komplexe wie Shopping Malls oder Einkaufszentren, die man als Orte einer „privatisierten Öffentlichkeit“ bezeichnen kann, sollen präventiv von der „feindlichen Außenwelt“ abgeschirmt werden. Durch entsprechende Absicherungen und Wachmannschaften versuchen die Mall-Betreiber bereits im Vorfeld unerwünschte Gruppen und Ereignisse fernzuhalten. Innerhalb der Objekte findet die Kontrolle der Besucherströme eher unaufdringlich durch Techno-Prävention und eine spezifische Raumgestaltung statt. Verstöße gegen unerwünschte Verhaltensweisen werden unterbunden bzw. korrigiert. Diese Form der Überwachung beinhaltet Elemente von dem, was Deleuze als postmoderne Kontrollgesellschaft bezeichnet hat. Der Kontrollanspruch richtet sich weniger sanktionierend an die Moral der Subjekte, sondern sichert primär Räume und reguliert Situationen.

Die Unternehmensstadt bedient sich aber nicht nur entmoralisierter Überwachungstechnologien. Allianzen aus lokalen Behörden und Geschäftsleuten versuchen mit Hilfe einer repressiven Verdrängungspraxis an zentralen städtischen Orten eine selektive soziale Homogenität herzustellen. Durch

Moral- und Sicherheitskampagnen sollen die Verhaltensweisen bestimmter sozialer Gruppen im öffentlichen Raum stärker normativ reguliert werden: Herumlungern, Trinken oder Betteln gelten nun als deviantes Verhalten, das die öffentliche Ordnung gefährdet. Aus Sicht der Behörden und großer Teile der Bevölkerung formieren sich Obdachlose, Drogenkonsumenten und junge Migranten zu unerwünschten oder gar gefährlichen Gruppen. Die Ausgrenzung solcher Menschen begründen die Verantwortlichen damit, dass es um die Wiedereroberung des öffentlichen Raums und um die Durchsetzung von Normalitätsstandards gehe. Dafür seien Grundrechtseinschränkungen für bestimmte Personengruppen ein zulässiges Mittel.

Da die Rhythmen des Alltags immer auch räumlich gebunden sind, kann der Ausschluss aus Räumen auch einen Ausschluss aus dem sozialen und ökonomischen Leben der Stadt bedeuten. Gerade Marginalisierte sind auf Repräsentationsmöglichkeiten im öffentlichen Raum angewiesen, da ihnen anderweitige Zugänge zur Öffentlichkeit oft verwehrt sind. Zudem muss die öffentliche Sphäre für Arme private Funktionen übernehmen, da sie in der Regel kaum über andere akzeptable Orte als Rückzugsmöglichkeit verfügen. Und schließlich sind gerade Bettler auf die Marktfunktion des öffentlichen Raumes angewiesen. Die vorherrschende Verdrängungspraxis führt deshalb dazu, dass die Ausgegrenzten in der Gesellschaft nicht nur symbolisch keinen anerkannten Ort haben, sondern auch ganz real in der Stadt des Platzes verwiesen werden (Wehrheim 2002). Indem die Kommunen das Soziale verstärkt als ein Problem ordnungspolitischer Regulierungskonflikte definieren, scheint sich

eine Doppelfigur herauszubilden, die man schon aus dem letzten Jahrhundert kennt: Philanthropie für die „würdigen Armen“, Strafen und Überwachen für die „unwürdigen“.

Trotz aller Bemühungen gelingt es der neoliberalen Stadtpolitik jedoch nicht, die angestrebte „Naturalisierung“ räumlicher Hierarchien vollständig durchzusetzen. Der städtische Alltag ist zwar wesentlich von ökonomischen Vorgaben geprägt, die Raum und Zeit kolonisieren, dennoch geht die soziale Praxis der Kollektive nicht völlig in der Systemlogik auf: Zurück bleibt immer ein nicht domestizierbarer Rest. Diese Ambiguität produziert Konflikte, die das Alltagsleben als Widerspruchsverhältnis strukturieren. Nach Henri Lefebvre muss die Analyse des Bestehenden stets auch auf das Sprengende verweisen und die Frage nach einer befreienden Perspektive stellen. Indem die Kritik am Alltagsleben aufzeigt, wie die Menschen leben, erhebt sie zugleich Anklage gegen die Strategien, aus denen dieser Alltag erwächst und legt die Willkür der herrschenden Ordnung bloß.

#### **Literatur:**

- Henri Lefebvre: *Kritik des Alltagslebens*, Frankfurt 1987
- Klaus Ronneberger/ Stephan Lanz/ Walther Jahn: *Die Stadt als Beute*, Bonn 1999
- Christian Schmid: *Raum und Regulation. Henri Lefebvre und der Regulationsansatz*. In: Ulrich Brand/ Werner Raza (Hg.): *Fit für den Postfordismus?*, Münster 2003, S. 217–242
- Klaus Selle: *Öffentliche Räume: Drei Annäherungen an ein Thema*. In: Klaus Selle (Hg.): *Was ist los mit den öffentlichen Räumen?*, Aachen/ Dortmund/ Hannover 2002, S. 13–90
- Jan Wehrheim: *Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*, Opladen 2002

# Sozialcharakter des öffentlichen Raumes

Heidi Sutter-Schurr

## Freiräume und ihre soziale Funktion

■ Dass die Qualität einer Siedlung, eines Wohngebiets nicht nur von Gebäudestellung, Fassaden und Wohnungsgrundrisse bestimmt werden, sondern auch durch die „freien Räume“ – darüber herrscht heute Konsens. Dann aber scheiden sich die Geister: Die einen versehen diese Bereiche in ihren Plänen mit einer schicken Signatur und sind zufrieden. Anderen hingegen geht es neben der Quantität der Wohnfreiräume auch um ihre Qualität. Letztere verfolgen bei der Planung von Wohnsiedlungen „mit Anspruch“ vor allem zwei Qualitätsziele:

1. die – möglichst uneingeschränkte – Benutzbarkeit von Wohnfreiräumen und
2. das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Wohnsiedlungen.

Diese Vorstellungen werden in Auslobungstexten von Wettbewerben immer wieder eingefordert und von den Teilnehmern in Form von „Gemeinschaftsräumen“, „Grillplatz“, „Siedlungsmitte“ etc. in die Planwerke gemalt – in der tiefen Überzeugung, genau das werde später in der Realität nicht nur baulich vorzufinden, sondern auch mit quirligem Leben erfüllt sein. Dass es neben gestalterischen Qualitäten noch anderer Voraussetzungen bedarf, um die oben erwähnten „Qualitätsziele“ mit Leben zu füllen, das wissen wir längst. Was uns aber vielleicht nicht immer so bewusst ist, ist der Einfluss der verschiedenen Sozialcharaktere auf die Nutzbarkeit der Wohnfreiräume.

„Sozialcharaktere“ ??? Nun, damit sind verschiedene Freiraumtypen wie z.B. öffentliche, private oder gemeinschaftlich nutzbare Freiräume gemeint. Verschiedene stadträumliche Situationen legen verschiedene Verhaltensweisen der Benutzer nahe, die Räume nehmen „soziale Charaktere“ an und verlangen „angemessenes“ Verhalten: Im öffentlichen Park benehmen wir uns anders als auf dem Stadtplatz, anders als auf dem Abstandsgrün im Geschosswohnungsbau – obwohl es sich bei allen Freiräumen um jedermann zugängliche Flächen handelt.

Und noch wieder ganz anders ist das Verhalten im privaten Garten, der nur den Eigentümern bzw. Besitzern zugänglich ist. Fester u.a. sprechen daher bei (Frei-)Räumen, die stärker vom Verhalten als eigentumsrechtlich bestimmt sind, von „sozialen Raumcharakteren“, die den Menschen nahelegen, welches Verhalten angemessen oder möglich ist (Fester, Kraft und Metzner 1983, S. 65).

Insbesondere der Sozialwissenschaftler Hans-Paul Bahrtdt (1961) und die Freiraumplaner Fester, Kraft und Metzner (1983) haben aus ihrer intensiven Auseinandersetzung mit den verschiedenen Sozialcharakteren von (Frei-)Räumen, ihrer Bedeutung für das Wohnen und den Voraussetzungen für eine möglichst uneingeschränkte Nutzbarkeit Anforderungen und Empfehlungen abgeleitet. Dazu gehört u.a. die Feststellung, dass das Vorhandensein des gesamten Spektrums an sozialen Raumcharakteren die Nutzbarkeit der Wohnfreiräume erhöhe.

Allerdings ist zu beobachten, dass in Siedlungen immer häufiger auf die eine oder andere soziale Freiraumkategorie verzichtet wird: Abgesehen von einem krassen Züricher Beispiel (Hermannstraße), wo das Wohngebäude mitten im öffentlich nutzbaren Bereich gleichsam wie in einer Fußgängerzone steht, sind es vor allem die (ebenerdigen) privaten Bereiche, die entfallen. In Wachstumsregionen veranlassen der Mangel an Flächen, in Schrumpfungregionen der Mangel an Mitteln die „Hersteller“ von Wohnfreiräumen, die Siedlungsbewohner auf die verbleibenden Raumkategorien zu verweisen.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich nun die Frage, ob die vor zwanzig und vierzig Jahren gewonnenen Erkenntnisse und erhobenen Anforderungen auch heute noch gültig sind. Ist die Forderung nach möglichst hoch differenzierten Freiraumkategorien in Wohnsiedlungen überhaupt noch angebracht angesichts der Tatsache,

dass immer mehr Privates in die Öffentlichkeit getragen wird? Und wie bedeutsam ist denn „angemessenes“ Verhalten heute noch, wo doch nahezu alles möglich ist? Ist nicht die Schamchwelle gesunken und die Toleranz gegenüber unüblicheren Verhaltensweisen gestiegen? Sind wir nicht alle viel unkonventioneller als noch vor zwanzig Jahren?

Eine abschließende Antwort kann hier auf diese Fragen zwar nicht gegeben werden, nachdem die Diskussion um die sozialen (Frei-)Raumcharaktere nach ihrer Hochkonjunktur in den 70er und frühen 80er Jahren nun dahindämmert, scheint es angesichts vielfältiger Veränderungen jedoch an der Zeit zu sein, sich dieses Themas wieder anzunehmen. Einige Aspekte möchte ich deshalb hier aufgreifen und zur Diskussion stellen.

### **Die Sozialcharaktere – öffentlich, privat, gemeinschaftlich nutzbare Freiräume**

„Eine Stadt ist eine Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, d.h. entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stutzufinden. Es bildet sich eine öffentliche und eine private Sphäre, die in engem Wechselverhältnis stehen, ohne dass die Polarität verloren geht“, so beschreibt Bahrtdt das Gegenüber des Öffentlichen und Privaten (1974). Im Spannungsfeld dieser beiden Grundtypen gibt es Übergangsbereiche wie etwa die gemeinschaftlich nutzbaren Freiräume im Geschosswohnungsbau als eine weitere Freiraumkategorie.

Für die Nutzbarkeit und das Verhalten in den verschiedenen Freiraumarten ist zweierlei von Bedeutung: die Zugänglichkeit und die Verfügbarkeit der Freiräume. Während private Freiflächen ausschließlich für Haushaltsmitglieder und deren Gäste zugänglich sind, haben zum gemeinschaftlich nutzbaren Freiraum jeweils nur ein



Abbildung 1: Die öffentlichen Quartiersfreiräume der Wohnsiedlung Trabrennbahn in Hamburg-Farmsen

überschaubarer Kreis von Anwohnern Zutritt; Fremde werden zumindest mit symbolischen Mitteln vom Eindringen abgehalten. Der öffentliche Raum hingegen ist jedermann zugänglich (Fester u.a., S. 65).

Wer Verfügungsberechtigt ist, hat in der Regel auch Zugang zum Freiraum. Aber nicht jeder, der Zugang zu einem Raum hat, ist auch immer verfügungsberechtigt:

- jedermann kann im öffentlichen Park spazieren gehen, sich sonnen etc., wenn aber jemand dort Gemüse anbauen will, wird es Probleme geben ...
- der privat nutzbare Freiraum, der nur dem Besitzer bzw. Eigentümer zugänglich ist, bietet diesem – und nur diesem – (nahezu) uneingeschränkte Verfügungsmöglichkeiten.
- im gemeinschaftlich nutzbaren Freiraum gibt es sowohl hinsichtlich der Zugänglichkeit als auch der Verfügungsmöglichkeiten Einschränkungen: Er ist einem größeren Kreis zugänglich – der gesamten Bewohnerschaft einer Wohnanlage – aber eben nicht jedermann. Und jede Nutzungsaneignung, jede Veränderung sollte tunlichst nur mit dem Einverständnis der gesamten Bewohnerschaft geschehen.

### Die Bedeutung der verschiedenen Raumcharaktere für das Wohnen

- *private Freiräume*: Für Gröning umfasst der vollständige Wohnraum „neben dem umbauten Wohnraum auch den Wohnraum im Freien“ (1972, S. 13). Laut Umfragen ist denn auch der Wunsch nach einem Haus mit Garten ungebrochen (Tessin 1994, S. 100 ff). Im privat nutzbaren Freiraum ist „ein Verhalten möglich ... das dem bewußten Ausbau und der ‚Kultivierung der engsten sozialen und dinglichen Umwelt zu einem in sich geschlossenen System eigener Art‘ förderlich ist“ (Gröning 1976, S. 607), denn Privatheit ist „ein Schonraum, in dem sich Entfaltungsmöglichkeiten für die Individualität bieten, für die Kultivierung von Emotion und Intimität“, so Siebel (1998, S. 265).
- In *öffentlich nutzbaren Freiräumen* „begegnen sich die Bewohnerinnen und Bewohner, hier findet öffentliches Leben (auch) statt und hier treffen die unterschiedlichsten Nutzungsanforderungen – von Verkehr, Konsum und Unterhaltung bis zur Erholung und dem Aufenthalt an der ‚frischen Luft‘ – durchaus nicht konfliktfrei aufeinander“ (Selle 2002, S. 14). Öffentlichkeit ist – so Bahrtdt – wesentlich durch „unvollständige Integration“ gekennzeichnet. Das bedeutet vor allem,
  - a) dass sich die Nutzer in der Regel nicht kennen und es

b) den einzelnen selbst überlassen bleibt, „... mit wem, auf welche Weise und wie lange sie Kontakt aufnehmen“ (Bahrtdt 1974, S. 63).

Dabei sind „Beliebigkeit und Distanz charakteristisch für einen Großteil der sozialen Kontakte“ (ders., S. 76).

Innerhalb der Kategorie des öffentlich nutzbaren Freiraums gibt es durchaus Abstufungen – an Intimität, an Anonymität usw.: Je geringer die Entfernung zwischen dem öffentlichen Freiraum und der Wohnung, umso geringer die Anonymität. Trotz der höheren sozialen Kontrolle werten Anwohner die Chance, auf den öffentlichen Plätzen im Wohnquartier Bekannte zu treffen, meist als Attraktivität (Seggern 1982, S. 155). So können vor allem die öffentlichen Quartiersfreiräume als Kommunikationsorte mit dazu beitragen, das Bedürfnis nach sozialen Kontakten zu erfüllen. Gerade etwas größere Kinder und Jugendliche, die in den unmittelbaren Wohnfreiräumen häufig nur geduldet werden, finden dort eher Bedingungen vor, die ihren Interessen entsprechen. (Abb. 1)

Im Spannungsfeld des Öffentlichen und Privaten finden wir verschiedene Übergangsbereiche, die für das Wohnen von besonderer Bedeutung sind:

- *Gemeinschaftlich nutzbare Freiräume* sind die zentrale Freiraumkategorie im mehrgeschossigen Wohnungsbau; sie sind der Ort, an dem Nachbarschaft stattfindet: Hier überschneiden sich die Aktivitäten der Anwohner, hier begegnet man sich zufällig, hier finden die Hausfeste statt, treffen sich die Mütter, die ihre Kinder beaufsichtigen, Wäsche aufhängen, ausruhen, hier werden Fahrräder repariert, Kleinkinder können hier ungefährdet spielen und so fort.
- Die *Erschließungsbereiche* der Häuser und Wohnungen sind rechtlich private Flächen, ohne dass man sich in solch exponierter Lage wirklich privat verhalten kann. In einer Freiburger Siedlung, wo an einem umlaufenden Holzsteg die Wohnungseingänge liegen, wurde jedoch deutlich, dass sie als Orte zufälliger Begegnungen ein enormes Kommunikationspotenzial darstellen, das man je nach Stimmung nutzen oder ignorieren kann (Selle, Sutter-Schurr 1993, S. 140 ff). (Abb. 2)

● **Abstandsflächen:** Dieser abwertende Begriff wird immer dann verwendet, wenn von „Rasenflächen mit ein paar Bäumen, etwas struppigem Gebüsch und dem Schild ‚Betreten verboten‘, wie sie sich vor allem zwischen der Zeilenbebauung des Geschosswohnungsbaus finden“, die Rede ist. Es wird unterstellt, „diese Flächen seien unbenutzbar, unbenutzt und ästhetisch unbefriedigend“ (Seggern 1982, S. 88). In den Länderbauordnungen dagegen werden damit wertfrei die Mindestfreiflächen eines Grundstücks bezeichnet, die die ausreichende Belichtung, Belüftung und Besonnung eines Gebäudes sowie Schutz vor Einblick gegenüberliegender Häuser gewährleisten sollen. Vor allem von Kindern, hin und wieder auch von Erwachsenen, werden sie temporär okkupiert. „Für viele Erwachsene sind Abstandsflächen vor allem *Schutz-, Ruhe-, Abstands- und Repräsentationsflächen*, ... Kinder dagegen, weniger empfindlich gegen soziale Kontrolle, weniger interessiert an Ruhe, vielmehr an Interaktionen und wohnungsnahen Spielorten, ... möchten Abstandsflächen benutzen“ (S. 94). Neben den privaten Bereichen fand die Autorin gerade hier einige Aneignungsansätze, da diese Flächen von den Bewohnern noch am ehesten verändert werden dürfen („eine kleine Lücke in dem festgelegten Nutzungsspektrum der Freiräume“ – S. 92).

### **Voraussetzungen für die Nutzbarkeit der Wohnfreiräume**

Die Autoren der einschlägigen Fachliteratur sind sich einig darüber, dass all diese Freiraumarten Nutzungs- wie auch Konfliktpotenziale bieten, die sich nur ausschöpfen bzw. entschärfen lassen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind:

Die Relevanz „angemessenen“ Verhaltens wurde schon erwähnt. „Richtig“ verhalten können wir uns aber nur, wenn wir die Bedeutung der unterschiedlichen Sozialcharaktere verstehen, sie müssen „lesbar“ sein. Wenn die Nutzer die sozialen Raumcharaktere nicht dechiffrieren können, kommt es zu Konflikten durch Regelverletzungen, es entsteht Verhaltensunsicherheit, was bis zur Meidung der

**Abbildung 2: Die Erschließungsbereiche des Wohngruppenprojekts Freiburg-Tränkematten: hier sitzen Väter oder Mütter, die die Kinder beaufsichtigen und die Gelegenheit zu einem Schwatz nutzen, heimkehrende Berufstätige gesellen sich dazu, Kinder richten sich für begrenzte Zeit eine Spielecke ein, manche machen hier ihre Schularbeiten ...**



Freiräume gehen kann (Fester u.a., S. 66). Mit „Lesehilfen“ wie der schon erwähnten Zugänglichkeit und Verfügbarkeit ist es jedoch nicht getan, vielmehr bedarf es neben diesen rechtlichen Aspekten weiterer sozialer und räumlicher Voraussetzungen:

**Gleichberechtigte Verfügungsmöglichkeiten:** In gemeinschaftlich nutzbaren Freiräumen wirkt es sich konfliktverschärfend aus, wenn etwa kleine Innenhöfe von den Erdgeschossmietern mit Beschlag belegt werden und den anderen Mietern nur noch die Zugänge zu Teppichstange, Wäschespinnne, Mülltonne etc. bleiben. Problematisch wird es auch, wenn Mieter aus einer längeren Wohndauer Sonderrechte ableiten oder diese qua ungleicher Eigentumsverhältnisse tatsächlich haben, also wenn sich z.B. Eigentümer und Mieter arrangieren müssen.

**Gruppengröße/Homogenität:** „Während es für öffentliche und private Freiräume gesellschaftlich vorformulierte und selbstverständliche Verhaltensregeln gibt, müssen sie für gemeinschaftliche Freiflächen erst von den Anwohnern entwickelt werden“ (Fester u.a. 1983, S. 65). Das Aushandeln eigener Regelungen für ein reibungsarmes Zusammenleben gelingt bei kleineren Gruppen und homogener Bewohnerstruktur wesentlich leichter (dies., S. 65).

Das Aufeinandertreffen von Bewohnern, die sich in ganz unterschiedlichen Lebensphasen befinden (alte

Menschen/Kinder etc.) und/oder kulturell und gesellschaftlich sehr unterschiedlich sind, führt häufig dann zu Konflikten, wenn eine Gruppe nicht explizit eine „soziale Durchmischung“ anstrebt.

**Klarheit und Eindeutigkeit:** Wenn der Sozialcharakter eines Raums oder eines (Teil-) Bereichs nicht klar erkennbar ist, entsteht Verhaltensunsicherheit. Das ist dann der Fall,

- wenn sich *verschiedene Sozialcharaktere* überlagern: wenn etwa ein öffentlicher Weg durch einen gemeinschaftlich nutzbaren Blockinnenhof führt oder dort ein Spielplatz für alle Kinder im Quartier inklusive ihren Müttern, Vätern, Omis ... angelegt wird;
- wenn verschiedene Raumcharaktere *ohne klare Grenzen* aneinanderstoßen und *nicht eindeutig ablesbar* ist, wo ein Bereich aufhört und der andere beginnt, was zu Unbehagen und Unsicherheit „hüben wie drüben“ führt und eine unbefangene Nutzung ausschließt (Seggern 1982, S. 130). Ein typisches Beispiel sind die diffusen Freiräume in Zeilenbauten der 50er und 60er Jahre, die aufgrund ihrer unzureichenden Abgrenzung und Zonierung weder gemeinschaftlich noch öffentlich wirklich nutzbar sind;
- wenn ab einer bestimmten Hofgröße und Bewohnerzahl die *Überschaubarkeit* verlorengeht, „Fremde“ nicht mehr als solche identifiziert werden können.

### *Offenheit, Schutz und Distanz:*

Während in öffentlichen Freiräumen *Zugänglichkeit* und offene *Einsehbarkeit* die Nutzbarkeit erhöhen, weil dadurch Angsträume vermieden werden, gilt für andere soziale Raumcharaktere das Gegenteil: je privater man sich verhalten möchte, umso mehr *Schutz* ist erforderlich: Schutz vor fremden Besuchern, vor fremden Blicken etc. Dies gilt nicht nur für die privaten Gärten, auch gemeinschaftliche Freiräume sind für die Bewohner nutzbarer, wenn sie nach außen möglichst abgeschirmt sind. Die *unmittelbare Benachbarung* „unverträglicher“ Sozialcharaktere stellt ein weiteres Problem dar, insofern haben „Abstandsflächen“ (nicht nur unter Distanzgesichtspunkten) durchaus ihre Berechtigung.

*Flächengröße:* Von Seggern z.B. ist der Auffassung, dass sich bereits vorhandene Konflikte insbesondere dann fortsetzen, wenn bei hoher Baudichte sehr viele Kinder einer heterogen zusammengesetzten Bewohnerschaft die zu knapp dimensionierten und mit zahlreichen Restriktionen belegten Freiräume (lärm-) intensiv nutzen. Ausstattungs- und/oder Gestaltungs-Defizite verschärfen vorhandene Konflikte noch (Seggern 1982, S. 90 ff). Von Seggern bezieht dies auf gemeinschaftlich nutzbare Freiräume, gleiches gilt jedoch auch für Quartiersfreiräume in Wohnungsnähe.

### **Fazit**

Bis heute kommen die „unabhängigen“ Experten, also diejenigen, die sich mit dem Wohnen und den dazugehörigen Freiräumen befassen, ohne sie zu produzieren oder finanzieren zu müssen, immer wieder zu dem Ergebnis, dass die einzelnen Raumcharaktere nicht durch andere substituierbar sind (vgl. z.B. Seggern 1982, S. 225; Tessin 1989, S. 186). Und auch vom öffentlichen Raum ausgehend wird diese

Aussage bestätigt: „Die Stadtplanung spricht von der Stadt als Erlebnisraum. Wenn wir den öffentlichen Raum aber als sozialen Raum wiedergewinnen möchten, bedarf es als Gegenpol tatsächlich privater Räume in der Stadt“, schreibt beispielsweise Brech (2001, S. 11/12).

Wie schon gesagt: abschließend lässt sich hier die Frage, ob und welche sozialen Raumcharaktere in Wohnsiedlungen verzichtbar sein könnten, ohne eine vertiefte Auseinandersetzung nicht beantworten. Erste eigene Untersuchungen haben jedoch bereits gezeigt, dass die Wohnfreiräume am intensivsten genutzt werden, bei denen alle sozialen Freiraumcharaktere vertreten sind (Selle, Sutter-Schurr 1993, S. 145 ff): Für manche Nutzungsarten sind Öffentlichkeit und/oder Fremdheit erforderlich, für andere trifft das Gegenteil zu, und unter dem Aspekt des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sind Übergangsbereiche wie gemeinschaftliche Freiräume, Erschließungsbereiche etc. unverzichtbar. Wenn diese sozialen Freiraumcharaktere nicht nur in Pläne gemalt werden, sondern auch die sozialen und räumlichen Voraussetzungen für ihre Nutzbarkeit erfüllen, dann ermöglicht jede Freiraumart Verhalten und Nutzungen, die in dem Maße in keiner der anderen möglich sind.

Heidi Sutter-Schurr, Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektur, nach zweisemestrigem Städtebau-Gaststudium an der TU Hamburg-Harburg und Studium der Landschaftsarchitektur und Freiraumentwicklung an der Universität Hannover freie Mitarbeit in verschiedenen Planungsbüros und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Freiraumentwicklung und planungsbezogene Soziologie in Hannover. Seit 1996 Oberassistentin am Institut für Landschaftsarchitektur der TU Dresden. Mitinitiatorin der wohnbund-Arbeitsgruppe „Stadtumbau“.  
E-Mail:  
Heidi.Sutter-Schurr@mailbox.tu-dresden.de

### **Literatur:**

- Bahrdt, Hans Paul: *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. München 1974 (überarbeitete Fassung)
- Brech, Joachim: *Über den Wandel beim Wohnen*. In: Garten und Landschaft 5/2001, S. 9-12
- Fester, F. Marc; Kraft, Sabine; Metzner, Elke: *Raum für soziales Leben. Eine Arbeitshilfe für die Planungs- und Entwurfspraxis*. Karlsruhe 1983
- Gröning, Gert: *Überlegungen zu Wohnräumen im Freien und deren Ersatzformen*. In: Landschaft und Stadt, Heft 1, 1972, S. 11-15
- Seggern, Hille von: *Alltägliche Benutzung wohnungsbezogener Freiräume in Wohnsiedlungen am Stadtrand*. Dissertation am FB Architektur der TH Darmstadt. 1982
- Selle, Klaus; Sutter-Schurr, Heidi: *Der gemeinschaftlich nutzbare Freiraum – Raum zum „Wohnen in der Stadt“?* In: Selle, Klaus (Hg.): *Freiräume für Gemeinschaften in der Stadt. Gemeinschaftlich nutzbare Freiräume in alten und neuen Wohnsiedlungen*. Werkbericht No. 33 der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Hannover/Dortmund 1993, S. 31-40
- Selle, Klaus: *Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen. Positionen, Konzepte*. Bericht No. 49 der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Aachen, Dortmund, Hannover 2002
- Siebel, Walter: *Urbanität*. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): *Großstadt. Soziologische Stichworte*. Opladen 1998, S. 262-270
- Sutter-Schurr, Heidi; Selle, Klaus: *Beobachtungen. Sechs Fallstudien*. In: Selle, Klaus (Hg.): *Freiräume für Gemeinschaften in der Stadt. Gemeinschaftlich nutzbare Freiräume in alten und neuen Wohnsiedlungen*. Werkbericht No. 33 der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Hannover/Dortmund 1993, S. 57-150
- Tessin, Wulf: *Der Traum vom Garten – Ein planerischer Alptraum? Zur Rolle des privaten Gartens im modernen Städtebau*. Vorstudie. Hannover 1989
- Tessin, Wulf: *Der Traum vom Garten – Ein planerischer Alptraum? Zur Rolle des privaten Gartens im modernen Städtebau*. Frankfurt/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994

# Sicherheit und öffentlicher Raum

## 1. Zur Vorgeschichte

Sicherheit im öffentlichen Raum wurde in den 80er und 90er Jahren vor allem von Gleichstellungsbeauftragten thematisiert. Sie identifizierten so genannte „Angsträume“, die durch die Mängel definiert werden können (z.B. Preis/Pohlmann-Rohr, 1995; Tillner/Licka, 1995):

- Fehlen anderer Menschen in der Nähe,
- Unbelebtheit zu bestimmten Zeiten,
- Unübersichtlichkeit und Fehlen von Blickbeziehungen,
- mangelhafte Orientierungsmöglichkeiten,
- Vielzahl von Versteckmöglichkeiten,
- mangelhafte Beleuchtung,
- verwahrloster und unsauberer Zustand,
- Fehlen von Sicherheitsanlagen.

Durch die heterogene Struktur der Zuwanderungsströme, durch die gewachsene Mobilität, und durch die hohe Zahl der Migranten nach der Öffnung der osteuropäischen Grenzen wurde das Thema „Sicherheit in der Stadt“ im Laufe der 90er Jahre nicht mehr geschlechtsspezifisch fokussiert. Sicherheit in der Stadt wurde von allen Bevölkerungsgruppen als wichtig erachtet (Flade u.a., 1997). Wohnsiedlungen, die in den 90er Jahren auf der Grundlage von kinderfreundlichen, frauengerechten, familienorientierten und Generationen übergreifenden Planungsansätzen entstanden sind, zeichneten sich häufig dadurch aus, dass Angsträume planerisch gezielt vermieden wurden.

In Deutschland kam die Thematik der Sicherheit im öffentlichen Raum dennoch vergleichsweise spät auf die Tagesordnung. In den Niederlanden, in Dänemark und in Großbritannien wandte sich die Diskussion schon früh einem situationsorientierten Blickwinkel zu; d.h. das Augenmerk verlagerte sich von der Disziplinierung des Straftäters zu Maßnahmen, die die „Tatgelegenheitsstruktur“ verändern und sozial adäquates Verhalten durch eine entsprechende Gestaltung des öffent-

lichen Raumes beeinflussen. Dabei reicht es nicht aus, nur die objektive Sicherheit im Sinne der faktischen Kriminalitätsbelastung in den Blick zu nehmen (Kasperzak, 2000). Denn die subjektive Furcht von Bewohnern vor einer möglichen Viktimisierung korrespondiert mit Verfallsprozessen im öffentlichen Siedlungsraum und induziert Gelegenheitsstrukturen für Delikte (Hermann/Sessar/Weinrich, 2002).

## 2. Kriminologischer Orientierungsrahmen

In den USA wurde das Thema bereits in den 70er Jahren behandelt. In der „Broken Windows“-Theorie fand die Sicherheit im öffentlichen Raum schon früh Beachtung (Wilson/Kelling, 1982). Danach zieht bereits ein zerbrochenes Fenster in einem Gebäude, das nicht

santen entwendet. Danach begann eine wahllose Zerstörung und Kinder nutzten den Wagen als Spielplatz.

Sechs Stufen kennzeichnen den Niedergang eines Stadtgebiets und das Ansteigen der Kriminalität:

(1.) Unordnung und Verwahrlosung bis hin zum physischen Verfall der Umgebung, (2.) Furcht der Bürger vor Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität und (3.) das Auftreten fremder und ungebeter Personen mit einem unerwünschten Verhalten. Der physische Verfall lockt ungebete Personen an, für die die Zeichen des Verfalls signalisieren, dass eine Kontrolle ihres Verhaltens in dieser Gegend nicht stattfindet. Das Auftreten dieser Personen bewirkt Furcht bei den Bürgern, die sich (4.) zurückziehen und so eine tatsächliche Verringerung der Kontrolle verursachen. Die verminderte Kontrolle erleichtert (5.) die



Abbildung 1: Zerstörter Pkw als Indikator eines Angstraumes

(Quelle: H. Schubert)

repariert wird, die Zerstörung der restlichen Fenster des Gebäudes nach sich. Es wird mit „Experimenten“ von Philip Zimbardo aus dem Jahr 1969 argumentiert. Er stellte einen Wagen ohne Nummernschilder und mit offener Motorhaube in einer Straße der Bronx ab. Das Auto wurde bereits innerhalb der ersten 10 Minuten, nachdem es abgestellt wurde, von Vandalen heimgesucht. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden wurde faktisch jedes brauchbare Teil des Wagens von Pas-

Begehung von Straftaten. Der Anstieg der Kriminalität erhöht (6.) die Verbrechenfurcht und begünstigt weiter den Rückzug und Fortzug der „anständigen“ Bürger.

## 3. Handlungskonzepte für den öffentlichen Raum

Paradigmatisch hat Jane Jacobs an der amerikanischen Stadt der 50er Jahre aufgezeigt, welche Faktoren Sicherheit



Abbildung 2: Zonierung des Straßenraums (Neu-Siebethsburg, Wilhelmshaven) (Quelle: H. Schubert)

im öffentlichen Raum schaffen. Sie beschrieb die klare Abgrenzung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum und eine Nutzerdichte im öffentlichen Raum, die Aufmerksamkeit weckt (Jacobs, 1961). Als Hauptfaktor nannte sie Nutzungsmischung, d.h. Läden und Dienstleistungseinrichtungen sowie Bars und Restaurants entlang des Bürgersteigs, die auch abends und nachts als Netzwerk von Benutzern und aufmerksamen Zuschauern besucht werden. Jane Jacobs kritisierte das städtebauliche Axiom der Charta von Athen, den urbanen öffentlichen Raum nach Funktionszonen zu trennen und dort ‚Ruhe‘ zu schaffen.

#### (a) Defensible Space

Einer der ersten Architekten, die sich gezielt mit der ‚Gestaltung der Sicherheit‘ im öffentlichen Stadtraum beschäftigten, war Oscar Newman (1972). In der Tradition der „Pattern Language“ prägte er den Begriff des „Defensible Space“ (zu verteidigender bzw. verteidigungsfähiger Raum). Newman richtete den Blick auf (a) reale und symbolische Barrieren, auf (b) planerisch definierte Bereiche der Einflussnahme durch die Bewohnerschaft und auf (c) verbesserte Gelegenheiten der natürlichen „Überwachung“, damit die Wohnumwelt unter der sozialen Kontrolle der Bewohnerinnen und Bewohner ist.

Mit 4 Planungsansätzen kann der „Defensible Space“ gestaltet werden:

- Mit dem Ansatz der *Territorialität* wird eine *Zonierung* (privater, halb-

privater, halböffentlicher, öffentlicher Raum) angestrebt, die gegenüber Fremden Barrieren schafft und den Bewohnern die soziale Kontrolle erleichtert. Insbesondere im halbprivaten / halböffentlichen Bereich benutzen Bewohner Symbole und Zeichen, um Ansprüche des Eigentums und der Einflussnahme an einen Raum zu stellen.

- In dem Ansatz der *natürlichen Überwachung* wird mit planerischen Mitteln Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft erzeugt. An vorderster Stelle steht die Ausrichtung der Fenster auf den öffentlichen Raum.
- Der Ansatz der *Imageförderung* durch städtebauliche und architektonische Mittel verfolgt das Ziel, ein negatives Stigma durch ästhetisch ansprechende und akzeptierte Gebäudeformen und Umfeldgestalten zu vermeiden. In einem Wohngebiet mit gutem Image wird nicht nur das private Investment stimuliert, sondern auch das immaterielle Engagement der Bewohnerschaft.
- Die Planung von *Milieus* erfolgt durch eine städtebauliche Anordnung der Gebäude, die einen Bereich hoher sozialer Kontrolle formt. Möglichst viele Fenster sollen auf den Bezugsraum der Nachbarschaft ausgerichtet sein. Und es soll ein Verhältnis von möglichst wenigen Haushalten je Hauseingang bestehen.

Die Proportionen und Dimensionen von öffentlichen Räumen erfordern einen Entwurf, der sich an der Sichtbarkeit und Überschaubarkeit orientiert. Wich-

tig ist auch die Zuordnung von Teilflächen zu einzelnen Häusern bzw. Bewohnern über die Zonierung. Die Gestaltung von Grenzen zu den privaten Räumen erfolgt durch reale Barrieren wie u-förmige Gebäude, Mauern und Zäune sowie verschließbare Tore und Türen; die Übergänge zum öffentlichen Raum lassen sich mit symbolischen Barrieren markieren wie offene Torsituationen, Lichtmasten, kurze Treppenabsätze, Bepflanzungen und Wechsel der Bodentextur (Alexander u.a., 1995). Um den Milieucharakter zu unterstreichen, soll der Zusammenhang einer Nachbarschaft auch an einheitlichen städtebaulichen Rahmenbedingungen zu erkennen sein (z. B. Haustypen, Hausgröße, Grundstücksgröße, Vorgärten, Dichte, Baumaterialien, Architekturstil).

#### (b) Crime Prevention Through Environmental Design (CPTED)

CPTED („Crime prevention through environmental design“) führt das Konzept von Newman fort, Sicherheit durch die architektonische, freiraumplanerische sowie städtebauliche Gestaltung von Siedlungen und durch die Organisation einer Verbundenheit in Nachbarschaft zu erzeugen. Die Verletzung von Konventionen, Regeln und Gesetzen soll durch das gezielte Design von Umwelteinflüssen verhindert werden. CPTED-Programme beinhalten als Leitlinien die Kontrolle des Zugangs bzw. von Zugängen und einfache, informelle Überwachungsformen. Mit Planung und Gestaltung soll die physische Umwelt so strukturiert werden, dass das menschliche Verhalten im Raum positiv beeinflusst wird.

Die Bewohner schützen ihr Territorium, indem sie Verfügungsrechte ausdrücken, und sie respektieren das Territorium anderer. Zäune, das Aufstellen von Kunst und Zeichen, Maßnahmen der Instandhaltung und die Gartengestaltung sind Formen, eine Sphäre der Einflussnahme im Übergang zum öffentlichen Raum zu gestalten. Die Bewohner entwickeln eine territoriale Kontrolle, sensibilisieren ihre Wahrnehmung über die Grenzen ihrer Privatsphäre hinaus und engagieren sich zum Beispiel bei der Patenschaft für Bäume oder bei der Straßenreinigung.

Sicherheit lässt sich nach dem CPTED-Modell folgendermaßen erzeugen (Crowe, 2000):

- I. Einplanung von Gebäudevorsprüngen wie Erker zur besseren Überschaubarkeit;
- II. Abtrennung durch Zäune, Mauern, Hecken und andere Grenzmarkierungen, aber Vermeidung unübersichtlicher Nischen mit Versteckmöglichkeiten;
- III. strategische Platzierung von Bäumen und Strauchbepflanzungen, Anordnung der Fenster von Wohnungen zu Straßen, Fußwegen und Gassen;
- IV. Außenbeleuchtung der Wege und Gebäude, Vermeidung dunkler Bereiche;
- V. engere, nicht zu großzügige Anlage öffentlicher Flächen und Plätze;
- VI. Blickbeziehungen von Wohnungen und Wegen zu Parkplätzen;
- VII. Gebäudekonstruktion (Dächer, Eingangsbereiche, Flure) ohne unkontrollierten Zugang zu privaten Bereichen;
- VIII. Minimierung der Zugangsmöglichkeiten Fremder durch hohe technische Standards von Türen, Fenstern und Balkonen;
- IX. keine Abtrennung von Treppenaufgängen, WC-Räumen, Fahrstühlen und Eingangszonen von Sichtachsen;
- X. gute Einsehbarkeit der Zugänge zum Haus von Wohnungen aus.

#### 4. Integrierte Handlungsperspektiven

Insgesamt setzt sich die Einsicht durch, dass die traditionelle interventionistische Strategie (z. B. der Polizei) zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum nur eine begrenzte Reichweite besitzt. Stattdessen verbreitet sich ein neuer lokaler Steuerungsstil zur Regulierung des Verhaltens; dabei werden mit lokalen Organisationen, Einrichtungen und Personen wirksame Kooperationsformen und situative Präventionsmaßnahmen entwickelt, die die Gelegenheiten zur Begehung von Delikten effektiv einschränken (Schubert, 2000).

In einem multifaktoriellen Verständnis müssen sowohl die baulichen Strukturen als auch die sozialen Strukturen integriert entwickelt werden, um den städtischen Raumes ‚abwehrfähig‘ zu machen. Die exemplarische Vielfalt, welche städtebaulichen, wohnungs-



**Abbildung 3:**  
Transparente Platzgestaltung nach CPTED-Kriterien (Fiedeler Platz, Hannover-Döhren)

(Quelle: H. Schubert)

wirtschaftlichen und sozialplanerischen Maßnahmen zu Handlungspaketen gebündelt werden können, zeigen neuere Übersichten (Schubert/Schnittger, 2002; LKA Rheinland-Pfalz, 2002). Angesichts der internationalen sowie der nationalen empirischen Erkenntnisse können typologisch vier Handlungsperspektiven für die Erzeugung von Sicherheit im öffentlichen Raum unterschieden werden (Schubert, Schnittger 2002):

- (1) die Förderung von Bürgerverantwortung und Nachbarschaftsnetzwerken im Wohnbereich durch die Wohnungsunternehmen (dazu zählt auch eine verantwortliche Belegungsstrategie),
- (2) der Abbau subjektiver Unsicherheit / Ängste im Wohnquartier durch Zusammenarbeit von Institutionen wie Polizei und Wohnungsgesellschaften mit Stellen und Einrichtungen der Kommunalverwaltung sowie mit örtlichen Kriminalpräventionsräten,
- (3) die Integration und Entstigmatisierung potenzieller Tätergruppen durch sozialkulturelle Angebote von Infrastruktureinrichtungen und sozialen Dienstleistern und
- (4) vor allem die Durchführung baulich-technischer Maßnahmen in den Wohnungen, am Gebäude und im Wohnumfeld nach den Prinzipien des Defensible Space und des CPTED-Modells.

**Herbert Schubert**, Dr. phil. Dr. rer. hort. habil., Professor an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln, Leitung des Forschungsschwerpunkts SOZIAL RAUM MANAGEMENT  
Web: [www.sozial-raum-management.de](http://www.sozial-raum-management.de)  
E-Mail: [herbert.schubert@dvz.fh-koeln.de](mailto:herbert.schubert@dvz.fh-koeln.de)

#### Literatur

- Alexander, C. / Ishikawa, S. / Silverstein, M. / Jacobson, M. / King, I.F. / Angel, S. (1995): *Eine Muster-Sprache (A Pattern Language)*. Löcker: Wien (am. Original 1977)
- Crowe, T. (2000): *Prevention Through Environmental Design*, Butterworth-Heinemann
- Flade, A. u.a. (1997): *Die sichere Stadt*. Institut Wohnen und Umwelt, 2. Auflage, Darmstadt
- Herrmann, H. / Sessar, K. / Weinrich, M. (2002): *Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt*. In: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 02. Baden-Baden, S. 251-286
- Jacobs, J. (1961): *The Death and Life of Great American Cities*. Penguin Books, Hammondsworth (dt.: *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*. 3. Auflage, Braunschweig, Wiesbaden, 1993 )
- Kasperzak, T. (2000): *Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechenstfurcht*. Darstellung, Analyse und Kritik verbrechensvorbeugender Maßnahmen im Spannungsfeld kriminalgeographischer Erkenntnisse und bauplanerischer Praxis. Empirische Polizeiforschung, Bd. 14, Holzkirchen/Obb.
- LKA Rheinland-Pfalz (Hg.) (2002): *Städtebau und Kriminalprävention*. Mainz
- Newman, O. (1972): *Defensible Space*. New York, Macmillan Company



- Preis, U. / Pohlmann-Rohr, B. (1995): *Für eine Stadt ohne Angsträume. Planungslaufplan für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.* hg. ILS, Dortmund
- Schubert, H. (2000): *Städtischer Raum und Verhalten. Zu einer integrierten Theorie des öffentlichen Raumes.* Opladen
- Schubert, H. / Schnittger, A. (2002): *Sicheres Wohnquartier, gute Nachbar-*

*schaft – Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung.* Handreichung, hg. Niedersächsisches Innenministerium, Hannover

- Tillner, S. / Licka, K. (1995): *Richtlinien für eine sichere Stadt. Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume.* hg. Magistratsabteilung für Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten, Stadt Wien

- Wilson, J. W. / Kelling, G. L. (1982): *Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster.* In: *Kriminologisches Journal*, 28. Jg., (1996) H. 2, S. 121ff (am. Original „The police and neighborhood safety: Broken Windows“, *Atlantic Monthly*, 03/1982, URL: [www.theatlantic.com/politics/crime/windows.htm](http://www.theatlantic.com/politics/crime/windows.htm) )

## Reaktivierung der Raumnutzung in den Stadtteilen

Simon Brombacher, Kathrin Jaenicke, Rainer Kazig, Tilman Körner, Viktoria Schmid, Claus-C. Wiegandt

### **Der Georg-Freundorfer-Platz zwischen Sanierungsgebiet und neuem Stadtquartier**

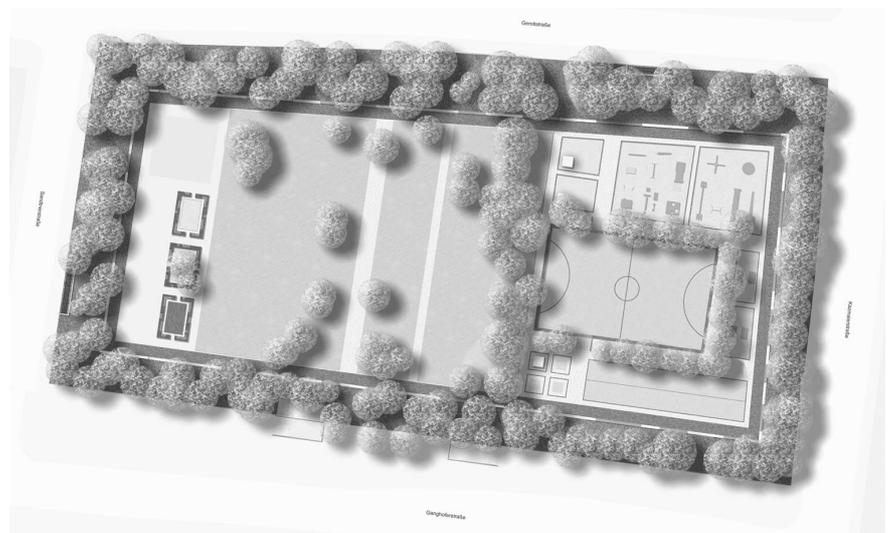
**München Westend**

#### **Umfeld des Georg-Freundorfer-Platzes**

Der Georg-Freundorfer-Platz liegt im klassischen Münchner Arbeiterstadtteil Westend. Er hat eine Größe von etwa 1,8 ha und wurde zwischen September 2001 und Juli 2002 aufwändig umgestaltet.

Im Münchner Westend lebten im Jahr 2002 auf einer Fläche von 207 ha rund 25 000 Einwohner, davon rund 40 Prozent Ausländer. Fast die Hälfte des Wohnungsbestands stammt aus der Zeit vor 1919. Die hohe Bebauungsdichte mit einer GFZ von 1,2 bis 2,0, die schlechte Bausubstanz, der hohe Versiegelungsgrad von bis zu 80 Prozent sowie eine erhebliche Unterversorgung an wohnungsbezogenen Grünflächen prägen den Stadtteil. Damit erhält der Georg-Freundorfer-Platz eine wichtige Rolle für das Quartier, das seit den 1970er Jahren eines der drei klassischen, förmlich festgesetzten Sanierungsgebiete in München ist.

Südlich des Westends entsteht derzeit auf dem ehemaligen Messegelände ein neues hochwertiges Stadtquartier mit 200 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche für Büro, Handel, Verwaltung und Dienstleistungen sowie 1500 Wohnungen. Architektonisch anspruchsvolle Büro- und Wohngebäude werden in dichter Bauweise geschaffen. Seit 2002 befindet sich dort beispielsweise die inter-



**Abbildung 1: Gesamtansicht Georg-Freundorfer-Platz**

nationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG. Aufgrund der hohen Mieten und Kaufpreise für die Wohnungen wird sich in diesem neuen Teil die Zusammensetzung der Bewohner erheblich von den Bewohnern im Westend unterscheiden.

Durch die neue Bebauung des ehemaligen Messegeländes ist der Georg-Freundorfer-Platz aus seiner ehemaligen Randlage im östlichen Teil des traditionellen Arbeiterstadtteils Westend in eine neue räumliche Mitte gerückt. Er verknüpft das Sanierungsgebiet Westend mit dem neu überbauten Bereich der ehemaligen Messe.

#### **Entstehungsgeschichte des Georg-Freundorfer-Platzes**

Der Georg-Freundorfer-Platzes war bis zur jüngsten Umgestaltung vielen Änderungen unterworfen. Kennzeichnend ist seine Entwicklung bis heute durch eine Zweiteilung des Platzes. Im nördlichen Teil gab es bis Anfang der 1960er Jahre eine Kleingartenanlage, die dann für einen Parkplatz und eine Tankstelle weichen musste. Deshalb wurde der Platz auch von den Bewohnern zeitweise „FINA-Platz“ genannt. Den geplanten Bau eines Parkhauses konnte eine Bürger-

initiative verhindern. Stattdessen entstand eine Grünfläche mit Sommerstockbahnen, Bodenschachfeldern, Bolz- und Spielplatz, Tischtennisplatz und einem Zierpflanzenbereich mit Sitzgelegenheiten. Der südliche Bereich war zunächst eine Straßenschleife, die in Spitzenzeiten zur Messe oder zum Oktoberfest genutzt wurde, die dann aber lange Jahre brach lag und provisorisch als Messeparkplatz genutzt wurde.

Seit Anfang der 1980er Jahre setzte dann eine lange und intensive Diskussion über die Neugestaltung des Platzes ein, die schließlich im Jahr 1998 in einen städtebaulichen Wettbewerb mündete. Alle beteiligten Experten, ob Architekt, Bezirksausschussvorsitzender oder städtische Mitarbeiter aus dem Baureferat, waren sich darin einig, dass ein Platz ein möglichst breites Spektrum an Nutzern anziehen und deshalb ein Forum für vielfältige Nutzungen bieten soll. Konkret bestanden die Ziele, auf dem Platz ganzjährig nutzbare Spiel- und Erholungsmöglichkeiten für die Quartiersbewohner des Westends zu schaffen, die Kommunikation und Partizipation unterschiedlicher Gruppen zu fördern, und mit dem Platz ein Gelenk zwischen dem Westend und der Theresienhöhe zu schaffen.

### Neugestaltung des Georg-Freundorfer-Platzes

Nach Fertigstellung vereint der Georg-Freundorfer-Platz heute zwei Gestaltungsprinzipien:

- Die Nordhälfte zeichnet sich durch einen hohen Grad an geplanter Funktionalität aus, die dem Besucher mögliche Nutzungen nahe legt. Diese Hälfte lässt sich in verschiedene Zonen unterteilen. So gibt es einen Sandspielbereich mit und ohne Klettergarten, einen Bolzplatz, Tischtennisplatten, zwei Sommerstockbahnen sowie einen Bereich zum Schachspielen. Angeknüpft wird hier an die traditionell vorgegebene Funktionsbereiche, die bereits vor der Umgestaltung des Platzes bestanden.
- Die Südhälfte zeichnet sich durch Flächen aus, die eher als disponibel anzusehen sind, was dem Besucher eine hohe Freiheit an potenziellen Nutzungen ermöglicht. Zwei große

Liegewiesen sowie ein befestigter Bereich, in dem sich drei Zierfelder mit Bepflanzung und Sitzgelegenheiten befinden, zeichnen diese Hälfte aus. Die befestigte Fläche kann mit dem Fahrrad, mit Skateboards oder Rollschuhen genutzt werden. Sie soll aber auch für Veranstaltungen auf dem Platz nutzbar sein.

Vier Durchgangswege kreuzen den Platz in Ost-West-Richtung. Außerdem ist der Platz größtenteils eingerahmt von bereits in den 1970er Jahren aufgeschütteten Wällen sowie einem neuen umlaufenden Weg mit einer Vielzahl an Bänken, in die im Sockel ein Lichtband integriert ist. Dadurch wird der Rahmen des Platzes auch bei Dunkelheit besonders akzentuiert.

### Nutzung des Georg-Freundorfer-Platzes

Im Juli 2002 wurde der Umbau des Platzes abgeschlossen. In einem kleinen studentischen Projekt haben wir die tatsächliche Nutzung des Georg-Freundorfer-Platzes über einen Zeitraum von jeweils einer Woche Anfang April bzw. Anfang Mai 2003 bei wärmeren Witterungsverhältnissen untersucht. Ziel war es herauszufinden, wie viele Personen sich zu welcher Uhrzeit an welchen Stellen am Platz aufhalten und inwieweit sich die Nutzer entsprechend den Planungsvorstellungen der Experten verhalten. Die Nutzer der unterschiedlichen Aufenthaltszonen wurden dazu in den beiden Wochen jeweils nach Altersklassen erfasst.

Innerhalb der beiden Wochen wurden 2401 Personen auf dem Georg-Freundorfer-Platz gezählt. 46 % der Besucher waren Kinder und Jugendliche im Alter bis 18 Jahre, 54 % der Besucher waren Erwachsene. Die wesentlichen Aufenthaltsbereiche von sechs Altersgruppen zeigt die Abbildung. Kleinkinder bis fünf Jahre dominieren die Nutzungszone „Sand und Klettern“, die fünf- bis zwölfjährigen den zweiten Wiesenbereich, die Sommerstockbahn sowie die Tischtennisplatten und die 13- bis 17-jährigen den Basteltisch, den Skaterbereich sowie die Bank 5. Die Erwachsenen zwischen 18 und 30 Jahren waren im Bereich der ersten Wiese am meisten vertreten, die Erwachsenen zwischen 31 und 60 Jahren auf verschiedenen Bänken sowie

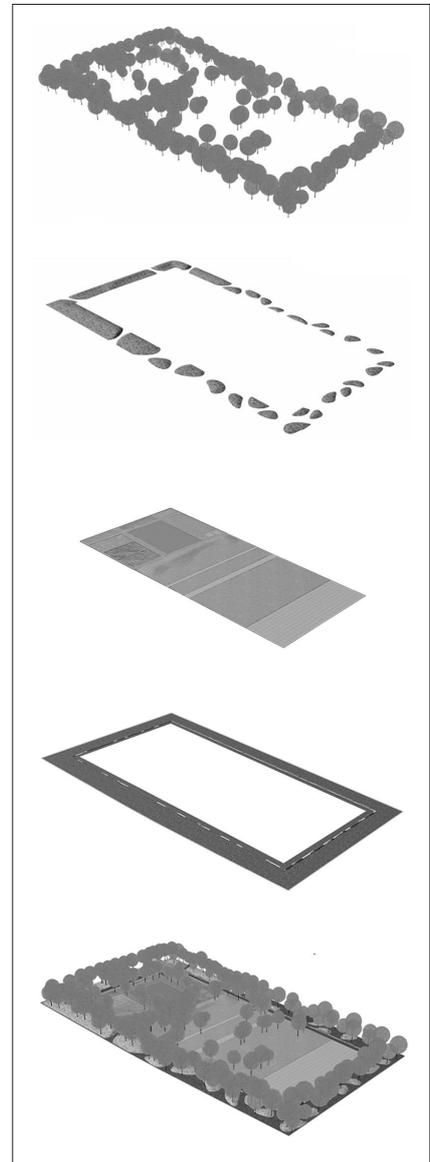
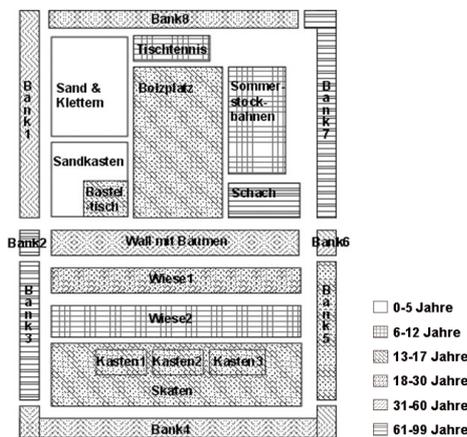


Abbildung 2

einem Wall mit Bäumen, wohingegen die älteren Menschen über 60 Jahre andere Bänke sowie den Bereich des Schachspiels bevorzugten. Im Tagesgang zeigte sich eine kontinuierliche Zunahme der Besucher bis in den späten Nachmittag. Diese Ergebnisse zeigen, dass hinsichtlich der vorhandenen Altersgruppen das Planungsziel erreicht wurde, den Platz für ein möglichst breites Spektrum von Nutzern zu gestalten. Auch das Ziel, den Platz als Ort der Kommunikation zu etablieren, konnte realisiert werden: Eine kleine Befragung der Nutzer des Platzes ergab, dass rund die Hälfte der Befragten auf dem Platz Bekannte treffen will. Ebenfalls rund die Hälfte der Befragten hat am Georg-Freundorfer-Platz bereits neue Bekanntschaften geschlossen. Da bisher nur ein Teil der neu bebauten Theresienhöhe fertig



**Abbildung 3: Besucher in den einzelnen Nutzungszonen nach Altersklassen**

gestellt wurde, kann noch nicht abschließend beurteilt werden, ob der Platz tatsächlich auch seine geplante Funktion als Verbindungsglied zwischen dem Westend und der neu bebauten Theresienhöhe erfüllt. Derzeit überwiegen auf dem Platz noch eindeutig die Besucher aus dem Westend.

### Das Zusammenspiel von Planung und Nutzung

Da der nördliche Bereich des Georg-Freundorfer-Platzes schon vor der Umgestaltung genutzt wurde, war die Stadtverwaltung über die Situation vor Ort gut informiert. Es war bekannt, dass sämtliche vorhandenen Erholungsbereiche angenommen wurden. Heute ist die beliebteste und am intensivsten genutzte Zone dieses Bereiches der Spielplatz mit Sand- und Kletterbereich für Kleinkinder. Seine auffallende Gestaltung in Form eines Klettergartens geht im Wesentlichen auf die Ergebnisse eines Kinderworkshops zurück, den der Bezirksausschuss des Westend veranstaltet hatte. Er ist damit auch das einzige Element des Platzes, in dessen Gestaltung die Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung eingeflossen sind. Der Erfolg des Sand- und Kletterbereiches verdeutlicht, dass die Einbeziehung spezifischer Nutzergruppen die Gestaltung

der für diese Gruppen geplanten Teile des Platzes erheblich verbessert.

In dem nördlichen Teil des Platzes mit vorgegebenen Nutzungen zeigen sich aber auch Folgen des Freiflächenmangels im Westend: Die nicht dauernd entsprechend ihrer ursprünglichen Funktion genutzten Bereiche werden auch in anderer Form als geplant genutzt: Tischtennisplatten werden von Kindern und Jugendlichen auch für andere Ballspiele, die Sommerstockbahnen zum Radfahren und die Bänke zum Balancieren genutzt. Um dieser Kreativität der Nutzer gerecht zu werden, erscheint es gerade bei der Gestaltung stark genutzter Plätze wichtig, bei der Auswahl der Materialien



**Abbildung 4: Spielplatz mit Sand- und Kletterbereich**

auf deren Widerstandsfähigkeit zu achten. Nur so kann langfristig ein formschöner Platz erhalten werden. Schwieriger war die Planung des südlichen Bereichs. Zum einen wollten die Experten ein Gegenstück zum relativ engen und in seinen Nutzungen vorbestimmten Nordteil setzen, zum anderen war es Leitvorstellung, einen vielfältig nutzbaren und lebendigen Ort zu schaffen. So ist neben den grünen Erholungsflächen keine reine Skateranlage, sondern eine befestigte Fläche entstanden, auf der heute auch tatsächlich unterschiedlichste Nutzungen stattfinden. Gerade kleinere Kinder,



**Abbildung 5: Schachspieler**

die vom Bolzplatz verdrängt werden, können hier neben dem Fußballspielen auch Rad fahren oder Rollschuh laufen. Wichtig ist, diese Fläche als Freiraum, als disponible Fläche zu erhalten, um den sich wandelnden Ansprüchen an den öffentlichen Raum gerecht zu werden. Die Planung muss sich immer wieder neu bestätigen.

Insgesamt kann man festhalten, dass es den Planern des Georg-Freundorfer Platzes trotz geringer Bürgerbeteiligung weitgehend gelungen ist, die Vorstellungen und Bedürfnisse der Nutzer zu treffen und die Planungsziele zu realisieren.

Mit der offenen Gestaltung des südlichen Teils wurde zudem sichergestellt, dass der Platz auch zukünftigen, gewandelten Ansprüchen an den öffentlichen Raum gerecht werden kann.

Simon Brombacher, Student der Geographie  
 Kathrin Jaenicke, Studentin der Geographie  
 Rainer Kazig, Dipl.-Geogr., Dr.  
 Tilman Körner, Student der Geographie  
 Viktoria Schmid, Studentin der Geographie  
 Claus-C. Wiegand, Dipl.-Geogr., Dr., Prof.

Alle: Sektion Geographie an der LMU München

## Gestaltung öffentlicher Räume in benachteiligten Quartieren

### Hildesheim-Drispstedt

■ „Wir werden auf der Straße angepöbelt, das halten wir nicht mehr aus“, „Die letzten Bänke werden jetzt auch noch abgebaut“, „Es lohnt sich doch nicht den Kinderspielplatz zu erneuern, seit die alte Ritterburg abgebrannt ist“ und „Ich möchte, dass alles wieder wie früher ist“ Kommentare und Szenarien aus Gesprächen um den öffentlichen Raum in Gebieten der sozialen Stadterneuerung. Gerade in diesen Stadtteilen häufen sich Probleme, die auf eine besondere Bedeutung des öffentlichen Raumes zurückzuführen sind.

Die in der Regel in den 60er und 70er Jahren entstandenen Siedlungen benötigen nach mehr als 30 Jahren Benutzung eine grundlegende Instandsetzung des öffentlichen Raumes. Aufgrund knapper Kassen in den Kommunen werden Grünflächenangebote und Spielplätze allerdings eher abgebaut als erneuert. Die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung hat sich zugespitzt und der Anteil der Kinder- und Jugendlichen ist in der Regel sehr hoch. Aufgrund von Mängeln des Wohnungsangebotes und fehlender Treffpunkte wird der öffentliche Raum intensiv zur Selbstdarstellung aber auch zur sozialen Abgrenzung genutzt. Wenn einzelne Bereiche durch dominante Bevölkerungsgruppen okkupiert werden, wird die Aneignung für andere, weniger durchsetzungsfähige Bevölkerungsgruppen erschwert. Durch mangelnde Zivilcourage bleiben Verwahrlosung und zunehmende Unsicherheitswahrnehmung zurück, solange der öffentliche Raum keine funktionsgerechte Struktur vorgibt. Im Sinne einer generationsübergreifenden und auf die verschiedenen im Stadtteil lebenden Kulturen abgestimmte Struktur des öffentlichen Raumes kommt der Beteiligung der jeweiligen Nutzergruppen an der Umgestaltung eine besondere Bedeutung zu. Durch frühzeitige soziale Interaktion kann im Zuge der Stadterneuerung der Grundstein für eine erhöhte Identifikation und Aneignung des öffentlichen Raumes gelegt werden.



Jugendliche vor ihrem Fußballkäf

(Foto: Sandra Schneider)

### Der Stadtteil Hildesheim-Drispstedt

Hildesheim- Drispstedt wurde 2001 in das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ aufgenommen. Im Erneuerungsgebiet leben ca. 4 200 Menschen. Mit einem Anteil von ca. 20 % Kindern und Jugendlichen handelt es sich im Vergleich zur Gesamtstadt um ein kinderreiches Quartier. Der Ausländeranteil liegt in Drispstedt mit ca. 15 % deutlich über dem stadtweiten Durchschnitt und der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist mit 20 % bzw. 13 % überproportional hoch. Eine ausgeprägte Kinder- und Jugendarmut kennzeichnet den Stadtteil.

Der Hauptanteil der Wohnungen der im Stadtteil überwiegenden Zeilenbebauung aus den 60er Jahren besteht aus 2- und 3- Zimmer-Wohnungen, in denen häufig kinderreiche Familien mit mehr als zwei Kindern leben. Durch die Enge in den Wohnungen bietet der öffentliche Raum für die Kinder und Jugendlichen eine zentrale Ausweichmöglichkeit zum Treffen und Spielen, mithin zur gesellschaftlichen Sozialisation. Teilbereiche des öffent-

lichen Raumes werden aufgrund fehlender Möglichkeiten zu informellen Treffen im Stadtteil ganz besonders in den Abendstunden und am Wochenende durch Jugendliche und junge Erwachsene genutzt. Sie beanspruchen Bushaltestellen, Sitzbänke in der Ladenzeile und Spielplätze als Treffpunkte, wodurch die Aufenthaltsqualität für ältere Bewohnerinnen und Bewohner und Kinder beeinträchtigt wird und Konflikte entstehen.

Durch die Aufnahme des Stadtteils in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ ergibt sich die Chance zur umfangreichen Reaktivierung und Anpassung des öffentlichen Raumes an die heutigen Bedürfnisse. Zum einen bieten die bereitgestellten Fördermittel einen großen Handlungsspielraum zur baulichen Umgestaltung der Spielplätze und Grünflächen, zum anderen kann im Rahmen des zugrunde gelegten Organigramms mit dem Kooperationsmodell zwischen dem Fachbereich Soziales und Fachbereich Planung und dem extern beauftragten sozialen und organisatorischen Stadtteilmanagement vor Ort kooperativ mit integrierten Handlungsansätzen geplant werden.

## **Integriertes Handlungskonzept für den Öffentlichen Raum**

Zur Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes für den öffentlichen Raum wurde im ersten Schritt ein Freiraumkonzept aufgestellt. Das integrierte Freiraumkonzept verbindet die soziale Kommunikation verschiedener Nutzergruppen über den öffentlichen Raum mit den baulich-räumlichen Gestaltungsgrundsätzen für die unterschiedlichen Bereiche des Stadtteils. Eine Abstimmung zwischen Planung und den zukünftigen Nutzern, zwischen den unterschiedlichen

schläge wurde ein stadtteilübergreifendes Gesamtkonzept zur Umgestaltung der Freiräume entwickelt.

Als Gestaltungsgrundsatz nehmen die Wegebeziehungen mit generationsübergreifenden Angeboten eine besondere Rolle ein. Eine Freizeit- und Erholungsachse mit integrierten, ruhigen Aufenthaltsplätzen in Ost- West-Richtung und eine Spielachse mit aneinander gereihten Angeboten für Kinder und Jugendliche in Nord-Süd-Richtung soll die öffentlichen Grünfläche funktional gliedern. In anderen Bereichen soll das Abstandsgrün durch die Anlage von Mietergärten privati-



*Kinder erarbeiten ihr Spielplatzkonzept*

*(Foto: Sandra Schneider)*

altersgruppenspezifischen Nutzergruppen mit ihren jeweiligen Interessen und letztendlich zwischen den beauftragten Planungsbüros untereinander war im Rahmen der Konzeptentwicklung notwendig, um das Ineinandergreifen der verschiedenen Funktionen des Raumes zu ermöglichen. Unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner wurden einzelne Bereiche analysiert, erste Umgestaltungsideen entwickelt und Lösungsansätze erarbeitet. Insbesondere die nutzerstärksten Gruppen der Kinder wurde durch die Aktion „Kinderstadtteilforscher“ und die der Jugendlichen durch ein „Jugendforum“ von Beginn an in die Planung einbezogen. An einem „Grünen Tisch“ in der Ladenzeile und in der „Arbeitsgemeinschaft Freiraumplanung“ konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner einbringen. Auf Grundlage aller eingebrachten Vor-

sicht werden, um ein höheres Maß an Öffentlichkeit und Aneignung im Stadtteil zu erreichen.

### **Erneuerung des zentralen Kinderspielplatzes**

Im Herbst 2002 haben ca. 100 Kinder im Alter von 6 – 12 als „Kinderstadtteilforscher“ einen Kinderstadtteilplan entwickelt. Die Guten und die Schlechten Orte des Stadtteils wurden dokumentiert und darauf aufbauend der Beitrag der Kinder zum Freiflächenkonzept erarbeitet. Im Frühjahr 2003 wurden die Kinder zu einer extern moderierten Zukunftswerkstatt eingeladen, in der die Kinder mit Modellen ihre Ideen für die Umgestaltung der Spielplätze plastisch gestalten. Das mit der Umgestaltung beauftragte Planungsbüro hat die Anregun-

gen und Wünsche der Kinder aufgenommen, in die Entwürfe eingearbeitet und anschließend wieder mit den Kindern abgestimmt. Mit dem Bau eines Spielschiffs, eines Naturspielbereiches und dem Aufstellen von mobilen Fußballtoren konnten viele Wünsche der Kinder im Konzept berücksichtigt werden. Die Beteiligung wird mit der Konzeptfindung nicht beendet. Im Sommer 2003 beginnen die Kinder, Schutzpatrone aus Robinnienstämmen zu schnitzen, die auf dem neuen Spielplatz aufgebaut werden sollen. Im Frühjahr 2004 gestalten sie gemeinsam mit einer Bildhauerin eine Mosaikschlange zur Sandkastenumrandung.

### **Jugendspiel**

Im Herbst 2002 haben ca. 50 der 500 Jugendlichen im Alter von 13 – 17 im Stadtteil in einem ersten Jugendforum ihre Sicht des Stadtteils dargestellt. Die Hauptprobleme lagen in einer fehlenden Disco, nicht ausreichend Skaterflächen und wenig Treffpunkten und Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum. Daraus ergaben sich viele Argumente, gezielt Angebote für Jugendliche bereitzustellen. Im Frühjahr 2003 wurde deswegen ein zweites Jugendforum durchgeführt, in dem die Jugendlichen mit Modellen ihre Ideen für die Umgestaltung der öffentlichen Flächen plastisch darstellen konnten. Bei den Jugendlichen stand der Wunsch nach Wetterschutz-Unterständen, Fußballkäfig und Skaterstrecke ganz oben. Im Konzept werden nun drei Unterstände vorbereitet, die unterschiedlichen Gruppen ein „Zuhause im öffentlichen Raum“ bieten können. Mehrere Angebote sollen geschaffen werden, um Konflikte der Aneignung der Unterstände zwischen verschiedenen Jugendgruppen zu minimieren. Auch der Bolzplatz und eine Skateranlage konnten in die Ausbauplanung einbezogen werden. Für die Jugendlichen wird im Herbst 2003 eine Mitmachbaustelle eingerichtet, bei der sie den Ausbau der drei Wetterschutz-Unterstände mitgestalten können. Zur Zeit wird im Stadtteil darüber beraten, wie einzelne Akteure, Initiativen, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten Patenschaften übernehmen und die Nutzung und Betreuung der Spielangebote begleiten können.

## Mietergärten

Neben der Verbesserung der funktionalen Gliederung des öffentlichen Raumes wurde im integrierten Freiraumkonzept das wenig differenzierte Abstandsgrün zur Diskussion gestellt. Die Einrichtung von Mietergärten wird als ein Element der Aneignung und Privatisierung des öffentlichen Raumes und der Verbesserung der Sicherheitswahrnehmung verstanden. In Gesprächen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern wird der Wunsch nach Mietergärten bestätigt. Im Rahmen einer aktivierenden Umfrage wurden im Jahr 2002 für die Gestaltung von Mietergärten 24 Haushalte aus Erdgeschosswohnungen gewonnen. Die Gärten wurden im Frühjahr 2003 von der Wohnungsbaugesellschaft gbg eingezäunt und werden von den Mieter-

rinnen und Mietern bewirtschaftet. Im Rahmen eines Wettbewerbs wird im Herbst 2003 der schönste Mietergarten prämiert.

Im Rahmen der Stadterneuerung wird das Ziel verfolgt, die Aneignung des öffentlichen Raumes durch aktive soziale Gruppen zu verstärken. Die tatsächliche Aneignung wird als Antwort auf untergenutzte Räume, auf Unsicherheitswahrnehmung und tatsächliche Konflikte in der Raumnutzung verstanden. In der Diskussion um die Gestaltungsspielräume ist es notwendig die richtige sprachliche Ebene zu finden und Kommunikationsfähigkeit unter allen Akteuren herzustellen, damit nicht allein modische Gestaltungsmuster umgesetzt, sondern eine aktive Beteiligung der Raumnutzer an der Raumbildung erreicht wird. In der Diskussion vor Ort wurden wir, als

die Akteure der Stadterneuerung, nicht selten darauf hingewiesen, dass die ganze Umgestaltung keinen Sinn macht, weil alle Bemühungen in wenigen Jahren dem Vandalismus zum Opfer gefallen sein werden. Ob das Einbeziehen aller Stadtteilakteure in die Konzeptfindung, in die Umgestaltung und die Aneignung der neu gestalteten Flächen als Antwort ausreicht, werden die nächsten Jahre zeigen.

Schneider, Sandra, Dipl.-Ing. Architektur, Mitarbeiterin in der Planerwerkstatt 1, Stadtteilmanagement Hildesheim Drispstedt,

Habermann-Nieße, Klaus, Dipl.-Ing. Architekt und Stadtplaner, Planerwerkstatt 1, Stadtteilmanagement Hildesheim Drispstedt und Göttingen-Grone, Vorstand im wohnbund.

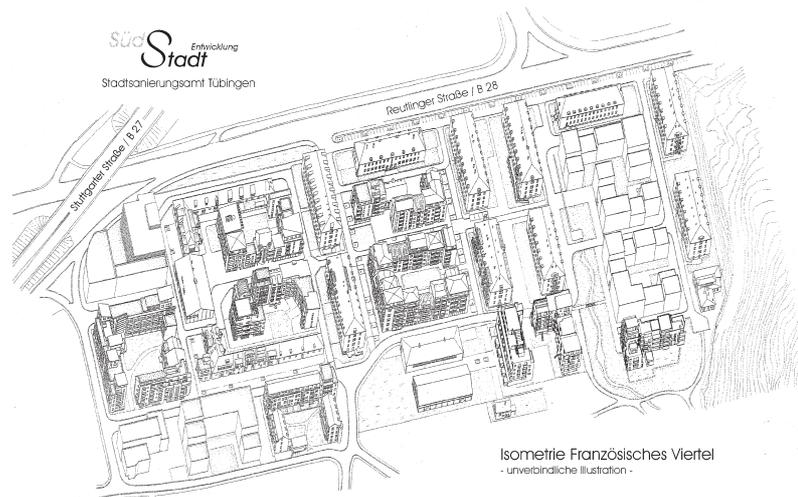
# Neue Baugebiete – was war das Ziel – was wurde erreicht?

Cord Soehlke, Adina Tipei

## Der öffentliche Raum zwischen Aneignung und Urbanität

### Die Tübinger Südstadt-Entwicklung:

■ Als die Universitätsstadt Tübingen 1993 den Rahmenplan für die Südstadt-Entwicklung verabschiedete, brachte sie damit auch ein Programm auf den Weg, das sich in seinen Zielen und Instrumenten deutlich von der allgemeinen städtebaulichen Praxis Anfang der 90' er unterschied. Auf ca. 65 ha, überwiegend Flächen der ehemaligen französischen Garnison, sollte „Stadt“ entstehen, in ihren grundsätzlichen Strukturen deutlich am Erbe der europäischen Stadt orientiert, in ihrer Vielfalt und Formensprache hingegen innovativ und zukunftsweisend. Die wesentlichen Bausteine des Konzepts: außergewöhnlich hohe Dichte, Nutzungsmischung auf der Parzelle, Baugemeinschaften und kleinteilige Parzellierung, hohe soziale und bauliche Vielfalt. Und Straßen und Plätze, die weit mehr sein sollten als nur Verkehrsträger und Autostellfläche: der öffentliche Raum als Aufenthaltsraum, als ästhetisches Bindeglied und als Begegnungsraum für eine heterogene städtische Gesellschaft.



Heute, zehn Jahre nach Verabschiedung des Rahmenplans und auf der Hälfte der Entwicklung, läßt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen. Dieser Text versucht, die verschiedenen Ansprüche an den öffentlichen Raum darzustellen, die wesentlichen Aspekte der Umsetzung zu beleuchten und eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

### Das Konzept: die Bausteine der Entwicklung

**Hohe Dichte und öffentlicher Raum:** Mit knapp 10 ha ist das Französische Viertel, die ehemalige Hindenburgkaserne, der größte Teilbereich der Südstadt-Entwicklung. Wohnen werden hier nach Fertigstellung im Jahr 2005

voraussichtlich 2200 – 2400 Menschen, hinzu kommen um die 500 – 600 Arbeitsplätze. Mit weit über 250 Menschen pro Hektar ist damit aus ökologischen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Gründen eine Dichte entstanden, die nicht nur um ein Vielfaches über konventionellen Siedlungsstrukturen liegt, sondern sogar viele Altstadt- oder Gründerzeitquartiere übertrifft.

Dies hat unmittelbare Konsequenzen für den öffentlichen Raum: wenn aufgrund der hohen Dichte kaum private Gärten existieren und gemeinschaftliche Innenhöfe vergleichsweise klein sind, müssen auch Straßen und Plätze „Freiraumqualitäten“ besitzen.

**Nutzungsmischung und öffentlicher Raum:** Doch ebenso intensiv sind auch die Ansprüche der Werkstätten, Büros, Ateliers und Läden. Inzwischen haben sich im Entwicklungsbereich, vorwiegend in den Erdgeschossen, fast 150 Betriebe mit um die 900 Beschäftigten angesiedelt. Für sie müssen die öffentlichen Räume vor ihrer Tür sowohl technische als auch repräsentative Bedingungen erfüllen: einfache Anlieferung und Kurzzeitparkmöglichkeiten haben den gleichen Stellenwert wie Auffindbarkeit und Adressenbildung. Die Bedürfnisse sind dabei von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich: ein Handwerksbetrieb wird weniger Wert auf Sichtbarkeit legen als ein Einzelhändler, dafür muß jedoch auch die Zufahrt mit größeren Fahrzeugen möglich sein.

Im Gegenzug prägt auch das Gewerbe den öffentlichen Raum: in einer gemischten Struktur sind die Erdgeschosse „perforiert“, zwischen Gewerbe und Straße existieren eine Vielzahl von Wechselwirkungen.

**Parkierungskonzept und öffentlicher Raum:** Tiefgaragen schienen 1993 angesichts kleinteiliger Parzellierung und Baugemeinschaften nur schwer realisierbar. Aufgrund der großen Bedeutung des öffentlichen Raums und der privaten Freiflächen waren auch Straßen und Innenhöfe für dauerhaftes Parken tabu; daher wurde schon im Rahmenplan auf zentrale (zum Teil automatische) Parkieranlagen gesetzt. Dieses Parkierungskonzept ist vermutlich zur größten Schwierigkeit der Südstadt-Entwicklung geworden, die Probleme sind auch im Sommer 2003 noch nicht vollständig behoben. Dennoch haben sich durch diese Ent-

scheidung große Freiheiten für die Gestaltung des öffentlichen Raums in einem dichten Quartier ergeben, die es bei einer Nutzung der öffentlichen Räume als Parkflächen nicht gegeben hätte.

sche Bedeutung zu: Er ist, gemeinsam mit den Höhenfestlegungen und Baugrenzen der B-Pläne, das ästhetische „Korsett“, durch das die private Gestaltungsfreiheit städtebaulich erst möglich wird. Nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen wurden vorwiegend



*Architektonische Vielfalt am Lorettoplatz*

**Vielfalt und öffentlicher Raum:** Die bauliche Vielfalt und Kleinteiligkeit in der Südstadt ist unübersehbar. Gebaut wird überwiegend mit privaten Baugemeinschaften, die Gestaltungsfreiheit von Materialien, Dachformen, Geschosshöhen usw. wird bewusst nicht eingeschränkt. Private Vorzonen vor den Gebäuden existieren nur selten, in den meisten Situationen ist die Gebäudedekante auch Grenze zwischen öffentlich und privat.

Daher kommt dem öffentlichen Raum auch eine erhebliche gestalteri-

einfache, robuste Materialien verwendet, um ein Pendant zur architektonischen Vielfalt zu bilden.

**Soziale Vielfalt und öffentlicher Raum:** Die entstandenen Quartiere zeichnen sich durch eine große Bandbreite an Generationen, Ethnien und Einkommensstufen aus. Hinzu kommt der „öffentliche“ Charakter der Viertel: durch die Nutzungsmischung gehört der Stadtteil nicht nur denen, die dort wohnen, sondern wird zu unterschiedlichsten Tages- und Nachtzeiten von



*Wasserspiele auf dem Französischen Platz*

wechselnden Besuchern aufgesucht. Kunden, Spaziergänger, Café-Besucher, Bewohner benachbarter Quartiere, Jugendliche aus der Südstadt: für sie alle ist der öffentliche Raum der Ort, wo man anderen begegnet und die Lebendigkeit und Vielfalt eines Quartiers spüren kann.

Dieser Anspruch an den öffentlichen Raum ist wohl auch der Aspekt, der am engsten mit der Grundidee der Südstadt-Entwicklung zusammenhängt: Stadt als gemeinsame Plattform für heterogene Nutzungen, Lebensrealitäten und Bedürfnisse.

### **Die Umsetzung: Instrumente und Ansätze für den öffentlichen Raum**

In der Praxis der Südstadt-Entwicklung haben sich aus diesen konzeptionellen Bausteinen Instrumente und Ansätze entwickelt, die als Richtschnur für Planung und Nutzung des öffentlichen Raums dienen.

#### **Bürgerbeteiligung und Aushandlung:**

Insbesondere die großen Quartiersplätze sind in einer umfangreichen Bürgerbeteiligung geplant worden, deren Ideen nachher fast vollständig in die Realität umgesetzt wurden.

Aber auch im Kleinen ist die Beteiligung und Mitgestaltung erwünscht: an der Schnittstelle zwischen Gebäude und Straße sehen die Kaufverträge für die Grundstücke einen von den Bauherren gestaltbaren Traufstreifen auf öffentlicher Fläche vor. Immer stärker ist darüber hinaus in den letzten Jahren das private Interesse geworden, weitere öffentliche Flächen wie Baumbeete mitzugestalten. Auch angesichts der beschränkten kommunalen Finanzen haben sich diese Patenschaftsvereinbarungen mit Privatleuten als sehr sinnvoll erwiesen.



*Traufstreifen und Baumbeete entlang der Französischen Allee*



*Tatkräftiger Einsatz: Selbstbau einer Mosaikschlange auf dem Lorettoplatz*

#### **Multifunktionalität von Flächen:**

Gerade angesichts der vielen Ansprüche war es in der Rahmenplanung und auch während der Bürgerbeteiligung wesentliches Ziel, die Flächen so vielseitig nutzbar wie möglich zu machen. Einprägsames Beispiel ist die Panzerhalle, ein Gebäude, dessen Außenwände entfernt wurden und das sich so zum überdachten Platz wandelte. Festplatz, Konzertsaal, Ausstellungshalle, Ballspielfläche, Flohmarkt mit Regenschutz, vielleicht eines Tages Wochenmarkt: Die Nutzungsmöglichkeiten sind fast unbegrenzt.



*Ausstellung in der Panzerhalle*

#### **Vielzahl kleinerer Quartiersplätze:**

Über diese Multifunktionalität der großen Flächen hinaus sind viele kleine Quartiersplätze mit jeweils eigenem Charakter entstanden. Wer heute durch das Französische Viertel geht, wird immer wieder neue Orte entdecken, auf denen die umliegenden Nutzer ihre Spuren hinterlassen haben:

Steinfragmente vor einem Atelier, ein Stocherkahn vor der Zimmerei, Stühle und Tische vor den Cafés, Bänke und ein Sandkasten auf der Straße. Bislang gelingt diese Aneignung ohne Privatisierungsansprüche: was im öffentlichen Raum steht, wird auch öffentlich genutzt.

#### **Wandlungsfähigkeit:**

Die öffentlichen Räume in der Südstadt haben sich immer wieder verändert und tun es noch. Durch private Interventionen entstehen ständig neue Situationen; in manchen Fällen wurden auch bereits hergestellte Flächen mit öffentlichen Mitteln wieder umgestaltet, weil sie sich im Alltag nicht bewährten. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Veränderungsprozess auch dann nicht beendet ist, wenn der letzte Pflasterstein gesetzt ist. Daher wurde bei fast allen Planungen Raum für eine zweite oder dritte Entwicklungsstufe gelassen.

#### **Anspruch und Wirklichkeit: Versuch einer Zwischenbilanz**

Bürgerbeteiligung, Multifunktionalität, Wandlungsfähigkeit: planerische Schlagworte, die Absichten bezeugen, aber zunächst wenig über die Qualitäten der entstandenen Räume sagen.

Daher bleibt die Frage: haben Bausteine und planerische Ansätze den öffentlichen Raum erzeugt, der die Ansprüche des Konzepts und der Stadtbenutzer erfüllt ?

Konflikte und Auseinandersetzungen rund um den öffentlichen Raum gehören in der Südstadt zum Alltag. Durch die hohe Dichte prallen Nutzungskonflikte wie die nächtliche Bewirtung eines Straßencafés oder skatende Jugendliche, der Erhalt eines Baumes oder das Oberflächenmaterial einer Straße stark aufeinander. Die Ansprüche von Bewohnern und Gewerbetreibenden an Aufenthaltsqualität, Nutzbarkeit und Gestaltung sind hoch, so dass ein permanenter Aushandlungsprozess nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Aber trotz aller Konflikte: Der öffentliche Raum „funktioniert“ offensichtlich. Straßen und Plätze werden als wesentliche Bausteine der Quartiere begriffen und nicht bloß als Abstandsflächen zwischen den Gebäuden. Dichte und Nutzungsmischung bieten viele Anregungen, sich von den geplanten Wegen ablenken zu lassen; hier ein kurzes Gespräch, dort ein Kaffee, um ein paar Minuten zuzusehen. Wer will, kann seine gezielten Besorgungen en passant mit zweckfreiem Tun verbinden. So entstehen unspektakuläre Qualitäten, die in ihrer Summe eine Urbanität des Alltags ausmachen – als individuelle Option, nicht als verbindlicher Kodex.

Prägend bleibt dabei ein latentes Spannungsverhältnis, das wohl auch den Charme dieses städtischen Alltags ausmacht: bei aller Urbanität sind die Spuren privater Nutzungen und Aneignung

**Mittagessen vor der Zimmerei Holzwerk**



**Kinder auf dem Lorettoplatz**

nungen unübersehbar. Einerseits ist „Wohnen“ die dominierende Nutzung. Durch Baugemeinschaften, Bürgerbe-



**Die Straße als Aufenthaltsraum**

teilung und Patenschaftsregelung sind Identifikation und Bereitschaft, sich um die „eigene Straße“ zu kümmern, hoch. Andererseits ist der

öffentliche Raum wirklich „öffentlich“, wird ebenso stark durch die Ansprüche von Betrieben und Besuchern

geprägt. Wenn sich zwischen diesen beiden Polen auch dauerhaft ein stabiles Gleichgewicht entwickelt, ohne dass es zu Privatisierungstendenzen einerseits und reiner „Stadtbenutzung ohne Verantwortung“ andererseits kommt, wird das System öffentlicher Räume in der Südstadt lebendig und städtisch bleiben.

Und so kann der öffentliche Raum vielleicht auch langfristig den hohen Anspruch erfüllen, der an ihn gestellt wird: eine Plattform zu sein, auf der Alltag, Begegnung und Auseinandersetzung öffentlich stattfinden können.

*Rechte an allen Abbildungen: Stadtplanungsamt Tübingen*

**Adina Tipei**, geb. 1977, Geographin, arbeitet derzeit an ihrer Dissertation über Stadtentwicklung im ungarisch-rumänischen Grenzgebiet und hat von April bis Juli 2003 ein Praktikum in der Südstadt-Entwicklung absolviert.

**Cord Soehlke**, geb. 1969, Architekt, arbeitet seit 1997 für die Südstadt-Entwicklung und leitet das Projekt seit 2001. Lebt selbst im Französischen Viertel.

# Öffentlicher Raum in der Habitat Siedlung

## Hannover Kronsberg

■ Am Kronsberg in Hannover ist im Zuge der Errichtung eines neuen Wohngebietes mit 3000 Wohneinheiten im Vorfeld der Weltausstellung EXPO 2000 das Habitat Wohnquartier mit 93 Wohnungen entstanden. Es wurde vom Gundlach Wohnungsunternehmen bewusst als eine internationale Siedlung für die Weltausstellung entwickelt. Das Projekt erhielt im Jahre 2000 den niedersächsischen Staatspreis für Architektur und den Spielraumpreis des KSB. Bestandteil des Entwurfes ist ein öffentlicher Raum an Rande des Quartiers, der das Angebot des öffentlichen Raumes in Regie der Stadt Hannover ergänzt. Die mit der Gestaltung des Wohnumfeldes beauftragte Landschaftsarchitektin Johanna Spalink-Sievers und der damalige Geschäftsführer Peter Hansen wurden 4 Jahre nach Fertigstellung und Einzug der Mieterinnen und Mieter zu ihrem Konzept und der Beurteilung der nachfolgenden Entwicklung interviewt.

**Peter Hansen:**

„Mit einer Telefonbefragung von ca. 800 Migrantenhaushalten durch das IES Hannover haben wir auf der Grundidee der agenda 21 und der Habitat Konferenz in Istanbul basierend den Bau eines internationalen Wohngebietes gestartet. Im nachfolgenden städtebaulichen Wettbewerb wurden die Vorgaben für eine Platzgestaltung im Quartier mit angrenzenden Nutzungswünschen wie Kiosk, Pizzeria und Gemeinschaftshaus, sowie die



Fahnen signalisieren Offenheit

(Foto: Klaus Habermann-Nieße)

Anforderung an ein vielfältig bespielbares Wohnumfeld entwickelt. Die vom Preisträger Architekturbüro Schmitz Aachen präsentierte Platzgestaltung am Rande des Wohnquartiers verfolgt das Ziel, eine einladende Geste des Projektes zu vermitteln. Wir sind der Meinung gewesen, dass der Platz und 6 weitere Zugänge das Quartier für die Außenwelt attraktiv machen. Internationales Wohnen lebt nach außen und wir haben das seinerzeit auch als Korrektur auf das am Kronsberg von den meisten Investoren verfolgte städtebauliche Grundmuster der Blockrandbebauung verstanden und mit zwei ruhigen aber nach außen abgeschlossenen Blockinnenhöfen ergänzt.“

kommen soll. Der am Rand entstandene Platz hat in seiner von den Architekten vorgeschlagenen Dimensionierung eine Qualität geschaffen, die der Nutzungsdichte angemessen ist. Er war als Treffpunkt nach innen und Schnittstelle zwischen drinnen und draußen konzipiert und hat dieses Ziel erreicht.“



**Johanna Spalink-Sievers:**

„Wir haben von Anfang an das Ziel verfolgt, die Ablesbarkeit von Nutzungsangeboten mit Gestaltungselementen und entsprechender Zonierung des Wohnumfeldes deutlich herauszuarbeiten. Über allen Gestaltungsdetails lag die Grundvorstellung, dass das Spielen von Kindern im gesamten Wohnquartier Raum be-

**Peter Hansen:**

„Wir wollten mit den am Straßenrand des Platzes aufgestellten Fahnen schon von weitem sichtbar machen, dass wir die Öffentlichkeit ins Quartier einladen. Auch die wenigen Treppenstufen zum Stadtplatz sollen zum Hereinkommen auffordern. Die abweisende Getto-Anmutung der Blockrandbebauung wird so aufgelöst.“

**Johanna Spalink-Sievers:**

„Die Platzgestaltung unterscheidet unterschiedliche Nutzungsangebote von der innenliegenden Platzfläche mit wassergebundener Decke, die auch in ihrer Dimension als Boule-Platz angelegt wurde. Die Sandsteinquader, die diesen Bereich begrenzen animieren zum Sitzen und Spielen.“



**Peter Hansen:**

„Ich hätte lieber auch ein paar Holzplanken auf den Steinen gehabt, um das Sitzen bei kaltem Wetter zu erleichtern.“

**Johanna Spalink-Sievers:**

„Aber dann könnten die Kinder nicht mehr auf den Steinen so gut herumspielen. ... Angrenzend an die innere Platzfläche sind die Nutzungen von Gemeinschaftshaus, Kiosk und Gaststätte angegliedert und tragen zur Attraktivität des Platzes bei. Von der Außenbestuhlung aus kann das Geschehen in der Mitte gut betrachtet werden.“



**Peter Hansen:**

„Durch die Aktivitäten des Habitat-Nachbarschaftsvereins wird die intensive Nutzung des Platzes unterstützt. Er organisiert einen Flohmarkt, das Frühlingsfest, das moslemische Opferfest, Boule Turniere und andere Gemeinschaftsaktionen. Das Wohnungsunternehmen und das Landschaftsplanungsbüro regen Pflanzaktionen an und beraten die Mieter und Gartenbesitzer. Voraussetzung für Attraktivität ist aber

auch ein dauerhaft guter Pflege- und Erhaltungszustand. Hier sind das Wohnungsunternehmen aber auch die aktiven Mieterinnen und Mieter gefragt. Die Gestaltung und die Aufenthaltsqualität bewirkt, dass die Bewohner von selbst darauf achten, dass der Platz nicht missbraucht wird.“

**Johanna Spalink-Sievers:**

„Durch die Unterscheidung zwischen privaten und halböffentlichen Bereichen und der Ausgestaltung von kleinen Treffpunkten – wie zum Beispiel Sitzgruppen vor dem gemeinsamen Waschsalon und überdachte Sitzbänke – ist Vielfalt und Aneignung entstanden. Der öffentliche Raum hört nicht an der Grundstücksgrenze auf. An der Art der Gestaltung und Zuordnung sind die Nutzungschancen für alle ablesbar. Das fängt an der Haustür z.B. mit zugeordneten Bänken an und hört an



der Treppe zum Quartiersplatz auf. Natürlich wird auf dem Platz gescatet und auch Fußball gespielt. Das stört andere aber nur, wenn es zu laut wird.“

**Peter Hansen:**

„Wir haben unsere Aktivitäten als Wohnungsunternehmen bei der Gestaltung und der Unterstützung der Aneignung des Wohnumfeldes nicht nur als ein soziales Element des internationalen Wohnquartiers – also als altruistisch – verstanden, sondern damit auch immer den Marketing Aspekt – die wirtschaftliche Attraktivität – verbunden. Mieter sollen sich so mit ihrem Wohnquartier identifizieren, dass sie ihr Quartiere schützen und pflegen. Instandhaltungskosten und Vandalismus-schäden sind gering. Das sichtbare Bemühen um gutes Wohnen vermindert die Verwaltungs- und Pflegekosten des Vermieters.“

**Johanna Spalink-Sievers:**

„Wenn Kinder und Jugendliche das Quartier bespielen, das Quartier zum Treffpunkt für Kinder aus dem ganzen



Stadtteil wird, weil alle ihre Freunde sie hier gerne besuchen und wenn Mädchen sich im Wohngebiet gerne alleine aufhalten, ist Wohnqualität für die ganze Familie zu erkennen.“

**Peter Hansen:**

„Wir haben mit dem Thema internationales Wohnquartier, dem Habitat – Nachbarschaftsverein, der sorgfältigen Gestaltung des Außenraumes sicherlich viele gute Angebote für alle Bewohner geschaffen. Aber es darf nicht darüber hinweg täuschen, dass ca. 1/3 der Bewohner aktiv das Quartiersleben mitgestalten, dass 1/3 von ihnen Angebote nutzen und 1/3 der Bewohner sich absolut um nichts kümmern. Unter den Gesichtspunkt der wohnungswirtschaftlichen Investition und der zukünftigen Quartiersentwicklung ist diese Mischungsverhältnis schon sehr positiv – mehr kann man gar nicht erhoffen. Der öffentlich wahrgenommene Raum macht nicht an Grundstücksgrenzen Halt. Überall gibt es Schnittstellen zu den von Wohnungsunternehmen verantworteten Außenanlagen. Insbesondere bei großflächigen Siedlungen mit ihren öffentlichen Querungen und Randzonen haben sie ihre Gestaltungsaufgabe schon im eigenen Marketinginteresse sorgfältig zu erfüllen. Außenanlagen sind die Verpackung und die Visitenkarten der Wohnhäuser und damit Referenz an die Öffentlichkeit.“

Für das Interview  
Klaus Habermann-Nieße  
Hannover den 25.8.2003



## Quartierparks am Kronsberg Hannover



Neue Siedlung am Westhang des Kronsberg, privilegierte Lage zum Landschaftsraum  
(Quelle: LGN Landesvermessung und Geobasisdaten Niedersachsen 30659 Hannover, Luftbild 2001)

### Die neue Siedlung

Schon in den 70er Jahren gab es erste Überlegungen für eine besondere Bebauung am Kronsberg, der größten noch zur Verfügung stehenden Siedlungserweiterungsfläche der Stadt. Konkrete städtebauliche Planungen begannen aber erst 1990, als Hannover den Zuschlag für die Weltausstellung EXPO 2000 bekam. Grundlage war ein Gutachten, das einen Wohnungsneubau-Bedarf von 20 000 Wohneinheiten bis zum Jahre 2000 prognostizierte sowie der erwartete zusätzliche Bedarf durch die Weltausstellung.

Auf Basis eines Internationalen städtebaulichen Wettbewerbs, weiterer städtebaulicher und landschaftsplanerischer Teilwettbewerbe und durch eine kooperative Projektent-

wicklung unter Beteiligung der Investoren, Hochbau-Architekten, Landschaftsarchitekten, Ingenieurbüros und Baufirmen entstand zwischen 1997 und 2000 das neue Wohngebiet, das in jeder Beziehung beispielhaft sein sollte. Zukunftsweisende städtebauliche, ökologische, soziale und bautechnische Erkenntnisse, die bis dahin lediglich in kleinerem Umfang und experimentell umgesetzt werden konnten, wurden in der neuen Siedlung mit bisher 3000 (von zukünftig bis zu 6000) Wohnungen in großem Maßstab realisiert. Zu den Zielbausteinen gehörte Flächensparendes Bauen, die Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten, eine intensive Grüngestaltung, ein umweltgerechtes Verkehrskonzept, zeitgleiche Herstellung der Infrastruktur mit der Wohnbebauung und eine ausgewogene Bewohner-

struktur. Wichtige Projektinhalte waren unter anderem die energetische Optimierung, ein Wasser- und Abfallkonzept, ein optimiertes Bodenmanagement und die Umweltkommunikation. Da die Stadt größtenteils Eigentümerin der Grundstücke war, konnte sie zum einen ihren Einfluss von der Gesamtplanung bis zur Umsetzung wahrnehmen, zum anderen aus den Grundstückserlösen auch tatsächlich die öffentliche Infrastruktur, unter anderem alle Parks und Spielplätze zeitgleich herstellen.

### Der Landschaftsraum

Allen Bauplanungen voran ging die Erstellung eines Landschaftsplanes für den gesamten Kronsberg, der die vorrangige Entwicklung des ackerbaulich dominierten Landschaftsraumes zu einem hochwertigen Erlebnisraum für die Naherholung vorsah und bauliche Erweiterungen der Stadt klar auf den Westhang begrenzte. Dieser Landschaftsplan wurde vom Rat der Stadt bereits 1987 beschlossen, als von einer Weltausstellung noch keine Rede war, und hat wesentlichen Einfluss auf die Ausprägung des Baugebietes gehabt. Aus heutiger Sicht ist die Erarbeitung des städtebaulichen Konzeptes in direktem Zusammenhang mit der Landschaftsplanung maßgeblich Grundlage für die hohe Qualität des Wohnens in der neuen Siedlung Kronsberg.

Jahre bevor die Bauaktivitäten begannen, wurde der Kamm des Kronsberges naturnah aufgeforstet und der Rand der zukünftigen Siedlung zum Landschaftsraum mit einer 3,5 km langen Allee aus Kirschen und Linden begrenzt. Der Landschaftsraum wurde in den letzten Jahren durch Rad- und Wanderwege erschlossen und durch Bäume und Hecken gegliedert. Aus dem Bodenaushub der Baustellen wurden zwei Aussichtshügel gebaut, die einen grandiosen Weitblick ermöglichen, ihnen zu Füßen, der Randallee vorgelagert, befinden sich weite Wiesenflächen, die so genannte Allmende, die allen Einwohnern zur Verfügung stehen.

## Freiräume im Baugebiet

Die städtebauliche Struktur der neuen Siedlung ist durch die Lage am Westhang des Kronsberges, die randlich geführte Stadtbahn und ein rasterförmiges Erschließungssystem mit zwei- bis viergeschossiger kompakter Bebauung geprägt. 90 % der Wohnungen sind Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau, am oberen Hang befinden sich Einfamilienreihenhäuser.

Die öffentlichen Freiräume wurden unter dem Projekt „Stadt als Garten“, einem der weltweiten von der EXPO registrierten und geförderten Projekte, realisiert. Das Baugebiet wird langfristig von mehreren Streifenparks durchzogen sein (bisher in Teilen realisiert), die die Stadt mit dem Landschaftsraum verbinden, sämtliche Straßen sind als Alleen gestaltet. Zentral im Raster der Bebauung liegen die beiden Quartierparks, die als grüne Herzstücke der Siedlung öffentlicher Treffpunkt für jung und alt sein sollen. Mehrere Spiel- und Bolzplätze komplettieren die öffentliche grüne Infrastruktur.

Für den insgesamt grünen Charakter der Siedlung sind darüber hinaus vor allem die halböffentlichen Freiräume im Inneren der überwiegend 4-geschossigen Baublöcke sowie die Vorgärten von großer Bedeutung. Zur Gebäudeplanung gehörte jeweils ein qualifizierter Freiflächenplan, an den hohe gestalterische und ökologische Anforderungen gestellt wurden. Dieser hohe Anspruch wurde in fast allen Fällen erfüllt und erweist sich heute



**Quartierpark Mitte, abgesenkte terrassierte Lichtung in umgebendem Baumhain** (Quelle s.u.)

als eine große Stärke der neuen Siedlung.

## Die Quartierparks

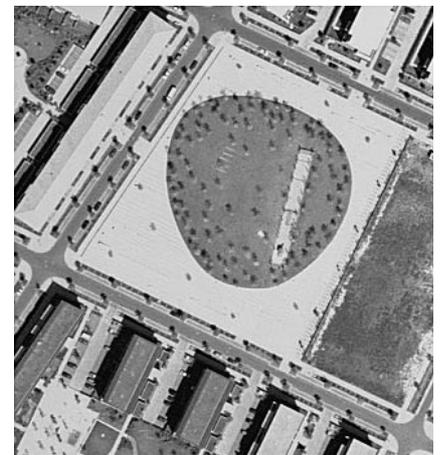
Die Gestaltung der Quartierparks Nord und Mitte beruht auf dem 1. Preis der hannoverschen Landschaftsarchitekten Irene LOHAUS und Peter CARL aus einem 1996 durchgeführten Realisierungswettbewerb.

Beide Parks verbindet das Spiel mit Gegensätzen, mit Licht und Schatten, Offenheit oder Geschlossenheit, Überhöhung und Vertiefung. Während der nördliche Park eine zu allen Straßen offene Platzfläche darstellt, die mittig von einer um 1,50 m erhöhten Kiefernbestandenen Wiesenlinse besetzt ist, erinnert der Park Mitte mit seiner durch Zaun und Hecke nach außen

geschlossen Gestalt an englische Quartiergarten-Vorbilder. Durch einen umgebenden Baumhain gelangt man in die abgesenkte Mitte, die sich wie eine große Lichtung nach innen öffnet. Im Park Nord laden Bänke unter einer langen mit Glyzinien bewachsenen Stahlrahmen-Pergola zum Aufenthalt ein, im Park Mitte wurde eine freie Bestuhlung –ähnlich wie im Hamburger Stadtpark – gewählt. Spielangebote befinden sich als Spielband in der Wiesenlinse bzw. in der Lichtung angeordnet.

Die Parks sollten Treffpunkt sein für Jung und Alt, Identifikationsorte für das jeweilige Teilquartier, die Nachbarschaftsbildung unterstützen. Gedacht war an Stadtteilstädte und ähnliche kommunikative Nutzungen. Diese Erwartungen haben sich bis heute nicht erfüllt, die Parks werden nur wenig angenommen. Worin liegen die Gründe?

Meines Erachtens lassen sich darauf



**Quartierpark Nord, gewölbte Erdlinse mit Kiefern in offener Platzfläche** (Quelle s.u.)

zwei unterschiedliche Antworten geben: Die Parks waren und sind zwar in ihrem aufeinander bezogenen Gestaltungskonzept überzeugend, weniger jedoch in Bezug auf ihre nutzbaren Inhalte. Obwohl beide Parks im B-Plan als Kinderspielplätze festgesetzt wurden, um bei der Verteilung von Spielangeboten flexibel das ganze Grundstück einbeziehen zu können – nicht, um einen riesigen Nur-Spielplatz zu bauen – sind die tatsächlichen Spielangebote eher gering und bieten wenig Attraktion. Der Park Mitte wird etwas besser angenommen, was einerseits auf die Einbettung der Kindertagesstätte zurückzuführen ist, die selber einen Teil des Parkgeländes beansprucht, andererseits wohl auf den



**Quartierpark Mitte, Rampe in die mit Cortenstahlbändern terrassierte „Lichtung“** (Foto: Stefan Knuffmann, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün 2002)

insgesamt gärtnerischeren Ansatz mit deutlich mehr Grün als im Park Nord. Die Platzfläche im Nordpark besteht aus langen Plattenbändern mit breiten begrünenden Fugen, die mit Initialbepflanzung bzw. Ansaat versehen wurden, von den Einwohnern in manchen Monaten aber eher als ungepflegt wahrgenommen werden.

### **Bewertung und Ausblick**

Würden beide Parks in einem anderen Quartier liegen, wären sie mit Sicherheit trotz einiger Mängel beliebte Treffpunkte und Spielorte. Dass sie am Kronsberg nicht wie gewünscht „funktionieren“, hat einen eigentlich positiven Grund, der in dem eingangs beschriebenen gesamten Freiraumsystem zu finden ist. Die öffentlichen grünen Mitten stehen in Konkurrenz zu den durchgehend qualitativ gestalteten halböffentlichen Freiräumen. Durch die in jedem Block integrierten Gemeinschaftseinrichtungen kristallisieren sich dort und in den gebäudebezogenen Freiräumen die gewünschten positiven Nachbarschaftsbeziehungen. Für raumgreifende Betätigungen im Freien bietet der nahe Landschaftsraum mit Allmende, Hügeln, Kammwald und Freizeitwegen alles, was das Herz begehrt. Sogar von entfernten Stadtteilen kommen Erholungssuchende zum Kronsberg, im Winter zum Rodeln, im Herbst zum Drachensteigen, im Sommer zum Picknicken und Radfahren.

In dieser ungewöhnlich gut ausgestatteten Umgebung müssen die öffentlichen Parks die ihnen zugedachten Funktionen also nur begrenzt übernehmen. Die neue Siedlung Kronsberg unterscheidet sich so von verdichteten Quartieren in anderen Stadtteilen, dass die hier gemachten Erfahrungen nicht direkt übertragbar sind. Die im Rahmen des Stadtplatzprogramms umgebauten und neu gestalteten grünen Stadtplätze in alten Wohnquartieren Hannovers wie der Fiedelerplatz in Döhren, der Bonifatiusplatz in der List oder der Schöne-

mannplatz in Ricklingen werden so stark von verschiedenen Altersgruppen genutzt, dass schon nach kurzer Zeit erste Übernutzungsspuren zu sehen sind. Hier zeigt sich, welche hohe Bedeutung dem öffentlichen grünen Freiraum im Leben einer Stadt zukommt. Das städtebaulich-landschaftsplanerische Konzept für den Kronsberg hat das berücksichtigt und behält auch weiter seine Berechtigung. Die seit 3 Jahren auf hohem Niveau gepflegten Anlagen in den Baublöcken sind in privater Hand, weshalb nicht garantiert werden kann, dass das Angebot dauerhaft in dieser Ausprägung gehalten wird. Die Quartierparks können auf noch nicht absehbare Entwicklungen flexibel reagieren und einmal eine höhere Bedeutung bekommen, als heute. Auch müssen sie in ihrer räumlichen Gestalt erst noch „erwachsen“ werden was sich vor allem auf die noch jungen Bäume bezieht.

Durch ihre besondere und unverwechselbare Gestaltung dienen sie auf jeden Fall auch jetzt schon als Markzeichen im Quartier, die Inbesitznahme durch die Einwohner wird sich im Laufe der Jahre entwickeln.

Die Fortsetzung der Bebauung in der 2. Hälfte des vorgesehenen Baugebietes, für das es B-Pläne mit gleicher Siedlungsstruktur gibt, wird den aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssen. Angesichts der heutigen Situation von Städten, die fast alle gegen schrumpfende Einwohnerzahlen ankämpfen, kann man kaum glauben, dass die Prognose, Hannover brauche bis 2000 zusätzliche 20 000 Wohneinheiten erst gut 10 Jahre alt ist. Schon



**Quartierpark Nord, Cortenstahlpergola mit Wisteria als östlicher Parkabschluss**  
(Foto: Stefan Knuffmann, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün 2002)

Mitte der 90er Jahre zeichnete sich ab, dass der Bedarf an Geschosswohnungsbau deutlich überschätzt wurde. Das einzige Segment, das sich zurzeit vermarkten lässt, ist der Einfamilienhausbau. So wird sich die weitere Entwicklung am Kronsberg wohl auch in diese Richtung bewegen müssen. Dass dann auch die geplanten Freiraumstrukturen an den veränderten Bedarf angepasst werden müssen, versteht sich von selber. Ob dann in diesem Abschnitt weitere Quartierparks vorgesehen werden, ist noch nicht entschieden.

**Karin van Schwartzberg** Dipl.Ing.,  
geb. 1961, Landschaftsarchitektin BDLA  
Bereichsleiterin Planung und Bau im  
Fachbereich Umwelt und Stadtgrün der  
LH Hannover, Mitglied der DGGL und  
der DASL

# Öffentliche Räume durch autoreduziertes Verkehrskonzept

## Freiburg-Vauban

*Als das Forum Vauban im Zuge der erweiterten Bürgerbeteiligung für den neuen Freiburger Stadtteil die ersten Visionen formulierte, war das Terrain noch eine Militärbrache<sup>1</sup>. Heute tummeln sich zwischen den bunten Häuserzeilen Kinder, treffen sich Nachbarn und es wird auch schon mal auf der Straße gefeiert und getanzt. Das Erscheinungsbild der Wohnstraßen folgt dem programmatischen Ansatz des auto- und stellplatzfreien Wohnens. Die öffentlichen Grünspangen wurden im Gegensatz dazu unter enger Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner<sup>2</sup> gestaltet.*

Im Rahmen des 1995 gestarteten Bürgerbeteiligungsprozesses hat sich der Wunsch nach einem Verkehrskonzept herauskristallisiert, welches das Wohnen ohne eigenes Auto fördert und die Fahrzeuge der ein Auto besitzenden Haushalte in am Rande gelegene Quartiersgaragen verbannt. Die Parkraumkosten haben allein die Pkw-Besitzer zu tragen. Das Konzept ist seit Herbst 2000 im Praxistest und es wurden umfangreiche Erfahrungen gesammelt<sup>3</sup>. Dieser Beitrag geht speziell auf die Planung und Nutzung der öffentlichen Räume im autoarmen Quartier Freiburg-Vauban ein<sup>4</sup>. Hierzu gehören neben den Wohnstraßen und öffentlichen Grünflächen auch zwei Quar-

tersplätze und das so genannte „Autofrei-Grundstück“. In den meisten Fällen wurden Planungsworkshops mit Anwohnern und interessierten Quartiersbewohnern durchgeführt.

### Wohnstraßen

Die Wohnstraßenworkshops fanden 1998/99 statt. Nachdem die juristische Verankerung des Wohnens ohne eigenes Auto gelungen war, hat sich die Bürgerbeteiligung relativ spät mit der konkreten Gestaltung der Straßenräume befasst. Entsprechend gering waren die Einflüsse. Durch Workshops und Anhörungen konnten nur zusätzliche Aufpflasterungen, Bänke und Baumpflanzungen an einigen Stellen erreicht werden<sup>5</sup>. Sehr wichtig waren jedoch die Diskussionen innerhalb der Anwohnerschaft zum Verkehrskonzept: Befürchteten die einen, dass ihnen das Recht genommen werden soll, mit dem Auto ins Quartier zu fahren, so bangten die anderen um die gewünschte Lebensqualität, die sie veranlasst hat, nach Vauban zu ziehen. Die Veranstaltungen dienten dazu, die unterschiedlichen Standpunkte besser kennen zu lernen und einen gemeinsamen Umgang zu entwickeln.

Der heutige Flair der Wohnstraßen ist vor allem Ergebnis des Parkraum- und Autofrei-Konzepts. Der von stehendem und fließendem Verkehr freie Straßenraum lässt die abwechslungsreiche Architektur und Gartengestaltung zur Wirkung kommen, die Baugemeinschaften<sup>6</sup> und Einzelbauleute geschaf-

fenen haben. Die an die Wohnstraßen angrenzenden halböffentlichen Räume sind als großzügige Eingangsbereiche, Blumenbeete und Fahrradstellplätze sowie in Form von kleine (Sitz-)Plätzen, Kinderspielzonen, Veranden und Laubengängen ausgeprägt. Die Gestaltung und Möblierung der öffentlichen Straßenflächen selbst nimmt sich demgegenüber sehr bescheiden aus.

### Öffentliche Grünspangen

Mehr Erfolg war der Bewohnerbeteiligung bei der Planung und Gestaltung der öffentlichen Grünflächen beschieden. Die Beteiligung startete ohne planerische Vorgaben und wurde von verschiedenen Planungsbüros moderiert. Die Büros übernahmen anschließend auch die Umsetzungsplanung sowie die Koordination der Baumaßnahmen. Prototyp und „Trendsetter“ war die Grünspange im ersten Bauabschnitt, die im Sommer 2000 eingeweiht wurde. Zur Beteiligung wurden alle betroffenen Haushalte per Brief sowie über das Stadtteilmagazin Vauban actual eingeladen, das auch über den Fortgang der Planungen berichtete. Nach der Auftaktveranstaltung im März 1999 fanden fünf Arbeitsgruppentreffen, ein zweitägiger Workshop (hierbei wurden u.a. 150 Kubikmeter Rindenmulch auf der Fläche aufgeschüttet und Teile der zukünftigen Grünspange mit Hilfe eines Radladers maßstabsgetreu modelliert), je einen Workshop mit Kindern und Jugendlichen sowie mehrere Arbeitseinsätze (Weiden flechten, Bau der „Recyclingmauer“ u.a.) statt. Zum Teil war es schwierig, konsensfähige Lösungen zu finden. Nebenstehende Abbildung zeigt das Ergebnis der Planungen, das von allen auf der Abschlussveranstaltung anwesenden Anwohnern für gut befunden wurde. Nach einem ähnlichen Beteiligungskonzept folgten ein Jahr später zwei weitere Grünspangen und für die Spangen 4 und 5 ist die Beteiligung derzeit im Gange. Das Konzept „Für (fast) jeden etwas“ wurde allerdings revidiert zugunsten von Themenschwerpunkten<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Der neue Stadtteil Vauban wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme realisiert, die 1993 beschlossen wurde und Ende 2006 abgeschlossen sein wird. Auf dem 42 Hektar großen ehemaligen Kasernenareal werden ca. 2500 Wohneinheiten in Wohn- und Mischgebieten geschaffen. Im Norden ist eine kleine Gewerbefläche Teil des Projektes. Das Forum Vauban hat unter anderem die Bürgerbeteiligung organisiert, vgl. [www.forum-vauban.de](http://www.forum-vauban.de).

<sup>2</sup> Im folgenden wird zur Verbesserung der Lesbarkeit die männliche Form verwendet. [WgO]1

<sup>3</sup> Zum Verkehrskonzept wurde umfangreich publiziert. Gerade erschienen ist der Abschlussbericht des 2000–2003 von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projektes „Umsetzungsbegleitung des Verkehrskonzeptes Vauban“. Er ist in Auszügen veröffentlicht unter [www.forum-vauban.de/verkehrskonzept](http://www.forum-vauban.de/verkehrskonzept). Der komplette Bericht mit Anlagen ist beim Forum Vauban auf CD erhältlich (Preis: 15,- Euro). Das Konzept „Wohnen ohne eigenes Auto“ ist als PDF-Datei über [www.forum-vauban.de/angebote](http://www.forum-vauban.de/angebote) zu beziehen.

<sup>4</sup> Von einem autoarmen Quartier kann man in der Tat sprechen: Eine Untersuchung aus dem Jahr 2002 ermittelte zum Beispiel für Vauban eine Quote von 150 Pkws pro 1000 Einwohner. Der

Freiburger Durchschnitt liegt mit rund 427 knapp drei mal so hoch (Untersuchung von Claudia Nobis, Institut für Verkehrsforschung, Berlin 2002, veröffentlicht u.a. auf der CD „Verkehrskonzept Vauban“)

<sup>5</sup> Das Stadtteilmagazin „Vauban actual“ berichtete ausführlich über die Wohnstraßengestaltung. Eine Zusammenstellung der hierzu erschienenen Artikel kann als PDF von der Website [www.forum-vauban.de/angebote](http://www.forum-vauban.de/angebote) heruntergeladen werden.

<sup>6</sup> Eine Baugemeinschaft – oft auch Baugruppe genannt – entsteht, wenn sich mehrere Haushalte zusammenschließen, um gemeinsam ein Grundstück zu erwerben und darauf Häuser oder Wohnungen zu errichten – siehe auch [www.forum-vauban.de/baugruppen.shtml](http://www.forum-vauban.de/baugruppen.shtml).

## **Quartiersplätze und das Autofrei-Grundstück**

Im Zuge der erweiterten Bürgerbeteiligung wurde zwischen 1995/96 heftig darüber diskutiert, ob und wo ein zentraler Quartiersplatz vorgesehen werden soll. Schließlich wurden zwei Plätze realisiert. Der von der Stadt Freiburg favorisierte Paula-Modersohn-Platz am Quartierseingang befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Quartiersgarage mit Supermarkt, des so genannten Kontorhauses (8-stöckiges Büro- und Wohngebäude) sowie der Schule. Die Gestaltung erfolgte ohne Partizipation. Eine besondere Qualität des Platzes ist seine für Vauban untypische Anonymität. Der vom Forum und Anwohnern favorisierte Alfred-Döblin-Platz befindet sich in zentraler Lage vor dem ehemaligen Offizierskasino, das derzeit zum Stadtteilzentrum umgebaut wird<sup>8</sup>. Er ist bis heute nur provisorisch hergerichtet. Nach wie vor gibt es Streit zwischen Bewohnerinitiativen und der Stadtverwaltung, die weiterhin eine teilweise Bebauung der Fläche befürwortet<sup>9</sup>. Gleichwohl fanden auf dem Alfred-Döblin-Platz bislang fünf Stadtteilstellen, unzählige Wochenmärkte, Bolz- und Spielaktionen, Flohmärkte, Open-Air-Kinoveranstaltungen und ähnliches statt. Der wöchentliche Bauernmarkt wird von einer Quartiersinitiative organisiert, ähnliches gilt für die anderen Aktionen. Die nicht von der Bebauung bedrohte Platzhälfte soll demnächst in den Endzustand versetzt werden. Die Stadtverwaltung wird um eine umfassende Bürgerbeteiligung

<sup>7</sup> Auch zur Grünspangenplanung ist eine Zusammenstellung von Berichten des Stadtteilmagazins zu beziehen über [www.forum-vauban.de/angebote](http://www.forum-vauban.de/angebote).

<sup>8</sup> Siehe [www.haus037.de](http://www.haus037.de)

<sup>9</sup> Siehe [www.vauban.de/aks/marktplatz.html](http://www.vauban.de/aks/marktplatz.html)

nicht umhinkommen. Einige Gestaltungsvorschläge liegen bereits auf dem Tisch, so der des AK Kunst, der auf dem Platz einen Brunnen errichten möchte.

Noch einmal anders verhält es sich mit dem Grundstück des Vereins für autofreies Wohnen. Im Westen des Stadtquartiers gelegen, dient es gemäß Landesbauordnung als Vorhaltefläche, auf der für autofrei gemeldete Haushalte bei nachträglicher Anschaffung eines Pkws Stellplätze zu errichten wären. Zur Zeit ist das Gelände eine Brachfläche, mit einem Parkplatzbau wird nicht gerechnet. Die Mitgliederversammlung des Autofrei-Vereins hat entschieden, dass das Gelände allen Quartiersbewohnern offen stehen soll. Mehrere Workshops fanden statt, derzeit wird die Errichtung eines Weidenpalastes favorisiert.

### **Erfahrungen**

Die Befürchtung, dass die Wohnstraßen aufgrund ihrer konventionellen Gestaltung doch von Kraftfahrzeugen zugesperrt würden, hat sich zum größten Teil nicht erfüllt. Es wird allerdings erst mit der Widmung der jeweiligen Wohnstraße sowie der Fertigstellung des dazugehörigen Parkhauses deutlich, ob die Anwohner das Verkehrskonzept umsetzen. Die Zeit bis dahin (die sich durchaus über 2 Jahre erstrecken kann) ist geprägt durch Probleme und Konflikte, die mit der Bausituation zusammen hängen. In dieser Übergangsphase werden die Straßen gleichermaßen durch Baufahrzeuge sowie Pkws von Handwerkern und Anwohnern zugesperrt. Mit der Widmung werden diese Probleme jedoch weitgehend behoben. Üblicherweise geht positive Überzeugungsarbeit

Hand in Hand mit moderatem Druck: Viele Anwohner unterstützen das Konzept vorbehaltlos, andere erkennen die Vorteile und nehmen Unannehmlichkeiten billigend in Kauf und manche benötigen den einen oder anderen Strafzettel. Besondere Probleme bereiten allerdings denjenigen Wohnstraßen, welche als Privatstraßen ausgeführt sind und wo es entsprechend komplizierte Eigentumsbeziehungen gibt. Hier können Nachbarn bislang nur Überzeugungsarbeit leisten. Es wurde noch kein Weg gefunden, notorische Falschparker durch den Gemeindevollzugsdienst zu belangen.

In den Grünspangen dominieren naturgemäß andere Nutzungskonflikte. Hier zeigt sich, dass auch eine umfassende Planungsbeteiligung der Nachbarschaft Probleme nicht ausschließen kann. Die Anlieger haben ihren Wohn- und Schlafbereich sowie die Gärten in der Regel zu diesen Freiflächen hin orientiert. Dem entsprechend gab es bereits bei der Eröffnung der ersten Grünspange Proteste. Einige Anwohner fühlten sich nicht ausreichend mit ihren Bedenken berücksichtigt oder waren verärgert, dass Kinderspielgeräte ausgerechnet vor ihrer Terrasse aufgestellt wurden. Auch die Nutzung der Geräte durch Jugendliche in den Abendstunden führte zu Konflikten. Nicht zuletzt hieran wird deutlich, dass es in Vauban bislang zu wenig Angebote für die Altersgruppe von 14 aufwärts gibt. Die Grünspangen besitzen Aufenthaltsqualitäten für Erwachsene sowie für Kinder und Teenies, die sich noch weitgehend in der Nähe des Elternhauses aufhalten. Wer jedoch skaten und Musik hören will, ist hier weder gern gesehen noch findet sie/er die gesuchten Freiräume. Für diese Altersgruppe bleibt somit noch einiges zu tun.

## Quartiersplätze im Freiburger Rieselfeld

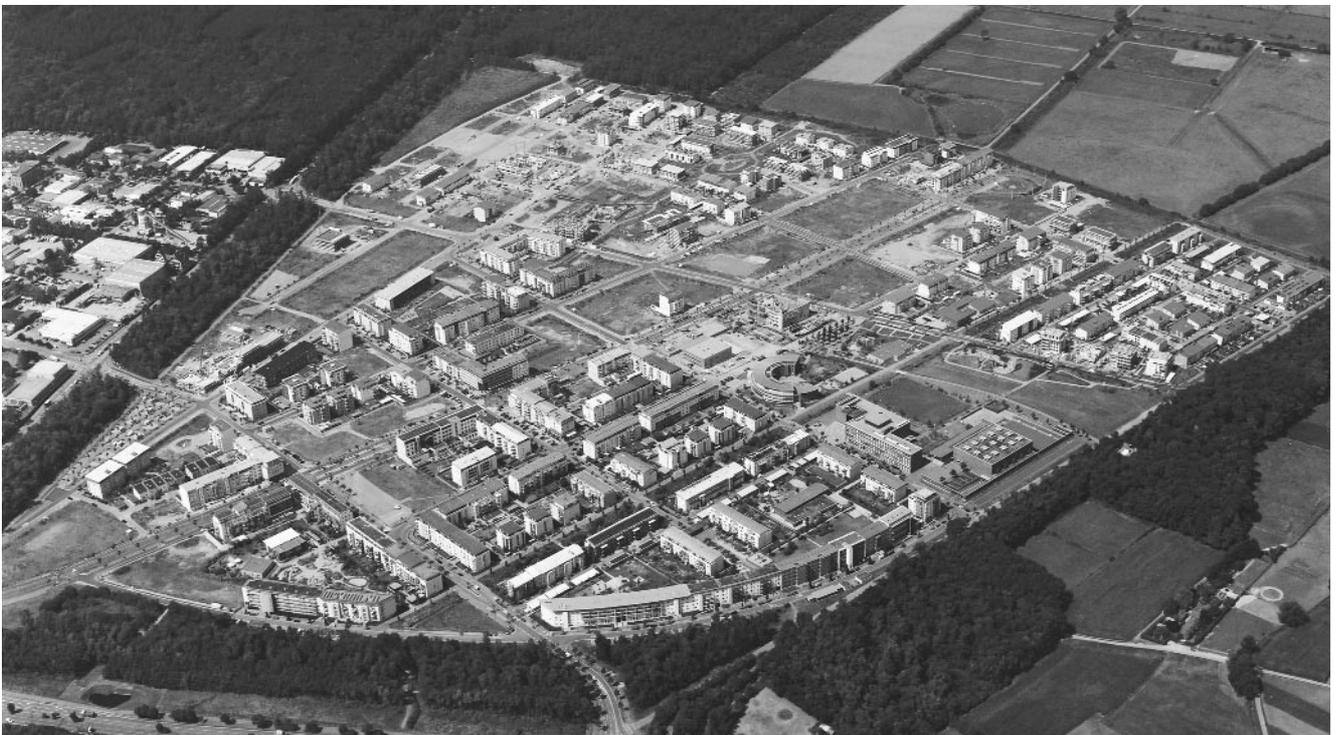
### Problemaufriss

Der neue Stadtteil Rieselfeld ist mit derzeit 5000 Einwohnern etwa zur Hälfte besiedelt. Von den im städtebaulichen Entwurf vorgesehenen drei Stadtteilplätzen einer gebaut, einer kurz vor der Realisierung (der zentral gelegene Maria-von-Rudloff-Platz), und der dritte, der Geschwister-Scholl-Platz, in heftiger Diskussion.

Schwerpunkt der aktuellen Entwicklung sind die kleineren öffentlichen Räume, die Wohnhöfe, aber auch öffentlich Grünflächen.

hofs. Insofern haben wir auf eine Gestaltung geachtet, die sich aus der jeweiligen Wohnhofsituation ableitet, die relativ neutral und dadurch vielfältig nutzbar ist. Materialien sind Asphalt kombiniert mit Granitpflaster, aber auch Betonpflaster mit Granitgroßpflaster und Bäume. Planungen dieser Art erfordern einen erheblichen Aufwand an Beteiligung. Gelegentlich ist es schwierig, Eltern davon zu überzeugen, dass die Fixierung auf das derzeit beliebteste Fortbewegungsmittel ihrer Jüngsten, den Buggy; zwar aktuell ist, aber nicht unbedingt geeig-

die Inbesitznahme durch die Anwohner und kann in Ruhe seine Vegetation entwickeln. Er wird nach Abschluss der Wohnungsbauten der Platz für den 2. und 3. Bauabschnitt sein. 2004 wird mit der Fertigstellung der Mediathek/Stadtteiltreff und der ökumenischen Kirche der zentrale Maria-von-Rudloff-Platz den BürgerInnen übergeben. Mit den Nutzungen der Kirchen, dem Stadtteilmarkt mit Imbissbude und der Mediathek/ Stadtteilzentrum/Cafe' wird er, an der zentralen Stadtbahnhaltestelle gelegen, auch als Ort für Stadteinfeste etc. der zentrale Platz



### Wohnhöfe im Rieselfeld

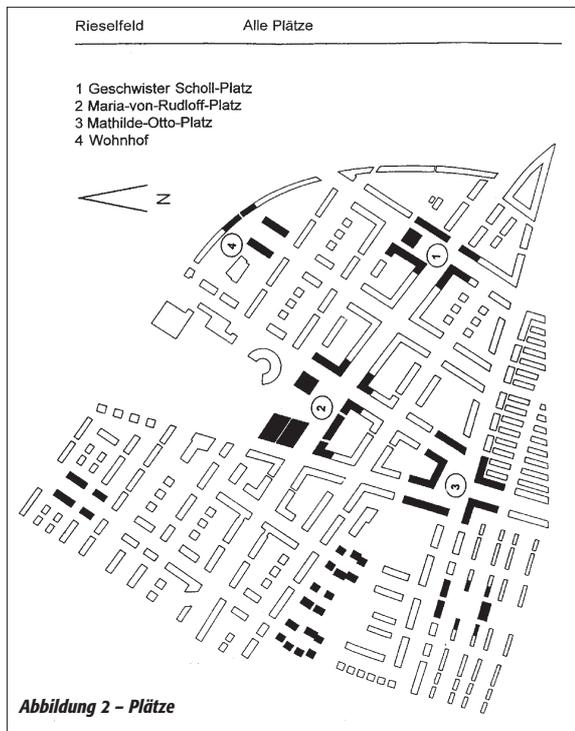
Im Rahmen von Planungsentwicklung entstanden im 3. und 4. Bauabschnitt aus durchgehende Straßen Sackgassen bzw. Wohnhöfe. An ihnen liegen zum überwiegenden Teil Grundstücke für Eigenheime, Doppel- oder Reihenhäuser aber auch für Stadthäuser. Sie werden fast ausschließlich von Familien mit kleinen Kindern bewohnt. Dadurch ist der vor ihren Häusern liegende öffentliche Raum ein großes Kinderzimmer von beträchtlichem Wert. Er ist Spiel-, Kommunikationsraum, aber auch Ort sozialer Kontrolle des Wohn-

net davon die dauerhafte Gestaltung der nächsten 20–30 Jahre abzuleiten.

### Stadtteilplätze

Drei große Stadtteilplätze (Abb. 2) sind das Grundgerüst der öffentlichen Plätze im Rieselfeld. 2002 wurde der erste Stadtteilplatz, der Mathilde-Otto-Platz fertig gestellt. An seinem Nordrand steht ein Altenpflegeheim. Die drei weiteren Platzseiten warten auf ihre Bebauung mit Wohnungsbau. Entsprechend dieser unvollendeten baulichen Situation wartet dieser Platz noch auf

werden. 2005 wird auch der dritte größere Stadtteilplatz, der Geschwister-Scholl-Platz fertig gestellt sein. Hier erleben wir derzeit eine heftige Auseinandersetzung um die relativ geringfügige Ausweitung von Stellplätzen für einen allseits gewünschten Bau eines Supermarktes. Der öffentliche Platz soll etwas kleiner werden. Mit diesen drei großen Plätzen wird das Rieselfeld ein differenziertes Angebot großer öffentlicher Plätze haben. Zusammen mit dem vielfältigen kleinen lokalen Angebot an Spielstraßen und Wohnhöfen steht schon fast eine „Überversorgung“ mit kleinen und



großen Plätzen zur Verfügung. In ca. 10–15 Jahren werden die vielen „öffentlichen Kinderzimmer“ keine oder nur noch wenige ältere Nutzer haben. Dann wird es ruhig werden und die öffentlichen Räume, inzwischen so eingewachsen wie geplant, eine neue Qualität bekommen. Vom öffentlichen Kinderzimmer zum Seniorenzimmer? (Abb. 3)



### Provisorien als „Stadtteilplatz“ oder „Baustellenspielplatz“

Seit Beginn der Bebauung wurden Provisorien öffentlicher Plätze, z. B. als Marktplatz mit Bäumen und Imbissbude etc. Platz angelegt. Sie erfreuten

sich in ihrem Baustellencharakter großer Beliebtheit. Es reichen offensichtlich sehr einfache Mittel um „öffentlichen Raum“ zu signalisieren. Kinderspielen war und ist an vielen Stellen vom Feinsten. Jede Baustelle und ihr Umfeld ist ein

großer Spielplatz. Material ist in Hülle und Fülle vorhanden. In den noch reichlich vorhandenen Baulücken haben Kinder noch für einige Zeit einen außerordentlich großen Spielraum für ihre Aktionen und Abenteuerlust. Dies bedeutet, dass im Zusammenspiel von gebauten und gestalteten Wohnhöfen, Spielstraßen, öffentlichen Grünräumen und den freien Baufeldern samt benachbarten Baustellen, „öffentlicher Raum“ im Überfluss vorhanden ist. Es hat aber auch zur Folge, dass manche endgültig hergestellten Plätze erst mit der allmählichen Fertigstellung des Quartiers langsam in Besitz genommen werden. Dies ist für uns kein ganz neues Phänomen, wird hier jedoch besonders deutlich. Wir beobachten schon seit vielen Jahren, dass öffentliche Räume/Plätze manchmal bis zu zehn Jahre brauchen um, dann meist sehr plötzlich, von den BürgerInnen angenommen zu werden.

Diskussionen über Stadtgestaltung und „öffentlicher Raum“ finden in der Regel über geplante und gebaute Projekte statt, die im städtebaulichen Bestand umgesetzt werden. Bei Ihnen spielte der langsame Wachstumsprozess, wie wir ihn in neuen Quartieren erleben, keine Rolle. Im Neubauquartier erleben wir bei der Gestaltung des „öffentlichen Raum“, wie ein neues soziales Gefüge entsteht und wie flexibel vor allem Kinder mit der noch nicht

abschließend geformten Umwelt umgehen. Sie gestalten sie höchst kreativ, aber auch durchaus vergänglich. Hierzu gehört auch die Zerstörung des Selbstgeschaffenen. Wir planen an der „ersten Schicht“ die eine Stadt bekommt und der noch manche andere Schichten künftiger Generationen folgen werden. (Abb. 4)

### Zusammenfassung

Die Gestaltung der öffentlichen Räume ist Anliegen vieler Bürger. Im Neubaugebiet wird insbesondere im Eigenheimbereich eine intensive Diskussion zu dessen Gestaltung geführt. Die großen öffentlichen Plätze werden je nach Nutzungs- und Gestaltungskonzept erst allmählich, mit der vollen Zahl der Einwohner, von den BürgerInnen in Besitz genommen werden. Die Diskussion über die Gestaltung der Wohnhöfe wird vom Familienstatus mit kleinen Kindern beherrscht und es ist zum Teil nicht einfach, von der Aufgabe einer langfristig funktionierenden und zufrieden stellenden Gestaltung zu überzeugen. Solange es provisorische Angebote für Kinder gibt, werden diese den offiziellen Angeboten insbesondere von etwas größeren Kindern vorgezogen werden.

Dipl. Ing. Reinhard Schelkes (54), Architekt und Stadtplaner, ist Abteilungsleiter der Abteilung Stadtarchitektur im Stadtplanungsamt Freiburg. Seine beruflichen Arbeitsschwerpunkte waren von 1980–1990 Stadtgestaltung in Freiburg Fußgängerzonen, Plätze, Wohnumfeld etc. Von 1991–1998 hat er verantwortlich den neuen Stadtteil Rieselfeld, Freiburg, inhaltlich und planerisch entwickelt. Er leitet seit 1998 die Abteilung Stadtarchitektur mit den Bereichen Stadtplanung, Stadtgestaltung und Denkmalpflege der Innenstadt und dem Bereich Stadtgestaltung Gesamtstadt.

## Kongress

### „Neues Wohnen im Alter“

#### Was geht – und wie es geht. Beispiele, Experimente, Modelle

6. und 7. November 2003 im Kulturzentrum Tollhaus, Karlsruhe  
Schlachthausstraße 1, 76131 Karlsruhe

„Älter Werden heißt, ein neues Geschäft antreten. Alle Verhältnisse ändern sich und man muss entweder zu handeln ganz aufhören oder mit Willen und Bewusstsein das neue Rollenfach übernehmen.“

Johann Wolfgang von Goethe

#### Zum Thema

Es besteht Konsens in den Fachwissenschaften, dass die Wohnfrage eine Schlüsselfrage für die Probleme sein wird, welche sich aus dem demographischen Wandel und der alternden Gesellschaft ergeben. Eindeutig ist auch, dass **Eigeninitiative und Selbsthilfe** der Bürger in Zukunft sehr viel stärker gefragt sein werden.

Der Kongress *Neues Wohnen im Alter* wird in- und ausländische Beispiele, sowie rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zeigen, wie ein selbstbestimmtes Wohnen in der dritten Lebensphase möglich ist, das nicht Aufbewahrung und Beschäftigungstherapie, sondern eine sinnvolle, in die Gesellschaft eingebunden bleibende aktive Rolle von Menschen mit Erfahrung, Wissen, Lebens- und Schaffensfreude meint.

Zu dem zweitägigen Kongress werden Wissenschaftler, Initiativgruppen und innovative Träger von neuen Wohnpro-

jekten eingeladen. Besonderes Augenmerk gilt „jungen“ Projekten, wo Menschen schon ab der Lebensmitte nach Alternativen jenseits von staatlicher Vorsorge, Seniorenresidenz und Altenheim, bzw. der Versorgung durch mobile Pflegedienste suchen.

Die erste Veranstaltung dieser Art im süddeutschen Raum zum Thema neue selbstbestimmte und selbstorganisierte Wohnformen in der dritten Lebensphase richtet sich gleichermaßen an Kommunen, Landkreise, Sozialträger und die Wohnungswirtschaft wie an interessierte Bürgerinnen und Bürger, die nach neuen Wegen suchen.

Wissenschaftliche Hintergrundinformationen und konkrete Erfahrungsberichte zum Thema: „Wie macht man das eigentlich – finanziell, soziologisch, rechtlich?“ stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Davon ausgehend soll in der Region und im Land längerfristig ein Netzwerk von Initiativen mit ähnlicher Zielrichtung entstehen.

#### Anmeldung und Kontakt:

Michael Andritzky und Dr. Thomas Hauer  
Belchenstraße 43 • 76199 Karlsruhe  
Tel./Fax: 0721/88 67 53  
E-Mail: andritzky@web.de  
Web: www.bedandroses.de

## Buchbesprechung:

Nik Barlo / Christa Brand

### *Kleine Gärten und Balkone Grüne Oasen auf wenig Raum*

2003. 126 Seiten, 210 farbige Abbildungen;  
36,- Euro; Callwey Verlag  
ISBN 3-7667-1565-8

Schon oft wurde in den *wohnbund-informationen* in Besprechungen und Text auf die Bedeutung des kleinen Gartens hingewiesen, die der Garten hat, wenn es um die Frage geht, weshalb Familien ins Umland abwandern. Doch bei höherer baulicher Dichte kann es nur sehr kleine Gärten geben, und meistens handelt es sich – leider – nur um die üblichen Reihenhaushandtücher. Umso wichtiger ist es zu zeigen, dass auch kleine Gärten nicht eintönig und uniform sein müssen, sondern die gesuchte Privatheit haben können. Manchen, die gerne in der Stadt bleiben möchten, steht dazu nur der Balkon zur Verfügung. Auch ein kleiner Garten oder ein Balkon kann fantasievoll und individuell gestaltet werden, was notwendig ist, um Abgrenzungen zum Nachbarn zu schaffen. Dafür bietet der Band viele Anregungen, wenngleich die Beispiele doch etwas größeren Gärten entlehnt sind. Das Buch, das sich besonders den Handtuchgrundstücken widmet, ersetzt der Band leider nicht.

## Mitgliedschaft im wohnbund

- Kostenloses wohnbund-Info
- Kostenloser oder preisreduzierter Zugang zu allen unseren Fachveranstaltungen
- Kostenlose Vermittlung von Kontakten bei speziellen fachlichen Fragen aus dem Bereich der Wohnpolitik, Planung, Projekt-, Stadt- und Siedlungsentwicklung (im Rahmen unserer Möglichkeiten)
- Interessante Begegnungsmöglichkeiten in einem Netzwerk von Fachleuten
- Internet-Service für Mitglieder: Homepage und E-Mail im wohnbund-Netzwerk: [www.wohnbund.de](http://www.wohnbund.de)

### Jahresbeitrag

- Regelbeitrag € 95,-
- Studenten und Arbeitslose € 35,-
- Büros und Institutionen nach Vereinbarung

Beitrittsformular im Internet abrufen oder bei der Geschäftsstelle anfordern.

### Themenschwerpunkte der nächsten wohnbund-informationen in 2003/04:

- 4/2003 – Bürgerschaftliches Engagement
- 1/2004 – „urbanes wohnen“ – städtisch wohnen